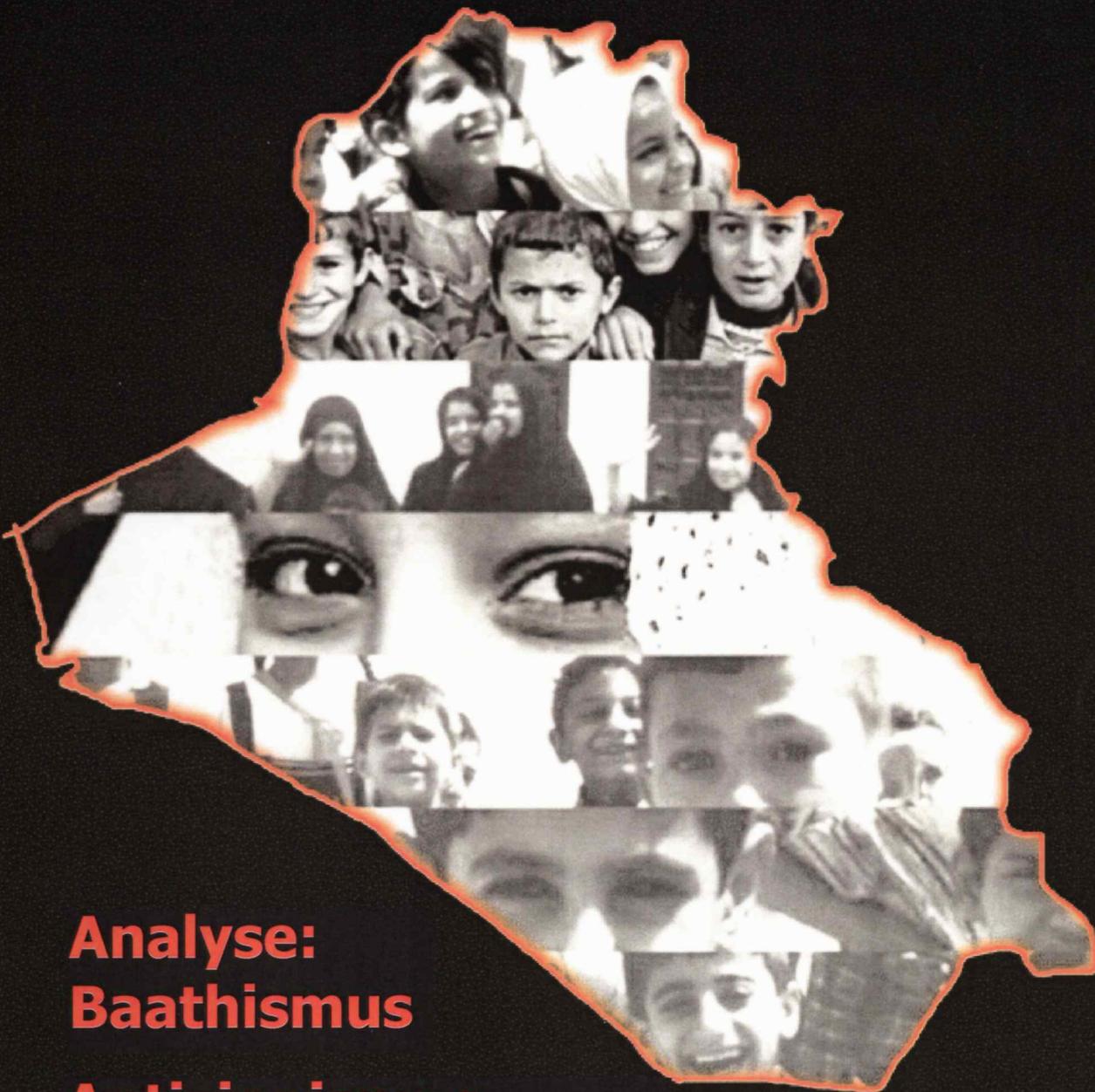


Palästina

# INTIFADA



**Stoppt den Krieg gegen den Irak!**



**Analyse:  
Baathismus**

**Antizionismus  
und Antisemitismus**

**Die israelische Rechtsordnung**

**Wahlen in Palästina**

**Solidarität mit Palästina**

**Nummer 11 Jänner 2003 Preis: € 2,-**

# Schluss mit dem Embargo! Keine europäische Unterstützung für die Kriegspolitik!

Die amerikanische Regierung hat beschlossen Krieg gegen den Irak zu führen. Warum? Es geht nicht um Massenvernichtungswaffen, schon gar nicht um Menschenrechte. Die UN-Waffeninspektoren haben bereits 1998 erklärt, dass der Irak kaum mehr Möglichkeiten zur Herstellung chemischer, biologischer oder atomarer Waffen besitze. Die Massenvernichtungswaffen, über die der Irak früher verfügen konnte, waren in den 80er Jahren von westlichen Firmen geliefert worden und waren mit deutschen und amerikanischen Krediten bezahlt worden.

Es geht um Öl. Der Irak hat riesige Ölreserven, die es zu kontrollieren gilt. Es geht um Geld, denn in den 70er Jahren waren amerikanische und britische Firmen enteignet worden. Der Ölsektor wurde verstaatlicht. Exxon möchte zurückbekommen, was der irakischen Bevölkerung zusteht.

Es geht um Profit. In den USA wurde das Rüstungsbudget um 50% aufgestockt. Der militärisch-industrielle Komplex braucht den Krieg um diese Geldverschwendung zu rechtfertigen.

Es geht um geopolitische Positionen. Seit dem Beginn der 90er Jahre versuchen die USA die Kontrolle über Zentralasien zu erreichen. Eine Position, welche die Bedrohung aller in Zukunft möglicher Konkurrenten erlaubt. Russland, China, Indien und eventuell auch Europa. Der Krieg in Afghanistan war der erste Schritt, der zweite findet jetzt im Irak statt, danach wird der Angriff auf den Iran folgen.

Es geht um globale Vormachtstellung. Jeder Staat, dessen Politik westlichen Interessen nicht vollständig entspricht, muss ausgeschalten werden.

Diese Politik hat katastrophale Folgen. Für die irakische Zivilbevölkerung, die bereits jetzt durch Krieg und Embargo zwei Millionen Tote zu beklagen hat. Das internationale Völkerrecht wird aufgehoben. Es herrscht das Recht des Stärkeren. Die internationale Politik wird militarisiert. Das Gespenst einer möglichen nuklearen Vernichtung wird wieder auferstehen.

Dieser Politik gilt es Widerstand entgegenzusetzen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	1
<b>Auf der Seite des Irak gegen die amerikanische globale Tyrannei</b> ( <i>Willi Langthaler</i> ) .....	2
<b>Die Rolle der Antiimperialisten in der Antikriegsbewegung</b> ( <i>AIK</i> ) .....	4
<b>Die Wahlen in Palästina und die Krise der Führung</b> ( <i>Ali Nasser</i> ) .....	5
<b>Barghouti: Schauprozess</b> ( <i>Hans Lebrecht</i> ) .....	7
<b>Die Apartheid-Mauer</b> ( <i>David Babelfisch</i> ) .....	9
<b>Amram Mitzna - Spitzenkandidat der israelischen Arbeitspartei</b> ( <i>Margarethe Berger</i> ) .....	10
<b>Alltagmeldungen aus Palästina</b> .....	11
<b>Augenzeugenbericht - Ramallah im Kreuzfeuer</b> ( <i>Doris Höfelmayer</i> ) .....	12
<b>Palästinensische Gefangene - Totale Rechtlosigkeit und systematische Diskriminierung</b> ( <i>Addameer</i> ) .....	13
<b>Intifada in Zahlen</b> .....	14
<b>Aufruf zur internationalen Solidaritätsdelegation in den Irak</b> ( <i>AIK</i> ) .....	15
<b>Solidaritätsaktionen zum zweiten Jahrestag der Intifada</b> .....	16 - 18
<b>Zeit, den Palästinensern Recht zu geben</b> ( <i>Claudia von Werlhof</i> ) .....	16
<b>Schwere Geburt einer antiimperialistischen Zusammenarbeit in Deutschland</b> ( <i>AIK</i> ) .....	19
<b>Aktionstag in Brüssel - Nein zur schwarzen Liste, Nein zum Krieg</b> ( <i>AIK</i> ) .....	20
<b>Florenz - Das Europäische Sozialforum</b> ( <i>Sonja Tczurlovic</i> ) .....	21
<b>Deutschland - Solidarität mit Sameer Khalil</b> .....	22
<b>Zur Bedeutung des Positionswandels der KPÖ</b> ( <i>Margarethe Berger</i> ) .....	23
<b>Von dubiosen Antiimperialisten und grünen Antisemiten</b> ( <i>AIK</i> ) .....	24
<b>Antizionismus ist nicht Antisemitismus</b> ( <i>Michel Warschawski</i> ) .....	25
<b>Steht den Palästinensern eine neue Vertreibung bevor?</b> ( <i>Ludwig Watzal</i> ) .....	27
<b>Die versäumte Wiedergeburt - Eine Analyse der irakischen Baath-Partei</b> ( <i>Willi Langthaler</i> ) .....	31
<b>Die Rechtsordnung Israels (Teil I)</b> ( <i>Yvonne Schmidt</i> ) .....	35
<b>1967: Israels Massenmord an ägyptischen Kriegsgefangenen</b> .....	39
<b>Noah Ibrahim und das palästinensische Volkslied</b> ( <i>Ali Nasser</i> ) .....	40
<b>Gespräch mit dem arabischen Künstler Marcel Khalife</b> .....	41
<b>„Der Tod ist ein Geschenk“ - Die Geschichte eines Selbstmordattentäters</b> ( <i>Elisabeth Lindner-Riegler</i> ) ..	43
<b>Unsere Richtlinien - Plattform der Antiimperialistischen Koordination</b> ( <i>AIK</i> ) .....	44

# Auf der Seite des Irak gegen die amerikanische globale Tyrannei

## Jeder weiß es, aber alle schweigen

Welche verschlungenen Wege die Politik, Diplomatie und die westliche Medienmaschine auch immer einschlagen wird, eines steht schon längst fest: Das Endergebnis ist der amerikanische Angriff auf den Irak. Das Tauziehen um die UN-Waffeninspektionen ist nur Maskerade um zumindest den Anschein von Rechtfertigung zu haben. Bei allem Unilateralismus muss es den USA dennoch darum gehen eine möglichst breite Unterstützerfront für ihren Feldzug zu versammeln.

Wie schwer ihnen das fällt, wie sehr das Delirium der Macht Washington in eine rein militaristische Logik treibt, zeigen unzählige kleinere und größere Episoden. Zuletzt jene um die Übergabe und Verteilung des irakischen Berichts über ihre Waffenbestände. Wie eine aus einem amerikanischen B-Movie entnommene Szene, immer die Drohung mit physischer Gewalt im Hintergrund, erpressen und überrumpeln amerikanische Brachialdiplomaten die Vereinten Nationen und sogar die Mitglieder des Sicherheitsrates. Selbst aus ihrer Sicht erscheint dies als eine völlig unnötige, nur Verstimmung erzeugende Aktion, mit dem einzigen Ziel den Bericht einige Stunden früher als die anderen in Händen zu halten.

Nur drei Jahre liegt der Krieg gegen Jugoslawien zurück, doch vieles hat sich seit damals geändert. Schützten damals die humanitären und demokratischen Vorwände die eigentlichen geostrategischen Interessen des Westens noch wie ein undurchdringlicher Vorhang, so ist von diesem nicht mehr viel mehr als ein dünner Schleier geblieben auf den kaum noch Wert gelegt zu werden scheint. Immer wieder hört man hochrangige Vertreter des US-Regimes auch vor der Presse davon sprechen, dass der Angriff ausgemachte Sache sei, ungeachtet des Verhaltens Saddam Husseins.

Im Grunde eine gespenstische Situation, die an Romane wie Huxleys "Schöne neue Welt" oder Orwells "1984" erinnert. Die imperiale Politik lässt es ständig durchblicken, die Journalisten wissen es und auch die Mehrheit der westlichen Bevölkerung ahnt es - aber jeder hält die Lüge aufrecht, trägt sie weiter, als ob nicht gewesen wäre. Denn stand-

hafte Opposition würde das ganze System in Frage stellen.

### Einer neuen großen Schlächtereie entgegen

Neben dem Krieg steht auch fest, dass es sich um ein Abschlichten von Hunderttausenden handeln wird, wie auch Scott Ritter, US-Marine und ehemaliger Waffeninspektor nicht zu betonen müde wird. Bereits der Angriff von 1991 hat mehreren hunderttausend irakischen Soldaten und vor allem Zivilisten das Leben gekostet (ganz zu schweigen vom Embargo). Der bevorstehende Krieg, in dem das Ziel der Regimewechsel ist, wird mit Sicherheit noch viel mehr Opfer fordern.

Dies sei Gelegenheit auf eine weitere zynische Ironie der Geschichte hinzuweisen. Wie bereits genannt, haben die USA zur Legitimierung ihrer Kriege und Interventionen Demokratie und Menschenrechte zunehmend zugunsten des Feldzugs gegen Massenvernichtungswaffen ausgetauscht. Dass sie ein ernsthaftes Interesse daran haben, ist unbestritten. Wie viele bereits begriffen haben werden, geht es ihnen dabei aber kaum um das Wohl der Völker dieser Erde, sondern um ihr eigenes Monopol an diesen Waffen. Dass sie nicht zögern werden sie zur Bewahrung ihrer globalen Herrschaft einzusetzen, haben sie nicht nur in Hiroshima mit dem ersten Abwurf der Atombombe unter Beweis gestellt (ein Einsatz, der sich fast ausschließlich gegen Zivilisten richtete, Hunderttausenden das Leben kostete, Millionen den Folgewirkungen aussetzte und überdies militärisch unnötig war, sondern vielmehr als politische Drohgebärde diente). Weniger bekannt ist der erstmalige großflächige Einsatz von biologischen Waffen im Koreakrieg (Milzbrand, Pest), wie es durch kürzlich freigegebene, ehemals geheime amerikanische Dokumente belegt ist. Nicht weiter zu erläutern ist der chemische Krieg gegen das vietnamesische Volk, das noch Jahrtausende darunter zu leiden haben wird. Daher ist die amerikanische Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen durchaus Ernst zu nehmen. Was den zu erwartenden Kriegsverlauf selbst betrifft, so könnte das Missver-

hältnis der Kräfte nicht himmel-schreiender sein. Am militärischen Erfolg der USA kann daher schon im vornherein kein Zweifel bestehen. Die Frage ist vielmehr nach dem Preis, den sie dafür bezahlen müssen.

Um diesen in etwa abschätzen zu können, muss vor allem die Schere in den Blickpunkt genommen werden, die sich zwischen wachsender militärischer Macht und niedergehender politischer Hegemonie der USA auftut. Anstatt das Ende der Geschichte, also umfassende Harmonie zu bringen, ist die von den USA im Gefolge des Krieges gegen den Irak 1991 verkündete "Neue Weltordnung" zu einem Pulverfass geworden. Sie ist von schärfsten inneren Widersprüchen geprägt, die sie zu zerreißen drohen. Der 11. September war nicht Ursache, sondern nur Symptom dieses Zustandes.

Die US-Vorherrschaft kann heute nur mehr mit dem ständigen Einsatz von militärischer Gewalt aufrecht erhalten werden. Von daher auch Washingtons Doktrin vom ständigen präventiven Krieg gegen all jene, die auch nur potentiell ihre Herrschaft gefährden könnten. Doch jeder von den USA geführter Krieg, so sehr er Herausforderer auch vernichten mag, reißt neue Gräben, neue Widersprüche auf. Als Beispiel kann der unter dem Titel "Krieg gegen den Terror" geführte neue Kreuzzug gegen den Islam dienen, der nicht anders kann, als die islamische Welt immer stärker gegen die USA aufzubringen. Jeder Krieg macht also neue Kriege notwendig.

Das heißt aber keineswegs, dass die Nordamerikaner mit ihrer Militärmacht keine politischen Erfolge erzielen könnten. Trotz des massiven Widerstands in Jugoslawien hat es letztlich der amerikanischen Bomben bedurft, um in Belgrad ein prowestliches Regime an die Macht zu hieven. Im Falle des Irak wird sich der politische Erfolg des Feldzuges vor allem an zwei Faktoren bemessen. Einerseits wird die Dauer des irakischen Widerstands von entscheidender Bedeutung sein. Wenn es den vermeintlichen Weltenlenkern in Washington gelingen sollte, den Irak innerhalb weniger Wochen in die Knie zu zwingen und ein wie auch immer geartetes Marionetten-

regime einzusetzen, so kann weder die Volksbewegung in der arabisch-islamischen, noch die Antikriegsbewegung in der westlichen Welt Kraft entwickeln. Jene sekundären Mächte wie Deutschland, Russland oder China, die sehr wohl verstanden haben, dass es in diesem Krieg auch darum geht, die US-Dominanz auch ihnen gegenüber weiter zu festigen, werden klein begeben müssen. Ihre vorsichtigen Absetzbewegungen werden ein jähes Ende finden. Sollte aber das Gegenteil der Fall sein, nämlich der Irak zu einem verlängerten monatelangen Widerstand fähig sein, so wird die gesamte Herrschaftsarchitektur des Nahen Ostens auf die Probe gestellt werden. Aber auch in Europa könnte es zu einem seit den 70er Jahren nicht mehr gesehenen Aufleben der Linken kommen. Insbesondere in Italien durch das Zusammenfließen der sozialen Proteste mit der Bewegung gegen den Krieg, als dessen unerschütterlicher Unterstützer sich Berlusconi positioniert hat, ist nicht auszuschließen, dass die Regierung über den Krieg stürzt. Auf internationaler Ebene würden, wie bereits beim Krieg gegen Jugoslawien beobachtet, die zweitrangigen Mächte den Druck auf den großen Bruder für eine Kompromisslösung, die ohne Besetzung auskommt, erhöhen.

Andererseits stellt sich für die USA die Frage nach einem Marionettenregime. Während der Baathismus morsch, seiner ehemaligen Unterstützung in der Intelligenz und bei den Volksmassen verlustig gegangen und dadurch in seiner Widerstandskraft begrenzt sein dürfte, heißt das noch lange nicht, dass die USA eine gangbare Alternative zur Verfügung haben. Die heutige Opposition, die sich zwischen Washington und London bewegt, hat im Land keinerlei Unterstützung. Die kurdischen Parteien können keinem mehrheitlich arabischen Land vorstehen und würden überdies den entscheidenden US-Verbündeten Türkei vor den Kopf stoßen. Bleibt nur die schiitische Opposition, die sich zuletzt zwar mit den USA kooperationsbereit gezeigt hat, aber mit Sicherheit ihre eigenen Ziele verfolgt. Wie sich die Nordallianz in Afghanistan die von den USA nicht gewünschte Einnahme von Kabul nicht hat entgehen lassen, werden auch die heute im Iran stationierten Truppen der schiitischen Opposition versuchen auf ihre eigene Rechnung die Macht zu erobern. Angesichts der amerikanischen Deklaration der Achse des



Bösen, deren stärkste Macht die Islamische Republik ist, für die USA sicher kein bevorzugter Ausgang.

Diese Lage vor Ort könnte die Vereinigten Staaten dazu bewegen, die Macht selbst zu erobern und ein neokoloniales Militärregime aufzuziehen. Ein Szenario, dass einerseits weit über ihre Kraft hinausgeht andererseits den Widerstand anheizen würde.

### Irak und die palästinensische Frage

Der weitere Verlauf des palästinensischen Widerstands hängt wesentlich vom Ausgang des Krieges am Golf ab, da er die Kräfteverhältnisse in der gesamten Region neu definieren wird. Sollte der Krieg für die USA auch zum politischen Erfolg werden, dann wird die israelische Aggression gegen die Palästinenser neue Formen annehmen. Es ist nicht auszuschließen, dass der Zionismus im Medienschaten des Krieges jenes Projekt in Angriff nimmt, das in den letzten Jahren und Monaten in Israel sehr an Popularität gewonnen hat, nämlich die euphemistisch "Transfer" genannte Vertreibung der verbliebenen Palästinenser.

In den Planspielen der israelischen Militärs soll Jordanien zum palästinensischen Staat erklärt und so die Vertreibung als Lösung des Problems dargestellt werden. Aber es gibt auch den historischen Plan der Deportierung in den Irak, die unter einem US-Marionettenregime zur Möglichkeit werden könnte. Ob sich die Palästinenser in der gleichen Weise wie 1948 und 1967 vertreiben lassen, ist jedoch anzuzweifeln.

Nach fünfzig Jahren des Kampfes wird ihr Widerstand erbittert sein und Israel wird bei den Mitteln des Völkermordes neue Register ziehen müssen um seine Ziele zu erreichen.

In jedem Fall ist die palästinensische Frage wesentlicher Bestandteil des kommenden Krieges.

*Willi Langthaler*

### US-Truppen verletzen Kuwaits Souveränität

Ein Tag nach einem Angriff auf die US-Marines auf der kuwaitischen Insel Fielka, bei dem ein US-Soldat und die zwei Angreifer getötet wurden, stürmten die amerikanischen Truppen die Insel und verhafteten Hunderte kuwaitische Zivilisten, die auf der Insel wohnen oder sich dort zum Zeitpunkt der Erstürmung aufhielten. Die Marines besetzten auch die kuwaitische Polizeistation und entwaffnete die sich dort befindlichen Polizisten. Den kuwaitischen Behörden wurde erst nach einer stundenlangen Durchsuchungsoperation erlaubt die Insel wieder zu betreten. Zu dieser Verletzung der Souveränität Kuwaits und des kuwaitisch-amerikanischen Kooperationsabkommens hat die kuwaitische Regierung bis heute keine Stellung genommen.

Die zwei Angreifer, Anas Kandari und Jasen Hadscheri, wurden vorgestern in der Hauptstadt Kuwait begraben. An der Bestattung nahmen Tausende Kuwaitis teil. Die Toten werden als Märtyrer betrachtet.

*Alquds Al-Arabi, 10. Oktober 2002*

## Die Rolle der Antiimperialisten in der Antikriegsbewegung

In der derzeitigen Situation muss all unsere Energie auf die Entwicklung der Bewegung gegen den Krieg konzentriert werden. Die politische Plattform der Bewegung drängt sich auf: Stoppt Krieg und Embargo, keine europäische Beteiligung. Auf dieser Grundlage können breite Teile der Bevölkerung angesprochen werden: Doch das ist nicht genug. Antiimperialisten müssen innerhalb der Bewegung versuchen ihr, oder zumindest ihren fortgeschrittenen Teilen, eine weiterführende Zielrichtung zu geben. Es ist nicht genug nur gegen den Krieg zu sein. Denn der Krieg ist nicht Hirngespinnst einiger machtlüsternden Generäle, sondern Notwendigkeit des (neo)imperialistischen Weltsystems. Es gilt, dieses aus der Opposition gegen die von ihm entfesselten Kriege heraus zu schwächen, es zu bekämpfen und es letztendlich zu stürzen. Dazu muss man sich aktiv auf die Seite all derjenigen Kräfte stellen, die Widerstand leisten, auch wenn man mit deren Konzeptionen nicht konform geht. Die so verfemte Formel "der Feind meines Feindes ist mein Freund" ist bedingt richtig. Wer sie aus politischem Snobismus ablehnt, kann in einer Welt, in der der antiimperialistische Widerstand aufgrund der historischen Nieder-

lage des Kommunismus oft reaktionäre Formen annimmt (wie zum Beispiel die Restbestände des arabischen Nationalismus in Form der Baath oder auch der politische Islam), keine Erfolge erzielen. Darum kämpfen wir auf der Seite des Irak!

Das heißt aber keineswegs, dass man sich diesen politischen Formen unterordnet und unterwirft. Im Gegenteil, die politische Selbständigkeit der sozialrevolutionären Kräfte muss gewahrt und entwickelt werden. Deren eigentliche Kraft liegt über die Unterstützung jeglichen Widerstands hinaus im Bündnis zwischen den antiimperialistischen Volksmassen der Dritten Welt mit den radikalen antagonistischen, ebenfalls antiimperialistischen Kräften hier im Westen. Nur diese antiimperialistische sozialrevolutionäre Allianz kann, indem sie sich weltweit auf die Unterklassen stützt, die notwendige Kraft zum Sturz des Imperialismus entfalten.

Es ist einzig die Idee der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit, die so alt ist wie die menschliche Zivilisation selbst, die diese gewaltige, vereinigende Kraft aufzubringen vermag. Unter vielen universalistischen Ideen ist sie die einzige, die diesen Anspruch auch einlösen kann.

## Veranstaltung

**Bericht von der Solidaritätsdelegation in den Irak zum Jahreswechsel**

**22. Jänner 2003, 19 Uhr  
Universität Wien, HS 41**

**Diavortrag und Bericht**

Am 22. Jänner präsentiert die Antiimperialistische Koordination einen Dia-Vortrag der Solidaritätsdelegation in den Irak gegen Krieg und Embargo, die von 29. Dezember bis 3. Jänner den Irak bereisen, sowie anschließend in Jordanien noch Vertreter palästinensischer Organisationen treffen wird. Neben dem Besuch des Baq'a Flüchtlingslagers sollen Leila Khaled, eine historische Führerin der PFLP, das Sozialistische Ideen Forum, Volkskomitees zur Unterstützung des Irak, die Assoziation gegen Zionismus und Rassismus getroffen, sowie eine Pressekonferenz abgehalten werden.

**Anschließend Diskussion:**

**„Stell Dir vor es ist  
Krieg und keinen  
kümmert's“**

**Susanne Jerusalem**, Wiener Landtagsabgeordnete der Grünen  
**Walter Sauer**, Internationaler Sekretär des ÖBG  
**Gerhard Ruiss**, Vorsitzender der IG AutorInnen

In der Debatte soll erörtert werden, warum keine der etablierten Parteien gegen den drohenden Krieg mobilisiert. Zwar sagen die Umfragen, dass die Mehrheit die Kriegstreiberei der USA ablehnt, aber sie äußert es nicht.

Wie kann eine Bewegung gegen den Krieg entwickelt und den Vorurteilen gegen die arabische und islamische Welt entgegenwirkt werden?

*Antiimperialistische Koordination*



## Die Wahlen in Palästina und die Krise der Führung

Unbeeindruckt nahm die palästinensische Öffentlichkeit im Westjordanland und im Gazastreifen die Verschiebung der Wahlen zur Kenntnis, die nach dem Versprechen Arafats - übrigens an die USA und Europa - im Januar 2003 hätten stattfinden sollen.

Denn dieses Versprechen kam nicht als Reaktion auf die wahren demokratischen Forderungen weiter Teile der palästinensischen Gesellschaft, die den Wahlen von 1995 kritisch gegenüberstand und schon 1999 (das heißt vor dem Beginn der Intifada) neue Wahlen forderten. Denn bereits damals war die Legislaturperiode des Parlaments abgelaufen. Zur damaligen Zeit, als Arafat noch in Verhandlungen stand und im Westen von ihm die totale Kapitulation erwartet wurde, genoss er den vollen Schutz der westlichen Staaten, die die demokratische Opposition zu Arafats Linie und zu der Art, wie Verhandlungen geführt wurden, als einen auszuschaltenden radikalen Flügel betrachtete. Erst als die israelische Armee die palästinensischen Ortschaften stürmte und Arafat - scheinbar - nicht mehr als Gesprächspartner anerkannte, sind die Wahlen wieder zu einem aktuellen Thema geworden und zwar von der entgegengesetzten Seite. Man sucht nach einem besseren Kollaborateur.

Markant ist die Tatsache, dass sich die westlichen Länder die Sharon'sche Forderung nach der Absetzung Arafats zwar nicht direkt zu eigen machen, aber einerseits bei der diplomatischen Isolierung Arafats mitmachen, andererseits das erneute Besetzen der Autonomiegebiete duldeten, indem sie politisch nichts gegen die israelische Invasion unternahmen. Arafat, der die israelischen Forderungen erfüllte und die Führungen der Kampforganisationen verhaftete, die Widerstandsaktionen als "Terror" bezeichnete und sich bereit zu weiteren Verhandlungen über die "endgültige Lösung" zeigte, konnte dieser westliche "Ungnade" nicht entkommen. In diesem Kontext kam das Versprechen, Wahlen abzuhalten, die ihm unter diesen Umständen einen Legitimitätsschub geben könnten, da die "Opposition" hier vom feindlichen Lager vorgegeben wird, während die demokratische Opposition nach wie vor von der israelischen Besatzungsarmee und den



diversen "Sicherheitsapparaten" verfolgt wird. Arafat hätte bei solchen Wahlen mit klarer Mehrheit gewonnen und den Israelis ein politisches Debakel verpasst.

Absurd klang überhaupt das Versprechen, Wahlen im Januar abzuhalten, während die israelische Armee alle palästinensische Städte kontrolliert, die Bevölkerung terrorisiert und die Bewegung weitgehend einschränkt. Die Oppositionsführer sitzen in den Gefängnissen Israels und der PNA und die meisten palästinensischen Institutionen sind de facto in Schutt und Asche gelegt.

Für die palästinensische Öffentlichkeit sind die alltäglichen Sorgen und das Überleben, wo der Tod an den Straßenecken und Militärsperren lauert, von größerer Bedeutung als die Wahlen zu einem Parlament, das ohnehin über sehr beschränkte Kompetenzen sowohl gegenüber der PNA-Führung als auch gegenüber der Besatzung verfügt. Die Forderungen der palästinensischen Öffentlichkeit nach demokratischen Reformen wirken den Forderungen Israels, der USA und der EU nach solchen entgegen.

Die palästinensische Autonomiebehörde, die auf Basis des Oslo-Abkommens gegründet wurde, leidet seit damals unter einer doppelten Legitimitätskrise. Einerseits galt sie für Israel und seine westlichen Verbündete als ein Gesprächspartner, solange sie sich um die Sicherheit Israels in den palästinensi-

schen Gebieten kümmerte und den palästinensischen Widerstand unterdrückte. Da aber das Oslo-Abkommen keine der legitimen Forderungen der palästinensischen Bewegung erfüllte, stand andererseits die Autonomiebehörde, obwohl sie sich mal als eine Kontinuität mal als komplementär zur PLO ausgab, gegen alle Organisationen, die das palästinensische Volk vertraten, inner- und außerhalb der PLO. Auch in der Fatah, Arafats Bewegung, waren Oppositionsstimmen wahrzunehmen. Die PLO selbst ist seit dem Abkommen "im Gefrierfach". Keine Reform in der palästinensischen Führung kann die Wiederbelebung und Reform der PLO umgehen. Es handelt sich um eine Reform, an der alle palästinensische Kampf- und Zivilgesellschaftsorganisationen teilnehmen müssen.

### Die PLO: Die politische Adresse

Die Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO wurde 1964 von der Arabischen Liga, oder genauer der panarabischen ägyptischen Führung unter Nasser, gegründet. Dies war eine Reaktion auf das Drängen der Palästinenser, eine eigene Führung zu schaffen, die im Stande wäre, einerseits eine Liquidierung der Palästina-Frage zu verhindern, andererseits konkrete Schritte für die Befreiung Palästina zu unternehmen. Die seit 1948 in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser wollten nicht länger vergeblich auf eine gerechte

politische Lösung für ihre Situation hoffen. Sie wollten einerseits die arabischen Länder zu einer Konfrontation mit Israel drängen, andererseits die Palästina-Frage und die Existenz der Palästinenser als solche aktuell halten. Die Formierung von palästinensischen Guerillaorganisationen, die illegal über die arabischen Grenzen in Israel operierten, hatte davor einen spontanen Charakter. Die 50er Jahre waren von solchen Operationen geprägt. Dadurch entstand ein Konflikt mit den arabischen Regierungen - ob fortschrittlich oder reaktionär -, die teils die nationale Souveränität und den Aufbau eines modernen Staats als eine Voraussetzung für die Konfrontation betrachteten, teils diese Konfrontation gar nicht in Erwägung zogen.

Im Jahr 1964 fanden die ersten und lange die einzigen palästinensischen Wahlen zum Nationalkongress der PLO statt. Der erste Kongress tagte im noch nicht besetzten und unter jordanischer Herrschaft stehenden Ostjerusalem. Die PLO blieb hier auf der von der Arabischen Liga vorgegebenen Linie. Die gegründete palästinensische Befreiungsarmee bereitete sich auf eine Teilnahme am Befreiungskrieg neben den arabischen Armeen vor, unternahm aber keine selbständigen Aktionen. In der palästinensischen Bevölkerung hing die Legitimität der PLO mit der Popularität Nassers zusammen.

An den Universitäten von Beirut, Damaskus und Kairo formierten die palästinensischen Studenten neue Verbindungen. So entstand in Kairo die erste Zelle der "Generalunion Palästinensischer Studenten" unter der Führung des damaligen Studenten des Bauingenieurwesens Yasser Arafat. Die Teilnahme der Union an der Internationalen Sozialistischen Jugendkonferenz in Warschau 1958 gilt als die erste internationale Vertretung Palästinas seit 1948. Später gründete die Kairo-Gruppe in Kuwait die Fatah-Bewegung, die sich auf den "Volksbefreiungskrieg" vorbereitete und 1965 die erste Guerilla-Aktion gegen Israel unternahm. Den Widerspruch zwischen den panarabischen Ländern Ägypten und Syrien auf der einen Seite und den prowestlichen arabischen Ländern auf der anderen nützend, genoss die Fatah logistische und finanzielle Unterstützung aus den Golfländern, die im panarabischen Projekt Nassers eine Gefahr sahen.

In Beirut gründeten linke und panara-

bistische Studenten die panarabische Bewegung "Al-Qaumiyyun". Diese blieb der Nasser-Linie treu und behielt bis 1967 ihren panarabischen Charakter. Nach der Niederlage Nassers im Krieg von 1967 wurde der Sturz der reaktionären arabischen Regime aufgegeben und die Befreiung Palästina zur Priorität. Die Palästina-Sektion der Qaumiyyun wurde zur "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP).

Bei der Niederlage der arabischen Armeen im Krieg von 1967 schlug die Stunde der palästinensischen Guerilla-Bewegung. Die erlebte Demütigung der arabischen Nation sollte durch den palästinensischen Widerstand getilgt werden. Auch die reaktionären arabischen Regime mussten der Guerilla Freiraum geben, wenn auch nur kurzfristig. Ein Teilsieg der Fatah-Guerilla gegen einen israelischen Vergeltungsangriff im März 1968 wurde von den arabischen Medien übertrieben und machte Arafats Bewegung zur neuen palästinensischen Führung. Die Fatah und andere Guerillaorganisationen übernahmen die Führung der PLO. Arafat löste Ahmad Schukeiri ab und seine Bewegung erhielt die Mehrheit der Sitze im Nationalkongress, die nach der geschätzten Popularität und der Stärke der Organisationen vergeben wurden. Die Nationalcharta der PLO diente als Sozialpakt zwischen dem Volk und der Führung. Die palästinensische Bevölkerung boykottierte und vereitelte jeden Versuch, eine andere Führung als die PLO zu schaffen. Trotz der Niederlage und der Schwächung der PLO nach dem Schwarzen September 1970 in Jordanien, blieb sie die einzige politische Vertretung der Palästinenser. 1972 erklärte die arabische Liga die PLO zur "einzigen legitimen Vertretung" der Palästinenser. Kurz darauf sprach Arafat zum ersten Mal vor der UNO, wo die PLO einen Beobachtersitz erhielt.

In den besetzten Gebieten Westjordanland und Gazastreifen gewannen die Guerillaorganisationen trotz (und vielleicht gerade wegen) der israelischen Repression an Stärke. Das israelische politische Projekt in den Gebieten bestand aus Kontrolle des Landes und der Ressourcen und der Gründung von lokalen Autonomiebehörden in den arabischen Ortschaften. Später sprach ein Teil der israelischen Führung über die Rückgabe eines Teils der Gebiete (ohne Jerusalem) an Jordanien. Die PLO-nahen Organisationen und Persönlich-

keiten profilierten sich im Kampf gegen diese Liquidierungsprojekte. Die Jordanien-treuen bürgerlichen Führungen verloren ihre traditionelle Rolle. Die Autonomie-Befürworter wurden vom Volk als Verräter entlarvt, das solche Institutionen boykottierte. Die Kommunalwahlen von 1978, die - von Israel aus betrachtet - der Errichtung einer solchen Autonomie dienen sollte, waren ein klares Zeichen an Israel und Jordanien: Fast in allen Kreisen gewannen PLO-nahe Kandidaten die absolute Mehrheit und forderten gleich darauf den totalen Abzug der israelischen Besatzung. Die PLO schöpfte ihre Legitimität aus dem Kampf gegen die Autonomielösung.

Die Intifada von 1987-1993, als sich die ganze Bevölkerung gegen die Besatzung erhob, zeigte eindeutig, wer für Israel einzig als Gesprächspartner in Frage käme. Israel konnte die PLO-Anhänger nicht mehr als "marginalisierte Terrorgruppen" betrachten und musste mit der PLO verhandeln: Zuerst über Umwege, dann über Geheimverhandlungen. Parallel verhandelte Israel in Madrid und Washington mit einer Delegation aus den Gebieten, die aus PLO-nahen Personen zusammengesetzt war.

Die PLO, die nach dem Abzug aus Beirut nunmehr aus einer aufgeblähten Bürokratie bestand und die nach dem Golfkrieg ihre Finanzquellen in den Golfländern verlor, zeigte sich bereiter, weitgehende Entbehrungen zu akzeptieren. Die Autonomielösung wurde als eine "Übergangsphase" neu verpackt. Die Staatsgründung im Westjordanland und im Gazastreifen hängen vom "guten Willen" Israels und von der Sicherheitskooperation der Autonomiebehörde ab. Dies war die Aussage des Abkommens von Oslo, das keine Garantien für den späteren Ablauf gab. Die Bevölkerung duldete das Abkommen, solange die Hoffnung auf einen israelischen Abzug, einen Abbau der Siedlungen und einen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt bestand. Das Scheitern der Verhandlungen von Camp David 2000 entlarvte die "Übergangsphase" als Illusion und führte zur neuen Intifada.

Das Oslo-Abkommen war ein Verrat der jetzigen PLO-Führung am Volk und an der eigenen Geschichte, der mit Wahlen einer neuen Autonomiebehörde (und noch dazu in den gegebenen Umständen) nicht aufzuheben ist.

*Ali Nasser*

## Barghouti-Schauprozess für geschlossene Faschisten-Gesellschaft und scharontreue Medien

Als der palästinensische Politiker und Friedensaktivist Marwan Barghouti am vorigen Donnerstag (3. Oktober) an Händen und Füßen gefesselt vor dem Eingang zum Bezirksgericht in Tel-Aviv von einem Polizei-Transporter herausgezerrt wurde, wurde er von einer Gruppe von herumbrüllenden Angehörigen von Opfern von Selbstmord-Bombenanschlägen heiß empfangen. Eine Frau rief ihm und den bereitgestellten Fernsehkameras entgegen "Tod dir Mörder, du hast meinen Sohn umgebracht!" Im Gerichtsgebäude, vor dem Saal und darin ging die Fernseh-Tragikomödie weiter.

Der im besetzten Ramallah ansässige Barghouti, welcher bis vor einigen Monaten noch von Vielen als der zukünftige Nachfolger von Jasser Arafat angesehen wurde, ist kein unbeschriebenes Blatt. Wir trafen ihn des Öfteren bei allen möglichen gemeinsamen Treffen israelischer und palästinensischer Friedensaktivisten. Er ist, oder jetzt verhindert, war der Vorsitzende der von Arafat angeführten el-Fatah, der Mehrheitsorganisation der PLO im Westjordangebiet. Er spricht nicht nur seine arabische Muttersprache, sondern auch fließend Hebräisch, wie er es sich während seiner langjährigen Haftzeit in israelischen Kerkern in der Zeit der ersten Intifada vor zehn Jahren angeeignet hatte. Im April dieses Jahres wurde er von den israelischen Besatzern ohne Vorwarnung verhaftet und der "Anstiftung zu vielfachem Mord" und "terroristischer Täterschaft" angeklagt. Er ist der erste "Angeklagte" dieser Art, der nicht wie üblich von einem Besatzer-Militärtribunal abgefertigt wird, sondern vor einen zivilen Gerichtshof, nämlich dem Bezirksgerichtshof in Tel-Aviv. Es soll ein großaufgemachter Schauprozess und weltweites Fernsehspektakel werden, welches das, was man im Scharon-Sprachgebrauch "palästinensischer Kindermordterror gegen den unschuldigen demokratischen jüdischen Staat Israel und die Judenheit insgesamt" bezeichnet.

Vorigen Monat wurde im Tel-Aviver Gericht die lange, auf von den israelischen Geheimdiensten zusammengeschnittenen Indizien aufgebaute Anklageschrift verlesen. Diese Indizien berufen sich auf Geheimakte der israelischen

Sicherheitsdienste und zum Teil auf Dokumente, die angeblich bei der Besetzung von Ämtern der palästinensischen Verwaltung in Ramallah beschlagnahmt worden waren. Barghouti selbst, wie auch seine Verteidiger erklärten, das Gericht sei gar nicht zuständig. Es stehe im krassen Widerspruch zum internationalen Völkerrecht und



der auch von Israel unterzeichneten Vierten Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung eines besetzten Gebietes. Es sei auch entsprechend den zwischen Israel und der PLO vereinbarten Abkommen unzulässig, Barghouti, einen legitim gewählten Parlamentarier (des palästinensischen Gesetzgebenden Rates), vor einen Gerichtshof zu zerren, der kein Recht dazu habe über in dem widerrechtlich besetzten Gebiet von Palästina ereigneten Vorkommnisse zu richten.

Barghouti, seine in Handschellen gefesselte Hände erhebend, rief seinen zusammengerotteten Angreifern zu: "Wir sind keine Mörder und Terroristen, wir sind Freiheitskämpfer gegen die israelische Besatzerherrschaft. Wir kämpfen für gerechten israelisch-palästinensischen Frieden ohne Besatzung, für unseren freien Palästinenserstaat, Seite an Seite mit Israel".

Bezeichnend für die Ereignisse an diesen Donnerstag im Bezirksgericht von Tel-Aviv war weniger die auf Fernseh-

schirmen auf der ganzen Welt gezeigten, von rechtsradikalen Elementen mit Hilfe der zugegen gewesenen "Sicherheitsbeamten" inszenierte Fernsehschau im Gerichtssaal, sondern vielmehr das, was sich vor dem Gerichtssaal abspielte. Diese am Donnerstag abgehaltene Gerichtskomödie war von der Staatsanwaltschaft lediglich zur Verlängerung der Untersuchungshaft von Barghouti bis zum Ende des Verfahrens angeordnet worden. Ohne Zögern gab das Gericht dem Antrag statt. Die Sitzung dauerte dementsprechend auch nur kurze Zeit, genügend um den Medien die Schau vorzuführen.

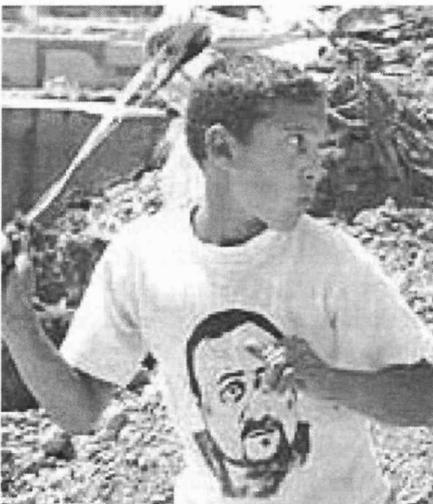
Mit Marwan Barghouti sympathisierende Friedensaktivisten, darunter eine Gruppe des Gusch-Schalom Friedensblocks, angeführt von Uri Avneri, und andere bekannte Persönlichkeiten des Friedenslagers, darunter auch zwei "linke" Knesseth-Abgeordnete, kamen als Erste schon zwei Stunden vor Beginn der Verhandlung zum Eingang des Gerichtssaals, um Plätze zu ergattern. Aber nach einer Beratung der Sicherheitsbeamten im geschlossenen Gerichtssaal, angeleitet von einem Sekretär des Ministerpräsidenten Scharon, wurden alle schon seit Stunden wartenden Besucher mit Gewalt zur Seite gedrängt. Einlass zum Gerichtssaal wurde nur einigen wenigen, vom Presseamt ausgewählten, israelischen und ausländischen Presse-, Rundfunk- und Fernsehteams, sowie einer großen Anzahl der ausgesuchten Rechtsextremisten unter den "Hinterbliebenen der Terroropfer" gestattet. Bis die anderen Wartenden an die Reihe kamen, wurden die Pforten geschlossen und es wurde erklärt: "Der Saal ist überfull, kein Platz mehr ..." Unter den Ausgeschlossenen waren auch einige der Hinterbliebenen, aber nur solche, welche sich ausdrücklich und öffentlich für Verhandlungen mit den Palästinensern einsetzen, um weitere Opfer des gegenseitigen Terrors zu verhindern, und wohl deshalb nicht in der Liste der "Geladenen" verzeichnet waren.

Die sich so aufgebracht zeigenden, der vom Gesetz verbotenen aber ganz offen und bewaffneten KACH-Faschistenbanden nahestehenden "Hinterbliebenen" scheuten nicht, auch vor den verschlossenen Türen des Gerichtssaales

Tumultszenen anzustiften, welche dann auch eifrig fürs Fernsehen gefilmt wurden. Avneri bemerkte dazu treffend, man merke, dass der verdächtige Kriegsverbrecher Sharon entgegen aller Koalitionsabkommen letztlich den Vorsitz über die staatliche Rundfunk- und Fernseh-Gesellschaft usurpiert habe. Auffällig und viel in den Medien erwähnt war das mutige Auftreten des jungen, jüdisch-orthodox gläubigen Rechtsanwaltes Schamai Leibowitz in der Reihe des Barghouti-Verteidiger-Teams. Dr. Leibowitz ist ein Enkel des bekannten verstorbenen Professor und Chefredakteur der Hebräischen Enzyklopädie Yeschaihahu Leibowitz, welcher noch im hohen Alter die israelische Besetzung der arabischen Gebiete und den aggressiven jüdischen Fundamentalismus heftig bekämpft hatte.

Sein Enkel Schamai verglich im Gerichtssaal den um die nationalen Rechte seines Volkes und für Frieden mit Israel auftretenden "Angklagten" Marwan Barghouti mit dem biblischen Moses. "Der Kampf der Palästinenser um Freiheit von fremder Okkupation und nationale Selbstbestimmung erinnert an das, was im zweiten Buch Moses, dem Exodus unserer Vorfäter aus Ägypten erzählt wird", erklärte der junge orthodox-jüdische Anwalt. Es dürfte kaum verwunderlich sein, dass dieser daraufhin über das vergangene Wochenende schon unzählige Morddrohungen erhalten hat.

Der Vorsitzende des Verteidiger-Teams, der palästinensische Anwalt Jawad Boulus aus Ostjerusalem, erklärte nach der vor Barghouti-Freunden geschlossenen Verhandlung, dass mit Beginn der Hauptverhandlung in einigen Wochen die Verteidigung für die Nichtzuständigkeit des Tel-Aviver Gerichts plädieren werde. Außerdem würde Barghouti



selbst und seine Verteidigung die aufgetrumpfte Anklage gegen ihn in einen Anklageprozess gegen das widerrechtliche und unmenschliche israelische Besatzerregime umwandeln. Barghouti würde am Ende als ein palästinensischer Nelson Mandela gefeiert werden. Mandela hätte doch bekanntlich auch hinter den Kerkermauern des Apartheidregimes geschmachtet, bevor er Präsident des vom diesem Unterdrückungsregime befreiten Südafrikanischen Staates gewählt worden war, bemerkte Rechtsanwalt Boulus.

Hans Lebrecht  
6. Oktober 2002

## Israelische Armee tötet UN-Mitarbeiter in Jenin

Israelische Truppen haben in den letzten Wochen mehrere Akte von Gewalt gegen Mitarbeiter und Eigentum der UNO zu verantworten. So wurde der britische UN-Mitarbeiter Iain Hook von der israelischen Armee getötet und ein klar gekennzeichnetes Warenhaus des UN-Welternährungsprogrammes, das mehr als fünfhundert Tonnen Mehl, Reis und Pflanzenöl enthielt, zerstört. Die Lebensmittel waren zur Verteilung an 41.300 mittellose Palästinenser in Gaza bestimmt gewesen.

Iain Hook war Leiter des UNRWA\* Projektes zum Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Jenin. Er wurde am 22. November 2002 von einem israelischen Soldaten in einem UN-Gebäude in Jenin erschossen, als er versuchte, seine Mitarbeiter zu evakuieren.

Wie die UNRWA berichtete, wurden in den letzten acht Monaten mindestens drei ihrer Angestellten von der israelischen Armee getötet.

Mitarbeiter der UNO in Israel und den besetzten Gebieten haben eine Petition herausgegeben, in der sie Israel auffordern, dem Töten und Misshandeln von UN-Mitarbeitern ein Ende zu setzen.

"Seit zwei Jahren sind die UN-Mitarbeiter in den besetzten Gebieten wachsenden Misshandlungen und Gewalt von Seiten der israelischen Armee ausgesetzt", so die Petition.

Quelle: Jewish Peace News

\*UN Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East



## Die vier Bantustans

Durch den Bau der Mauer werden allein im Abschnitt nördlich von Jerusalem vier vollkommen eingeschlossene Bantustans, Palästinenser-Reservate geschaffen:

1. Rummaneh, al-Taybeh und andere Dörfer (bei Jenin; 8.560 Menschen);

2. Nazlat 'Izza, Khirbet Abdullah al-Yunis, Barta'a al-Sharqiyya, al-Baqa al-Shaqiyya (9.342 Menschen);

3. die Stadt Tulkarm, Shuweika und andere Dörfer (45.179 Menschen);

4. die Stadt Qalqilya und einige Dörfer (47.992 Menschen) - dieses Gebiet soll völlig mit einer Mauer umgeben werden, mit einem einzigen Ein- und Ausgang. Allein Qalqilya wird 15% des Gemeindelands und mehr als der Hälfte seiner landwirtschaftlichen Fläche beraubt. Bis jetzt galt Qalqilya als der Obstgarten Palästinas. Das soll sich nach dem Willen der Besatzer ändern.

## Die Apartheid-Mauer

Am 23. Juni 2002 fasste die israelische Regierung den Beschluss bis Juni 2003 eine "Sicherheitsmauer" über die gesamte Länge des Westjordanlandes - 360 Kilometer - zu errichten. Das Bauwerk soll aus Mauern, elektrischen Zäunen, Wachtürmen etc. bestehen. Die israelische Regierung scheint damit einer Forderung der "israelischen Linken" nach einer "Trennung" zwischen Israel und Palästina nachzukommen.

Der Gazastreifen ist bereits seit Jahren vollkommen von Zäunen und Mauern umgeben, alle Zugänge werden von der israelischen Armee kontrolliert. Er ist eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt und gleicht einem riesigen Gefängnis. Dieses Modell der nahezu perfekten Abriegelung soll nun auch für das Westjordanland geschaffen werden.

Bis jetzt hat die israelische Regierung jedoch keine Pläne veröffentlicht, aus denen ersichtlich ist, wie der konkrete Verlauf der Mauer aussehen soll. In den letzten Monaten ist jedoch klar geworden, was tatsächlich geplant ist. Der erste Abschnitt der Mauer verläuft nicht entlang der sogenannten "Grünen Linie", der Grenze des Westjordanlands, sondern östlich davon, auf palästinensischem Land. Mit dem Bau der Mauer soll rund ein Zehntel des Westjordanlands an Israel annektiert werden, das zum militärischen Sperrgebiet erklärt wird - natürlich betrifft dies nur seine palästinensischen Bewohner. Rund sechzig illegale israelische Siedlungen im Westjordanland mit 303.000 israelischen Siedlern sollen Israel einverleibt werden, doch auch etwa 385.000 Palästinenser werden sich plötzlich westlich der Mauer finden, auf "israelischer Seite". Während die israelischen Siedler im Westjordanland auch jetzt schon die vollen Rechte einer israelischen Staatsbürgerschaft genießen und unter Armeeschutz freie Bahn in den 1967 besetzten Gebieten haben, werden auch die Palästinenser, die nach dem Mauerbau unter direkte Kontrolle des Staats Israel gelangen und vom übrigen Westjordanland abgeschnitten sind, keinerlei Aufenthalts- oder Staatsbürgerrechte erhalten.

Die Mauer ist ein weiteres Element der israelischen Apartheidpolitik. Sie soll Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion trennen. Die Mauer dient

aber vor allem neuer ethnischer Säuberung. Für den Bau selbst wird in großem Maßstab palästinensisches Land enteignet und seine Bewohner vertrieben. Den Bewohnern der Dörfer, die westlich der Mauer liegen werden, wird jegliche Bewegungsfreiheit genommen. Viele Dörfer werden von ihrem Land mit Glashäusern, Oliven- und Obstbäumen und sonstiger landwirtschaftlicher Nutzung abgeschnitten. Zusätzlich werden viele Ortschaften von Mauern umgeben sein: Auf der einen Seite bestehen zum Teil schon Mauern und Zäune entlang der "Grünen Linie", auf der anderen Seite wird nun eine weitere Mauer gebaut. Gewiss, die Mauer soll Tore haben; gewiss, den Menschen wurden vage Versprechungen gemacht, dass sie Genehmigungen erhalten werden um ihr Land zu bestellen. Die konkreten Erfahrungen der 35 Jahre dauernden Besetzung des Westjordanlandes durch Israel haben gezeigt, was von solchen Ankündigen zu halten ist.

Israelische Kontrolle über diesen Teil des Westjordanlands bedeutet auch israelische Herrschaft über den Grundwasserstrom, der 51% der Wasserversorgung des Westjordanlands sicherstellt. Allein in der Stadt Qalqilya werden 14 Brunnen - 30% der Wasserversorgung - konfisziert.

Die genauen Pläne für die Mauer bei Jerusalem sind noch unklar. Die Situation um diese Stadt stellt für das israelische Regime ein Problem dar: Alle Regierungen - ob unter der Arbeiterpartei, dem Likud-Block, ob mit oder ohne Rechtsradikalen - haben den Bau israelischer Siedlungen in und um Jerusalem auf enteignetem Land vorangetrieben. Mit der Mauer sollen nun möglichst viele Siedlungen an Israel angeschlossen und möglichst viele Palästinenser vom israelisch besetzten Jerusalem abgeschnitten werden. Doch die geplante Mauer annektiert nicht nur Siedlungen mit 180.000 Israelis, sondern auch Stadtteile und Dörfer mit 276.000 Palästinensern. "Um dieses demografische Problem zu lösen", heißt es in einem Bericht der Regierung, "wird Israel zwei Mauern um Jerusalem bauen. Die erste ist die innere Mauer, entlang der von Israel definierten Stadtgrenzen." Wieder geraten Palästinenser und Palästinenserinnen zwischen zwei Mauern. Eines der ummauerten Bantu-

stans wird das Flüchtlingslager Qalandia sein. So vermeidet die israelische Regierung das "demografische Problem" - oder eigentlich: das "rassische" Problem -, Tausende Palästinenser auf "ihrer" Seite der Mauer zu haben.

Der Staat Israel wendet unterschiedliche Methoden zur Vertreibung der Palästinenser - zur ethnischen Säuberung - an. Das zeigt sich auch beim Bau der Mauer: Enteignung von Land und Vertreibung der Bewohner, Vernichtung der Landwirtschaft, Einschließen der Bewohner und Entzug der Lebensgrundlage.

Im modernen Hebräisch gibt es eine Reihe Euphemismen für die Verbrechen der israelischen Regierung. So steht "Transfer" für Deportation und Vertreibung, "Trennung" für Apartheid, und "Terror" für den Widerstand gegen die Besatzung.

*David Babelfisch*

*Quellen:  
LAW  
Ha'aretz*

### Kontakt

#### Antiimperialistische Koordination

[www.antiimperialista.org](http://www.antiimperialista.org)  
[aik@antiimperialista.org](mailto:aik@antiimperialista.org)

#### BRD:

Postfach 100850, 07708 Jena

Kto-Nr. 2194660  
Sparkasse Jena, BLZ: 83053030

#### Österreich:

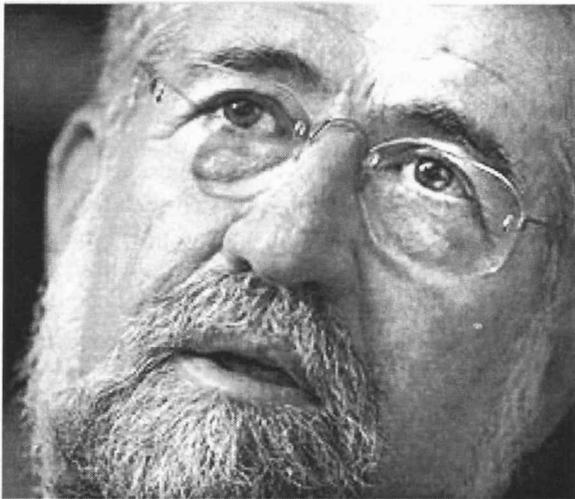
Postfach 23, 1040 Wien

Kto-Nr. 92725137  
PSK, BLZ: 60000

**Intifada-Abonnement:**  
8 Zusendungen - 8 Euro

**Intifada-Förderabo:**  
8 Zusendungen - 16 Euro

## Friedenstaube in Ritterrüstung Amram Mitzna - Spitzenkandidat der israelischen Arbeitspartei



Von einem bevorstehenden "Linksruck" und neuer Hoffnung auf Frieden sprechen Teile der israelischen Linken, wie etwa Gusch Schalom, seit der Bürgermeister von Haifa Amram Mitzna zum Spitzenkandidaten der Arbeitspartei für die kommenden Wahlen zur Knesset gewählt wurde. Tatsächlich hat Mitzna angekündigt, die Verhandlungen mit den Palästinensern wieder aufnehmen, die israelische Armee aus den 1967 besetzten Gebieten abziehen und die meisten der illegalen israelischen Siedlungen auflösen zu wollen. Dieses Friedenstaube-Image hält allerdings einer Analyse seiner vergangenen und gegenwärtigen Tätigkeit nicht stand.

Mitzna war General der israelischen Armee. Seine ersten Sporen verdiente er als besonders mutiger Offizier im Sechs-Tage-Krieg 1967. In den USA ausgebildet, wurde ihm wenige Monate vor Ausbruch der ersten Intifada das Generalkommando über den "zentralen Sektor" - das Westjordanland - übertragen. Er kam seiner Aufgabe pflichtbewusst nach, führte den Vernichtungskrieg gegen Steinwerfer wie befohlen aus. Unter seinem Kommando tötete, verwundete, deportierte und zerstörte die israelische Armee weit mehr als unter dem Likud-Anhänger Itzhak Mordechai, der zur selben Zeit die israelischen Truppen im Gazastreifen befehligte. "Ich fühle keine Schuld gegenüber den Palästinensern. Sie sind an ihrer Katastrophe selbst schuld", sagt er. Und spricht sich dafür aus, die Politik gezielter Ermordungen palästinensischer Widerstandskämpfer aufrechtzuerhalten.

Seit 1993 ist Mitzna Oberbürgermeister von Haifa. Seine PR-Strategen verweisen mit Stolz auf seine Verdienste um ein friedliches Zusammenleben zwischen der jüdischen Bevölkerungsmehrheit und der arabischen Minderheit in dieser Stadt. Tatsächlich hat Mitzna unter seiner Regierung die Sonderfinanzmittel, die "gemischte" Städte erhalten, hauptsächlich für spektakuläre Projekte verwendet. Haifa ist zu einem Paradies für Milliardäre geworden. Nur eine ganz dünne Schicht der arabischen Bourgeoisie hat von diesem Geld profitiert - sie konnte Mitzna geschickt in seine All-Parteien-Koalition einbinden. Die übergroße Mehrheit der 30.000 palästinensischen Haifaner haben von dem Geldsegen keinen Scherckel gesehen. Abgesehen von symbolischen Gesten hat Mitzna die Lebensbedingungen der arabischen Bevölkerung genauso wenig verbessert wie seine Vorgänger. Es wurden keine Wohnungen gebaut, es gibt keine arabischsprachigen öffentlichen Schulen. Kürzlich wurden Hunderte arabische Familien delogiert um Platz für eine aufwendige Autobahn zu schaffen.

Nach wie vor gibt es zahlreiche Häuser in Haifa, die von den palästinensischen Flüchtlingen 1948 verlassen wurden.

Einige wurden versiegelt, andere an arme Familien, zumeist Palästinenser, vermietet. Seit In-Kraft-Treten der Oslo-Verträge hat Mitzna eine breite Kampagne lanciert um diese Häuser zu verkaufen. Damit soll verhindert werden, dass die palästinensischen Flüchtlinge ihre Ansprüche geltend machen können.

Was Mitzna von den Führern des Likud-Blocks unterscheidet, ist in erster Linie die Wichtigkeit, die er der Pflege seines friedliebenden Images beimisst. Das wurde ihm von einem Teil der reichen israelischen Bourgeoisie aufgetragen, die begriffen hat, dass auf Dauer mit Sharons Politik keine Stabilität zu erreichen ist. Außerdem braucht die Arbeitspartei die Stimmen der arabischen Bevölkerung Israels. Nach Baraks Verrat hatte sich diese von Labour enttäuscht abgewendet.

Mitznas Wahl kann in erster Linie als Zeichen gewertet werden, dass ein Teil der israelischen Elite zu den Zeiten der Oslo-Verträge zurückkehren will. Eine Politik der symbolischen Zugeständnisse und der realen Beibehaltung israelischer Vorherrschaft ist wieder gefragt. Wer eignet sich besser dazu als Mitzna, der eine solche Politik in Haifa vorexerziert hat. Allein, Oslo liegt unter den Trümmern der zweiten Intifada begraben. Auch Mitzna wird es nicht wieder zum Leben erwecken können.

*Margarethe Berger*

### General Mitzna will den Palästinensern "die Visage polieren"

General Amram Mitzna erklärte im Rahmen seiner Wahlkampagne bei einem Vortrag in einem Tel Aviver Gymnasium vor israelischen Schülern, die bald in die Armee eingezogen werden: "Wir werden den Palästinensern die Visage polieren und sie verkrüppeln, wenn sie den Terror fortführen". Weiters sprach Mitzna über seine Regierungsvorstellung, in der zwar Platz für arabische Parteien ist, jedoch keiner für die Partei von Azmi Bschara, die "den Terror gegen Israel befürwortet". Erwähnenswert ist, dass die rechten israelischen Parteien die Attacke auf Bscharas Partei schon vor der Intifada lanciert hatten, weil diese für "einen sekulären Staat für alle Bürger" plädiert, der dem Konzept des Judenstaates widerspricht. Die "Friedenstaube" Mitzna zeigte damit früh genug ihre Zähne. Der knochenbrechende General bietet nichts, was über Sharons Logik und über seine eigene Verkrüppelungsgeschichte hinaus gehen würde. Israels Apologeten haben sich zu früh gefreut.

\*[www.debka.com/article-print.php?article=224](http://www.debka.com/article-print.php?article=224)

## Palästinensische Dorfbewohner kehren trotz Siedlerterror in ihre Häuser zurück

Zunehmende gewaltsame Angriffe von israelischen Siedlern gegen die palästinensische Bevölkerung schienen die Zukunft des Dorfes Yanoun nahe Nablus besiegelt zu haben. Doch die Ablehnung dieser aufgezwungenen Zukunftsvision von Seiten der Palästinenser erreichte gestern einen Wendepunkt, als die Männer des Dorfes sich weigerten aus ihren Häusern gejagt zu werden.

Fünf männliche Bewohner des Dorfes Yanoun, alle in den Vierzigern, kehrten letzte Nacht mit einer Gruppe von israelischen und internationalen Friedensaktivisten in ihre Häuser zurück und erklärten ausdrücklich, dass sie sich nicht einschüchtern lassen würden. Sie seien auch nicht mehr bereit, ihre Häuser zu verlassen.

"Wir sind sehr einsam ohne unseren Familien hier, aber es ist unmöglich sie zu überreden, dass sie mit uns zurückkehren, nachdem sie so lange von den israelischen Siedlern terrorisiert wurden", sagte Abdullah Sbeeh, Leiter der Gemeindeverwaltung von Yanoun. "Unser Plan ist es alle unsere Familien allmählich wieder hierher zurück zu bringen. Doch das wird nur gelingen, wenn die Welt von unserer schwierigen Lage erfährt und uns Aufmerksamkeit schenkt."

Sbeeh wurde in den letzten fünf Jahren sieben Mal gewaltsam von israelischen

Siedlern angegriffen. Er lobte die Rolle der Medien und der internationalen Beobachter für ihre Bemühungen, die schlechte Lage der Dorfbewohner der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

"Wir wurden letzte Nacht nicht angegriffen, doch das ist wegen der Anwesenheit der internationalen Beobachter und israelischen Friedensaktivisten", sagte Sbeeh. "Wenn die internationale Aufmerksamkeit schwindet, können Sie sicher sein, dass die Siedler wieder zu ihren üblichen Angriffen zurück kehren, wie es ihre Gewohnheit ist - und das vermutlich noch heftiger und zorniger." Heute sind acht Familien aus Yanoun, die zur Zeit im benachbarten Dorf Aqraba Zuflucht suchen, auf ihre Felder zur Olivenernte gegangen. Internationale Friedensaktivisten begleiteten sie. Es war das erste Mal, dass die palästinensischen Bauern ohne von den israelischen Siedlern angegriffen zu werden ihre Oliven ernten konnten.

"Wir benötigen die Aufmerksamkeit auf unsere Notlage um weiter machen zu können", sagte Sbeeh, "sonst stehen wir wieder am Anfang. Zuerst werden die Siedler unsere Felder verwüsten, allmählich sich uns immer stärker nähern und schließlich werden wir wieder in unseren Häusern angegriffen werden."

Quelle: [www.palestinemonitor.org](http://www.palestinemonitor.org)  
27. Oktober 2002

## Zweijähriges Kind in den Armen des Vaters erschossen



Khaled Meshhad beim Begräbnis seines Sohnes

Rafah-Gazastreifen: Am 11. November 2002 starb der zweijährige Nafed Khaled Meshad nach israelischem Beschuss des Tel Al-Sultan Viertels in Rafah in den Armen seines Vaters. Die israelische Armee beschoss aus ihren Stellungen in Tel Zaroub stundenlang das Viertel mit scharfer Munition. Zwei andere Jugendliche wurden verletzt. Der Vater erzählte: "Ich saß mit meinem Kind nach der Ramadan-Abendmahlzeit vor dem Haus, als plötzlich der

## Auf für Israelis reservierter Straße 95-jährige Frau in Ramallah erschossen

Israelische Soldaten haben nach palästinensischen Angaben am Dienstag, 10. Dezember, bei Ramallah eine 95-jährige Palästinenserin in einem Auto erschossen. Eine weitere Frau wurde verletzt. Den Angaben zufolge ereignete sich der Vorfall auf einer Straße, die für Palästinenser gesperrt war. Die 95-Jährige ist laut der Beobachtergruppe Palestine Monitor das älteste palästinensische Opfer seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000.

Wie die verletzte Frau, die 41-jährige Kifaja Ra'fat, von ihrem Krankenbett aus mitteilte, näherte sich das Auto, in dem die beiden Frauen auf dem Rücksitz saßen, einem israelischen Kontrollposten. Soldaten seien auf das Fahrzeug zugelaufen und hätten geschossen. Anschließend hätten sie mit ihren Waffen die Scheiben zertrümmert. Die Soldaten hätten sich dann entfernt und aus einer Distanz erneut auf das Fahrzeug gefeuert. Dabei sei die 95-jährige Fatima Mohammed Hassan getroffen worden.

Ein Krankenhausarzt sagte, Hassan sei von einer Kugel in den Rücken tödlich verletzt worden. Israelische Militärkreise erklärten, ein palästinensisches Auto sei auf der für Palästinenser gesperrten Straße gefahren. Soldaten hätten Warnschüsse in die Luft abgefeuert. Als das Fahrzeug nicht angehalten habe, hätten die Soldaten auf die Reifen geschossen. Über Opfer lägen der Armee keine Informationen vor.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung*

israelische Militärposten das Feuer eröffnete. Ich hörte meinen Sohn schreien und sah, dass er blutbedeckt war." Das Kind wurde ins Abu Yussef Najjar-Spital in Rafah gebracht, wo aber sein Leben nicht mehr zu retten war. Nach den Angaben von Dr. Ali Mousa war Nafed im Rücken von einer Kugel getroffen worden, die bis zu seinem Magen durchdrang. Die im achten Monat schwangere Mutter erlitt einen Nervenschock und musste im gleichen Krankenhaus behandelt werden.

Quelle: *Palestine Monitor*, 12.11.2002

## Ramallah im Kreuzfeuer

### Augenzeugenbericht einer angehenden österreichischen Ärztin

**Doris Höfelmayer, eine angehende österreichische Ärztin und Aktivistin der Palästina-Solidarität in Wien, befand sich im August und September 2002 in Palästina. Sie arbeitete dort als freiwillige Helferin beim Roten Halbmond. Nachstehend veröffentlichen wir den siebten und letzten Teil ihres Augenzeugenberichtes. Die früheren Aufzeichnungen sind der Intifada Nr. 10 zu entnehmen.**

Letzten Mittwoch, den 18. September, begann die israelische Armee Teile eines an Ramallah angrenzenden Flüchtlingslagers zu umstellen, als Reaktion auf den Angriff auf ein Polizeiauto, bei dem der Attentäter und ein Polizist starben. Die Zufahrtsstraßen wurden teilweise mit Stacheldraht und Schutt unpassierbar gemacht. Am nächsten Tag, Donnerstag, wurde ein Zehnjähriger in der Früh durch einen Brustschuss ermordet. Dann erfolgte das Attentat in Tel Aviv auf einen Bus. Die Militärpräsenz in den Straßen Ramallahs stieg an, man sah Panzer, Brandspuren, Militärjeeps. Natürlich herrschte Ausgangssperre. Ich hatte einen dringenden Fall in dem umstellten Flüchtlingslager, wobei wir den Schutt bei der Zufahrtsstraße einfach rasch beseitigten. Von einem Jeep aus hatten Israelis zwei Tränengasbatterien in eine Wohnung geschossen. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde dann das Hauptquartier von Arafat umstellt, Ramallah war wieder vollständig besetzt. An den großen Kreuzungen waren Panzer postiert und Soldaten kontrollierten dort die Rettungen, wann immer sie passierten. Es folgte nun ein Katz- und Mausspiel, es wurden große Umwege in Kauf genommen, um die Hauptstraßen zu meiden und damit die israelischen Soldaten. Hubschrauber flogen über unseren Köpfen, man konnte erste Explosionen vom Hauptquartier aus hören. Auch in der Straße, die zum Allgemeinen Krankenhaus Ramallah führt, hatte man einen Armed Personnel Carrier postiert. Die Soldaten waren aggressiv, wenn sie

einen kontrollierten, man konnte die Spannung deutlich merken. Am nächsten Tag war die Militärpräsenz noch überall zu sehen. Die Rettung wurde an jeder Kreuzung von neuem kontrolliert. Manchmal sah man bei einem der gepanzerten Fahrzeuge, wie junge Männer von Soldaten festgehalten wurden. Es herrschte Ausgangssperre.



Gestern in der Nacht gab es zwei Verletzte und einen Toten im Hauptquartier von Arafat. Erst nach langen Verhandlungen konnten die Verletzten ins Spital gebracht werden. Der Tote wurde am Freitag in der Früh geborgen. Jede Nacht war es das gleiche Schauspiel. Man hörte laute Explosionen vom Hauptquartier her, Hubschrauber und Panzer, die in den Straßen patrouillierten. Am Samstag schließlich sagten die Israelis mit Lautsprechern den im Hauptquartier von Arafat eingeschlossenen Leuten durch, dass sie sich ergeben sollten, da sie auch das letzte verbliebene Gebäude zerstören wollten. Daraufhin bereitete sich der Rote Halbmond auf eine große Katastrophe vor. Alle verfügbaren freiwilligen und angestellten Sanitäter wurden einberufen, statt drei Ambulanzen machte man neun einsatzbereit. In der Vorbesprechung wurde darauf hingewiesen, auf jeden Fall den Befehlen der Soldaten zu gehorchen, nicht mal zu versuchen zu verhandeln und besonders auf Scharfschützen aufzupassen. Um Mitternacht rückten wir aus. Im Zentrum von Ramallah gab es große Demonstrationen, wie auch in Gaza, Tulkarem und Nablus. Die Rettungen

begleiteten die Demonstration, warteten in Seitengassen, bis aufgeregte Rufe nach einer Rettung sie hervorschießen ließen. Barrikaden wurden errichtet, Parolen geschrien, Fahnen geschwenkt. Die ersten Verletzungen waren Tränengas geschuldet. Nach etwa einer Stunde begannen sie scharfe Munition zu verwenden und die Rettung, in der ich war, wurde plötzlich an die Front gerufen, wo aufgeregte junge Männer einen vielleicht 25-Jährigen mit Kopfschuss einluden. Vor uns der israelische Jeep, in der Rettung ein blutüberströmter junger Mann, der keine Überlebenschance hatte. Er atmete noch. Nach dem Legen eines venösen Zugangs, dem verzweifelten Versuch die Blutung zu stillen und dem raschen Transport ins Spital, wo er intubiert und beatmet wurde und weiteren Flüssigkeitsersatz bekam, verstarb er

nur eine Stunde, nachdem man ihm in den Kopf geschossen hatte. In dieser Nacht gab es noch drei weitere Tote, zwei davon in Nablus, ein weiterer in Ramallah, welcher der Cousin eines der freiwilligen Fahrer beim Roten Halbmond war. In der Nacht von Sonntag und Montag gab es nochmal kleinere Demonstrationen in Ramallah, bei denen es aber zu keinen Verletzten oder Toten kam. Die israelische Besatzung tötet entweder direkt physisch oder sie tötet langsam das gesamte soziale und ökonomische Leben der Palästinenser. Ein Beispiel ist die Ausgangssperre, die auch in den Zeiten, wo sie tagsüber aufgehoben war, jedoch immer freitags und in Bethlehem sonntags wieder tagsüber in Kraft trat. Die Geschäfte bleiben oft tagelang geschlossen, ein geregelter Schulbetrieb ist seit März nicht mehr möglich. Das Leben und die Zukunft eines ganzen Volkes wird damit zunichte gemacht.

*Ramallah, 23. September 2002*

## Palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen Totale Rechtlosigkeit und systematische Diskriminierung

Die Lage der palästinensischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen spiegelt das Leiden des palästinensischen Volkes unter der Besatzung wider. Tausende palästinensische Gefangene sitzen zur Zeit in zwanzig israelischen Gefängnissen und militärischen Inhaftierungslagern. Manche von ihnen sind seit mehr als 26 Jahren inhaftiert, andere wurden als Schüler vor langen Jahren verhaftet und sitzen heute noch hinter Gittern. Die Geschichte jedes palästinensischen Gefangenen ist die Geschichte einer kaputtgemachten Familie. Man kann sich das Ausmaß dieses Leidens vorstellen, wenn man weiß, dass mehr als vierhunderttausend Palästinenser seit 1967 mindestens einmal verhaftet worden sind.

Seit dem Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 sind 15.000 Palästinenser verhaftet worden. In den israelischen Gefängnissen befinden sich zur Zeit sechstausend Gefangene. Unter ihnen sind 1.050 Gefangene in Administrativhaft. Das bedeutet, dass sie ohne Anklage in Haft sitzen, wobei ihre Haft alle sechs Monate verlängert werden kann und bis zu acht Jahren andauern kann, ohne dass sie irgendetwas über ihre Haftdauer erfahren können. Die Gründe für die Haft und die Beweise für die Anschuldigungen können geheim gehalten werden, so dass der Inhaftierte, seine Familie und sein Anwalt diese nicht erfahren dürfen. Die Zahl der gefangenen Kinder beträgt 350. Sie sind zwischen 12 und 18 Jahre alt. Einige von ihnen sind in den selben Gefängnissen wie israelische jugendliche Kriminelle. Dort werden sie systematisch diskriminiert. Im Gegensatz zu den israelischen Jugendlichen dürfen sie ihre Ausbildung nicht weiterführen. Kinder zwischen 15 und 18 Jahren werden für Erwachsene gehalten und werden mit älteren israelischen Gefangenen und Kriminellen zusammengehalten, was eine große Gefahr für sie darstellt. Die meisten Kinder befinden sich im Gefängnis Telmond mit jugendlichen

und erwachsenen Israelis zusammen. 47 palästinensische Frauen und Mädchen befinden sich im Gefängnis Neve Tritze. Sie werden dort mit israelischen kriminellen Frauen gehalten. Sie sind Folter und sexuellen Belästigungen ausgesetzt, vor allem durch die häufigen



17. April: Tag der palästinensischen politischen Gefangenen

Körperdurchsuchungen, die fast täglich stattfinden.

Diskriminierung ist eine Praxis, die in Israel kaum in Frage gestellt wird. Beispielsweise darf ein Israeli nur 48 Stunden ohne Beweisführung in Haft bleiben. Ein Palästinenser darf per Gesetz für dreißig Tage ohne Beweisführung in Haft bleiben. Diese Frist kann auch bis zu sechs Monaten verlängert werden. Gesetzlich kann ein Treffen zwischen einem Anwalt und seinem israelischen Mandanten höchstens 15 Tage verhindert werden. Im Falle eines palästinensischen Gefangenen beträgt diese Frist drei Monate. Nach der Entlassung eines palästinensischen Gefangenen besteht die Gefahr, dass er weit von seiner

Familie in einen anderen Ort oder ins Ausland abgeschoben wird.

Die Gefangene sind auf zwanzig Gefängnisse verteilt, die sich zum großen Teil außerhalb der besetzten Gebiete befinden. Israel hat die meisten Gefangenen aus der Westbank und aus

Gaza in weit abgelegene Anstalten verlegt. Dies stellt einen Verstoß gegen internationale Abkommen und die Genfer Konvention dar. Diese Verletzung hat die Besuche von Familienangehörigen fast unmöglich gemacht, da die Bewohner der besetzten Gebiete eine Erlaubnis brauchen um nach Israel fahren zu können. Ein solche Erlaubnis wurde nur einmal in den letzten zwei Jahren gegeben. Rechtsanwälte können ihre Mandanten nur sehr selten kontaktieren. Die Gefangenen sind von der Außenwelt fast vollständig isoliert. Bücher, Fernseher oder Radio sind verboten.

Folter ist eine alltägliche Praxis, vor allem während der Vernehmung, die in der Regel mehrere Monate andauert. Das höchste israelische Gericht hat im November 1996 zwei Beschlüsse erlassen, wonach es dem israelischen Geheimdienst erlaubt wird, körperlichen Druck anzuwenden. Vor allem wurde die Methode des extremen Schüttelns während der Vernehmung

erlaubt, was oft zu Gehirnerschütterungen führt. So ist Israel der einzige Staat in der Welt, der Folter als offizielle Politik und mit gesetzlicher Deckung betreibt. Die Lebens- und Haftbedingungen der Gefangenen sind katastrophal.

Oft haben die Gefangenen nicht die Möglichkeit Kleider zu bekommen um sich umziehen zu können. Manche sitzen seit Monaten mit Blutflecken auf ihren Kleidern in Haft, da viele bei der Verhaftung verletzt werden. Die Besatzungsmacht geht immer mit harten Angriffen gegen die Gefangenen vor, besonders wenn diese protestieren, um ihre Haftbedingungen zu verbessern. Die meisten Gefängnisse sind ohne

Heizung, obwohl manche in der Wüste liegen, wo es im Winter sehr kalt ist, wie zum Beispiel in den Gefängnissen Ashkalon, Nafhar und Majiddo. Die Menschenrechtsorganisationen haben für diese Gefängnisse Heizungen gefordert, aber Israel hat das mit der zynischen Begründung abgelehnt, dass die Heizung ein Sicherheitsrisiko darstellt, da die Gefangenen die Heizkörper als Mittel zur gegenseitigen Folterung oder zum Selbstmord benutzen könnten.

Das Essen ist quantitativ und qualitativ sehr schlecht. Die medizinische Situation ist katastrophal. Die Gefangenen müssen drei Monate warten, bis sie einem Arzt vorgeführt werden. Es gibt keine Medikamente und man bekommt höchstens Schmerzmittel. Die Familien dürfen keine Medikamente schicken. Es gibt viele Gefangene, die verletzt sind oder unter chronischen Krankheiten leiden.

Die palästinensischen Gefangenen werden nur militärischen Gerichten vorgeführt, wo israelische Soldaten die Richter sind. Die Strafgesetze dieser Gerichte stammen von den englischen Kolonialgesetzen, die in den Dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts angewendet wurden. Die Verordnung der Gefängnisse besteht aus 114 Klauseln, die keinen einzigen Satz über die Rechte der Gefangenen enthalten. Viele Gefängnisse stammen auch aus der englischen Kolonialzeit.

In den meisten Haftanstalten werden in jedem kleinen Raum aus zwanzig Quadratmetern und einer offenen Toilette bis zu zwanzig Gefangene gehalten. Einige Gefängnisse bestehen aus normalen Gebäuden und andere aus Zeltlagern auf militärischen Stützpunkten.

Israel bezeichnet die Gefangenen als Terroristen und Kriminelle. Die palästinensischen Gefangenen erheben dagegen die gerechte Forderung, als Kriegsgefangene anerkannt und freigelassen werden, da sie Freiheitskämpfer und keine Kriminelle sind.

Das palästinensische Volk erhebt die gerechte Forderung und hat das legitime Bedürfnis, frei von Besatzung, imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung zu leben.

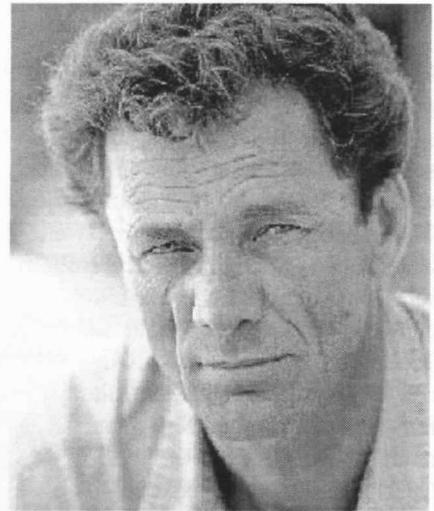
*Quelle: Addameer - Vereinigung für der Unterstützung palästinensischer Gefangenen*

20. November 2002

## Israel verbietet Bakris Film über Dschenin

Wie die israelische Zeitung "Haaretz" berichtet, gab Sonya David-Elmalea, Sprecherin des israelischen Zensurkomitees am 11. Dezember 2002 an, dass der Film "Dschenin Dschenin" verboten wurde, weil er angeblich "fiktive Ereignisse als Wahrheit darstelle". Sie stellte fest, dass der Film die palästinensischen Behauptungen, israelische Soldaten hätten während der Schlacht um Dschenin ein Massaker begangen, begünstigen würde. Die israelische Öffentlichkeit könnte den Film als äußerst beleidigend empfinden und fälschlicherweise denken, dass israelische Soldaten willentlich und systematisch Kriegsverbrechen begehen würden, sagte sie.

"Dschenin Dschenin" ist der jüngste Film des palästinensischen Filmemachers mit israelischer Staatsbürgerschaft Mohammad Bakri. Er behandelt die Ereignisse in dem palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin im April 2002 während und nach der Invasion der israelischen Armee. Neben Originalaufnahmen mit versteckter Kamera



*Mohammed Bakri*

kommen zahlreiche Augenzeugen und Betroffene zu Wort. Der Streifen ist somit nicht nur ein wertvolles Originaldokument, sondern erhebt auch unmissverständlich Anklage gegen Israel. Bakri hat angekündigt, Berufung gegen das Verbot einlegen zu wollen.

*Quelle: Haaretz, 11. Dezember 2002*

## Opferbilanz Intifada in Zahlen

**2.004 palästinensische Tote**  
**672 israelische Tote**

- \* insgesamt 2.721 Tote (einschließlich der getöteten Ausländer; Quelle: AFP);
- \* die israelische Armee verwendet: 5.56 mm (223 Kaliber), 7.02 mm, 9 mm, 50 Kaliber, 500 mm, 800 mm, gummiummantelte Stahlgeschosse; Raketen, Panzer, F-16 Kampfflugzeuge (4 Angriffe auf zivile Wohngebiete);
- \* 30 Moscheen, 12 Kirchen, 134 Brunnen wurden zerstört (Quelle: Palestinian Council for Justice and Peace);
- \* 1.135 Schultage gingen aufgrund israelischer Attacken verloren (Quelle: Education Ministry);
- \* 380.000 israelische Staatsbürger oder Siedler leben in Siedlungen in der Westbank, mehr als die Hälfte der Siedler (220.000 - 250.000) leben in Ostjerusalem);
- \* 1 Million Palästinenser leben auf 360 km<sup>2</sup> Land im Gazastreifen, 7.500 Siedler leben illegal im Gazastreifen und kontrollieren 30 % des Territoriums;
- \* 30 % der Kinder unter fünf Jahren leiden an chronischer Fehlernährung, 21 % an akuter Fehlernährung;
- \* 45 % der Kinder unter fünf Jahren und 48 % der Frauen im gebärfähigen Alter leiden an leichter oder mittelschwerer Anämie (Quelle: Palestine Monitor)

*Daten vom 2. Dezember 2002*

*In der Intifada Nr. 10 vom Oktober 2002 haben wir eine Antimperialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina angekündigt. Aufgrund des drohenden Krieges gegen den Irak sahen wir uns gezwungen, die Delegationsreise nach Palästina zu verschieben. Um den Jahreswechsel wird stattdessen eine Solidaritätsdelegation den Irak bereisen. Nachfolgend der Aufruf:*

## Verteidigen wir den Irak um dem Imperialismus entgegenzutreten Aufruf zur internationalen Solidaritätsdelegation in den Irak

Es gab Zeiten, da folgte dem Krieg der Frieden des Siegers. Seitdem sich die USA zum alleinigen Herrscher über die Welt aufgeschwungen haben, gibt es keinen Frieden mehr, der Krieg wurde zum Dauerzustand, Angriffskriege zur alltäglichen Verwaltungsaufgabe.

Mit Bushs neuer Doktrin des "präventiven Krieges" nehmen die USA das Recht in Anspruch, jede Bewegung, jede Regierung, jede Nation, jede Allianz, die sich weigert sich von der nordamerikanischen Tyrannei unterjochen zu lassen, anzugreifen.

In seinem Allmachtswahn macht sich das Weiße Haus gar nicht mehr die Mühe seine Strategie zu verschleiern. Offen fordern sie von allen anderen Völkern, insbesondere jenen der "Dritten Welt", sich ihren nationalen Interessen unterzuordnen. Das ist reiner Imperialismus, wie selbst Scott Ritter, US-Marine-Soldat und Ex-Waffeninspektor im Irak, einräumen muss: die ärmsten Länder werden nicht nur gezwungen ihre Ressourcen einer Handvoll reicher Länder zugänglich zu machen, sondern müssen zu dieser Ausplünderung noch den Mund halten. Wer sich dagegen zur Wehr zu setzen wagt, muss sich auf einen Bombenregen, militärische Besetzung und Aushungerung gefasst machen.

rung gefasst machen.

Nach dem Krieg von 1991, nach durch zehn Jahren des Embargos verursachten unsagbarem Leiden, ist der Irak mit einer neuerlichen furchtbaren Aggression konfrontiert. Bush hat bekannt gegeben, dass er etwaige UN-Entscheidungen, die ihm nicht ins Konzept passen, nicht akzeptieren und den Irak zu seinem militärischen Protektorat machen werde. Es ist nicht nur das Erdöl, das die amerikanischen Imperialisten interessiert. Nicht weniger wichtig ist es für sie, einer Regierung den Garaus zu machen, die sich weigert den Nahen Osten zu einer Provinz der USA zu machen. Wenn Bagdad fällt, so würden sich die Vereinigten Staaten angespornt fühlen in gleicher Weise in jedem Winkel der Erde zu intervenieren.

Vom Widerstand des Irak hängt nicht nur die Freiheit seines Volkes, sondern auch aller anderen ab. So wie der Kampf gegen den Faschismus damals und in Palästina heute nicht nur legitim, sondern auch notwendig ist, so ist es auch die Verteidigung des Irak. Jede Äquidistanz käme einem stillen Einverständnis mit dem Weißen Haus, der mächtigsten Terrorzentrale aller Zeiten, gleich.

Wir rufen alle demokratischen und revolutionären Kräfte auf alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Krieg aufzuhalten und, sollte er dennoch ausbrechen, den Irak zu unterstützen. Die Bewegung gegen den Krieg muss entwickelt, die US-Regierung isoliert und bei ihren Kriegsvorbereitungen behindert werden. Zu diesem Zweck organisieren wir eine internationale Solidaritätsdelegation, die sich ab dem Jahreswechsel in den Irak begeben wird und eine Staffel von weiteren Delegationen eröffnen soll.

Mehr als jemals zuvor bedarf das irakische Volk unserer Solidarität. Es darf nicht allein gelassen werden. Die Anwesenheit von hunderten Aktivisten und Bürgern aus der ganzen Welt, bereit sich als "menschliche Schutzschilder" für Spitäler, Schulen, Dörfer zur Verfügung zu stellen, kann dem Widerstand des Volkes helfen und Sand in die angloamerikanische Kriegs- und Propagandamaschine streuen.

**Stoppt den Krieg gegen den Irak!  
Aufhebung des Embargos!  
Keine europäische Beteiligung!  
US-Truppen raus aus dem Golf!**

*Antimperialistische Koordination,  
November 2002*

# Stoppt Krieg und Embargo gegen den Irak!



**Antimperialistische Koordination**  
[www.antimperialista.org](http://www.antimperialista.org)

### **Demonstration zum 12. Jahrestag des Zweiten Golfkriegs**

Freitag, 17. Jänner 2003  
Treffpunkt: 17.00 Uhr  
Wien 1; Universität Wien - Unirampe  
(Dr. Karl Lueger Ring)  
anschließend Demo zur  
US-Botschaft

**Kein Krieg gegen den Irak!  
Weg mit dem Embargo!  
Gegen jede österreichische  
Beteiligung am drohenden Krieg!**

*Plattform Stoppt den Krieg*

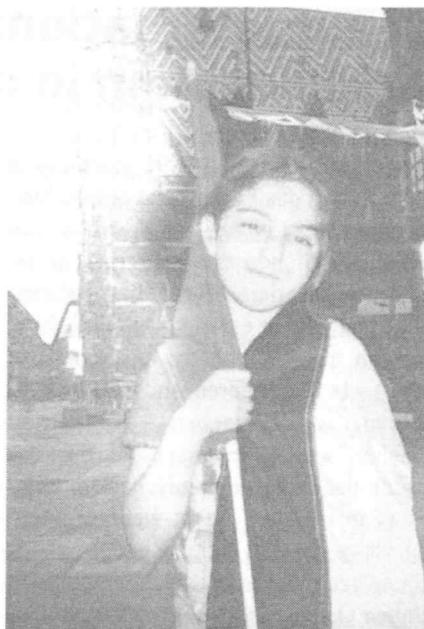
# Kein Massaker kann den Widerstand des palästinensischen Davids brechen!

**Zweiter Jahrestag der Intifada in Wien**

**Einige hundert Menschen versammelten sich trotz hartnäckigen Regens am Samstag, dem 28. September, in der Wiener Innenstadt um den Jahrestag der Zweiten Intifada zu begehen.**

Zur Demonstration, die schließlich zur US-Botschaft führte, hatte ein Bündnis verschiedener linker und arabischer Organisationen aufgerufen. Die Mobilisierung für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht fand unter ungünstigen Rahmenbedingungen statt. Einerseits hielt sich die "traditionelle Linke" fern, um dem unvermeidlichen Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen, der von "politisch korrekten" Mainstream erhoben wird. Auf der anderen Seite gab es auch von Seiten der islamischen Organisationen keine Unterstützung, da diese ihre vermeintliche Integration wichtiger zu sein scheint als die Palästina-Frage.

George Nicola von der Palästinensischen Gemeinde betonte den Friedenswillen der Palästinenser, der von



Israel mit ihrem fortgesetzten Terror mit Füßen getreten werde. "Israel zeige tagtäglich aufs Neue, dass es keinen Frieden will", meinte der Sprecher der Antiimperialistischen Koordination. Es werde nie einen palästinensischen Staat

akzeptieren und die einzige Lösung sei ein demokratischer Staat in ganz Palästina. Hannes Hofbauer betonte, dass trotz der schrecklichsten zionistischen Massaker wie zuletzt in Dschenin der palästinensische Widerstand nie gebrochen werden konnte und auch jetzt weitergehen werde. Es sei einfach sich von den Selbstmordattentaten in Grauen abzuwenden, doch sei dies nur ein Vorwand um sich nicht mit der Ursache des Konflikts auseinandersetzen zu müssen und diese sei die Okkupation.

Die Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime Hans Anthofer und Margarethe Gal betonten, dass jeder ehrliche Antifaschist auf der Seite der Palästinenser gegen das rassistische und faschistoide Sharon-Regime stehen müsste. Insgesamt meldeten sich mehr als ein Dutzend Redner zu Wort.

Die Sozialistische Jugend, vertreten durch Andreas Babler, wies auf die Mobilisierung in zahlreichen Ländern der Welt und die Notwendigkeit der internationalen Solidarität hin.

## "Zeit, den Palästinensern Recht zu geben"

**Claudia von Werlhof, Solidaritätsadresse an die Intifada-Demonstration**

**28. September 2002, Wien**

Ich weiß, dass jeder, der es wagt, Israel zu kritisieren, Gefahr läuft, als Antisemit verschrien zu werden. Es gehört heute im Westen zur sogenannten "political correctness", das heißt zum guten Benimm, öffentlich immer auf der Seite Israels zu stehen, egal, was dort und von dort aus geschieht. Damit glaubt man, täglich den Beweis zu erbringen, die Vergangenheit bewältigt zu haben. Aber stimmt denn das? Und bewältigt man damit auch Gegenwart und Zukunft? Mit anderen Worten: Was können denn die Palästinenser für den Holocaust? Und wieso ist es ein Beweis dafür, dass man nicht antisemitisch ist, wenn man bei den Morden an Palästinensern wegschaut? Ja, haben denn die Israelis einen Opfer-Bonus, der es ihnen aufgrund ihrer Geschichte erlaubt, zu tun, was bei anderen einen allgemeinen Aufschrei hervorrufen würde? Es sei an den Kosovo erinnert.

Es ist die Tragödie Israels, vom Opfer zum Täter geworden zu sein, es auch nicht geschafft zu haben, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen. Im Gegenteil.

Was dabei aber so besonders irritiert, ist, dass ausgerechnet die Israelis mit zweierlei Maß messen: Das Leben eines Palästinensers ist ihnen ganz klar weniger Wert als das eines Israelis - wenn nicht überhaupt wertlos. Und auch die westlichen Medien teilen diese Sicht.

Es ist das Problem des Staates Israel, dass er sein Glück auf dem Unglück anderer, der Palästinenser, aufbauen wollte. Konkret: Auf 4/5 des Bodens Palästinas. Wie konnte man da erwarten, dass das gut gehen würde? Das Verhältnis der Israelis zu den Palästinensern ist daher notwendig fatal: Indem die Bedeutung der Palästinafrage seit 52 Jahren geleugnet wird, wird das Unrecht geleugnet, das den Palästinensern angetan wurde und wird. Damit

verhält sich Israel genauso wie jede beliebige Kolonialmacht in der Geschichte. Zu den Kolonisierten hat man nicht weniger als ein rassistisches Verhältnis. Die angebliche Minderwertigkeit und mangelnde Unterwürfigkeit der Kolonisierten rechtfertigt dann jede Gewalt gegen sie.

Mehr noch: Auch der Rest Palästinas ist heute ein von Israel besetztes und beanspruchtes Gebiet. Die Palästinenser sind förmlich in die letzte Ecke gedrängt. Sie sehen daher nicht nur keinen Ausweg mehr. Im wahrsten Sinne des Wortes haben sie einfach auch keinen mehr. Daher ihr Zorn!

Israel hat eine der modernsten und bestbewaffneten Armeen der Welt. Die Palästinenser dagegen sind ein Volk, das bisher noch nicht einmal eine eigene Regierung und wirkliche Selbstbestimmung haben darf, und nahezu kein

## Zum zweiten Jahrestag der Intifada Aktionstag in Hamburg

Wie in anderen Städten und weltweit fand heute auch in Hamburg ein Aktionstag zum Jahrestag der Al Aqsa-Intifada statt. Organisiert wurde eine Kundgebung mit Musik, Kultur und Redebeiträgen in der Innenstadt, die von 11 bis 17 Uhr statt fand. Ein großes Infzelt, viele Schautafeln und Transparente sowie eine Buchstabenkette "Schluss mit der israelischen Besatzung" wiesen die vorbei eilenden PassantInnen eindrucksvoll auf die Situation der PalästinenserInnen unter dem Joch der brutalen israelischen Besatzung hin und auf die Notwendigkeit den palästinensischen Befreiungskampf international zu unterstützen. So blieben auch erfreulicherweise immer wieder Menschen stehen um sich zu informieren oder mit uns zu diskutieren. Höhepunkt des Tages war eine palästinensische Musikgruppe mit Debka-Tanz in palästinensischen Trachten.

*Achim Schuster  
Palästina Solidaritätsbündnis  
Hamburg*

Territorium mehr hat.

Es darf bezweifelt werden, dass israelische Politik nur in Israel gemacht wird. Denn Israel ist auch das: Ein Brückenkopf des Westens in der Nähe der nahöstlichen Ölquellen. Insofern ist Israel selbst Opfer der Weltpolitik und nicht nur ihr Lieblingskind. Es hat diese Rolle mitzuspielen. Und vielleicht passt ein echter Friede mit den Palästinensern gar nicht dazu.

Welche Tabus müssen eigentlich - ausgerechnet von Israel - noch gebrochen werden? Was muss geschehen, damit das Töten nicht immer mehr zur Normalität, ja geradezu salonfähig wird? Was muss geschehen, damit endlich auch die Menschen hier, Politiker, Parteien, Medien, Bewegungen und Wissenschaft sich endlich selbst betroffen fühlen?

Es ist höchste Zeit, Israel abzurüsten und den Palästinensern endlich Recht zu geben. *Claudia von Werlhof*

## 28. September 3.000 demon- strierten in Ber- lin für Palästina

Etwa 3.000 Menschen demonstrierten am 28. September 2002 in Berlin vom Adenauerplatz zum Breitscheidplatz ihre Solidarität mit Palästina. Sie folgten damit dem Aufruf der Palästinensischen Gemeinden, Arabischen Vereine und verschiedener deutscher Organisationen, anlässlich des 2. Jahrestags des Beginns der Intifada sich den heutigen Protesten hunderttausender Menschen in Deutschland, Europa und weltweit gegen die israelische Besatzungspolitik anzuschließen. Angesichts der Tatsache, dass durch die Hetzkampagne nach der großen bundesweiten Demonstration vom 13. April in Berlin sowie der unausgesetzten Diffamierung von Protesten gegen Israel als antisemitisch noch immer sehr viele Menschen eingeschüchert sind und erst in dieser Woche mit den Kundgebungsvorbereitungen begonnen wurde, kann die heutige Demonstration nur als großer Erfolg gewertet werden.

Die zumeist auf Deutsch gehaltenen Redebeiträge und verteilten Flugblätter während des friedlichen, aber lebendigen Demonstrationzuges stießen bei den PassantInnen auf beträchtliches Interesse. In ihnen wurden neben den Verbrechen Sharons auch die US-Kriegsvorbereitungen gegen Irak und die wachsende rassistische und antidemokratische Politik in Deutschland kritisiert. Die große Zahl von Frauen und jugendlichen TeilnehmerInnen unterstrich zudem, dass trotz allen Geredes über Politikverdrossenheit eine große Bereitschaft besteht, sich für demokratische Anliegen und Toleranz auf der Grundlage von Gleichberechtigung einzusetzen.

## 28.9.2002 Zehntausende demonstrierten in Marseille

An die zehntausend Menschen versammelten sich auf dem Place de la Joliette. Der Demonstrationzug setzte sich um 15:00 in Bewegung und marschierte durch die Stadt. Mehr als hundert Organisationen aus Frankreich, aber auch Italien und Spanien nahmen an der Protestveranstaltung teil: die Kommunistische Partei Frankreichs, Lutte Ouvrière, Gewerkschaften, jüdische Pazifisten, die Generalunion Palästinensischer Studenten, einige religiöse Vereine, die Frauen in Schwarz und unzählige Solidaritätskomitees sowie kurdische Gruppen und die Grünen. Die Sprechchöre verlangten nach einem freien Palästina, den Abbau der israelischen Siedlungen in Palästina und das Ende der Besatzung. Sharon wurde als Mörder, Bush als sein Komplize bezeichnet. "Freiheit für Arafat, Freiheit für Barghouti" war ein weitere wichtiger Slogan, ebenso wie die Forderung nach einem Boykott israelischer Waren.

Einige Demonstrationsteilnehmer trugen Bilder von Barghouti, Abu Ali Mustafa und Arafat. Um 19:00 sprach Arafat über Satellitentelefon zur versammelten Menge um sich bei den Demonstrationsteilnehmern zu bedanken.

*Charlotte Malterre*

**Weitere Meldungen zum  
28. September auf  
[www.antiimperialista.org](http://www.antiimperialista.org)  
[www.palaestina.at](http://www.palaestina.at)**

### "Live aus Palästina"

#### Arabischer Filmabend im Afro-Asiatischen Institut

Der in einem palästinensischen Flüchtlingslager aufgewachsene Regisseur Rashid Masharawi drehte im Sommer 2001, als die "Voice of Palestine" noch live auf Sendung war, eine beeindruckende Reportage. "Ob Sie in Palästina sind oder im Ausland - wir wünschen Ihnen einen guten Abend, ohne Kugeln, ohne Bomben", begrüßt der Moderator seine Hörer. Am 13. Dezember 2001 wurde die "Stimme Palästinas" durch einen israelischen Bombenangriff zerstört.

**Afro-Asiatisches Institut, Türkenstr. 3, 1090 Wien; Grosser Saal**

**Freitag, 24. Jänner 2003, 19:00 Uhr**

*Vernstalter: Arabischer Palästina-Club (APC)*

# Demonstrationsaufruf vom 28. September in Berlin

## Solidarität mit Palästina!

**Demonstration am 28. September, 14 Uhr**  
**Berlin - Adenauerplatz**

Am 28. September 2002 jährt sich zum zweiten Mal der Beginn der Intifada, des Aufstands der palästinensischen Bevölkerung gegen die israelische Besatzungspolitik.

Doch statt den berechtigten Forderungen der PalästinenserInnen nach Selbstbestimmung nachzukommen, hat Israel seitdem über 2.000 von ihnen ermordet, 50.000 verwundet, zehntausende eingekerkert und gefoltert. Viele der Opfer sind Kinder und Jugendliche. Die gesamte Infrastruktur und Lebensgrundlagen werden vernichtet, angefangen mit dem Ausreißen von Olivenbäumen, über die Zerstörung von Häusern, Fabriken, Krankenhäusern und Schulen, bis hin zur gezielten Ermordung. Seit über einem Jahr leiden 3 Millionen Menschen im Gazastreifen und

der Westbank unter willkürlichen Ausgangssperren, Hungersnot, Arbeitslosigkeit und Behinderung der medizinischen Versorgung. Verwaltungsgebäude und Einrichtungen der Autonomiebehörde werden dem Erdboden gleichgemacht, AktivistInnen der Intifada werden verbannt oder systematisch ermordet. Das Ziel dieses gesamten Terrors ist klar: Die Vernichtung jedes Ansatzes von Selbstorganisation und Widerstand und die Vorbereitung einer erneuten Massenvertreibung dieses seit über 50 Jahren geschundenen Volkes.

Nach der ersten Intifada, in der die gesamte palästinensische Bevölkerung von 1987 - 1991 gegen ihre totale Rechtlosigkeit aufstand, hatte die PLO in den Osloer Verträgen auf 78 % des palästinensischen Gebietes in der Hoffnung verzichtet, auf dem verbleibenden Rest nach Jahrzehnten des Leidens einen lebensfähigen palästinensischen Staat errichten zu können. Doch Israel sorgte dafür, dass dieser "Friedensprozess" scheitern musste, da es die gleiche kolonialistische und rassistische Politik fortsetzte wie in den nunmehr 54 Jahren seit seiner Staatsgründung; so wurden die besetzten Gebiete seit Oslo systematisch mit Siedlungen und - von

unzähligen Militärkontrollposten abgesicherten - Straßenverbindungen in lebensunfähige, abgeschottete Bantustans zerschnitten. Bei all diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist sich Sharon der vollen Unterstützung besonders durch die US-Regierung gewiss, von der er jährlich 3 Mrd. Dollar Militärhilfe, modernste Waffentechnologie und die Absegnung von

anwächst und in Folge eines Militärschlags der gesamte Nahe Osten in Brand geraten und unbeherrschbar werden kann. Schröders begrüßenswerte Ablehnung eines Angriffs auf den Irak kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die israelischen Verbrechen weiterhin abgesegnet werden.

Jegliche Kritik an Israel wird als antisemitisch diffamiert, der Islam zum neuen

Feindbild erklärt, humanitäre Hilfsorganisationen verboten. Hier lebende AusländerInnen, besonders arabischer Herkunft, werden mit Rasterfahndung, Einschränkung demokratischer Rechte und allgemeiner Hetze eingeschüchert und zu Menschen zweiter Klasse erklärt. Diese gesamte Politik bedeutet aber nicht nur eine Gefährdung des gleichberechtigten und friedlichen Zusammenlebens aller Menschen, sondern

auch die Gefährdung demokratischer Rechte und toleranten Klimas hier für alle. Dagegen muss energischer Widerstand geleistet werden.

Deshalb rufen wir alle Menschen und Organisationen, für die Demokratie und Menschenrechte keine leeren Worte sind, die Mitglieder von Gewerkschaften, der Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung dazu auf, mit uns gemeinsam am 28. September in Solidarität mit den gerechten Anliegen der PalästinenserInnen zu demonstrieren.

\* *Koordinierungsausschuss der Palästinensischen Gemeinden,*

\* *Arabische Vereine in Berlin,*

\* *Solidaritätskomitee "Palästina muß leben!",*

\* *Linksruck,*

\* *Sozialistische ArbeiterInnen Initiative - wastun!,*

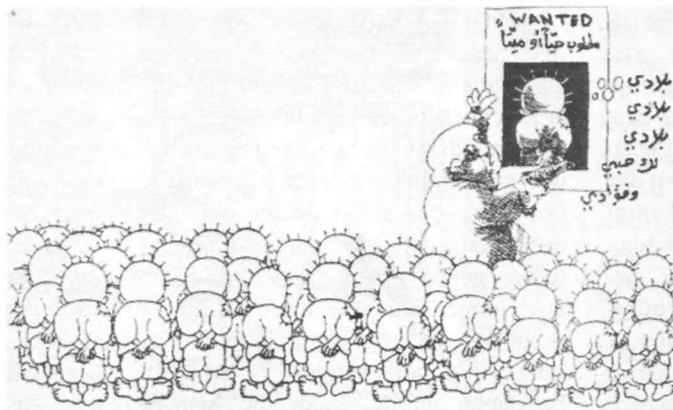
\* *TU-Antikriegskomitee,*

\* *Hakan Doganay (Mitglied IGM-OV Berlin),*

\* *Carsten Becker (Mitglied Verdi Betriebsgruppenvorstand Charité),*

\* *Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg,*

\* *Gegeninformationsbüro...*



Massenvernichtungswaffen einschließlich derzeit 200 Atombomben erhält. Aber auch die Bundesregierung liefert Waffen und gewährt weiterhin EU-Export-Beihilfen für ein angebliches "Entwicklungsland", dessen Militärhaushalt dreimal so groß ist wie von allen arabischen Staaten zusammen. Dutzende UN-Resolutionen, die das Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen anerkennen und Israels Staatsterrorismus verurteilen, werden ungestraft mit Füßen getreten - ganz im Gegensatz zu anderen Ländern wie dem Irak oder während des Kosovokrieges. Der 11. September lieferte den Vorwand, im Rahmen des "Antiterrorfeldzugs" den gesamten palästinensischen Widerstand als terroristisch zu brandmarken und seine Vernichtung anzustreben. Mit dem geplanten Angriff auf den Irak macht die US-Regierung zudem deutlich, dass sie entschlossen ist, in der gesamten Welt jegliche Regierung, Strömung und Organisation zu zerstören, die sich ihren Macht- und Öliinteressen nicht bedingungslos unterordnet. Die Bundesregierung weiß, dass in der deutschen Bevölkerung, aber auch besonders im arabischen Raum der Widerstand gegen diese Politik

## Schwere Geburt einer antiimperialistischen Zusammenarbeit in Deutschland

### Verteidigung des Irak Knackpunkt

**Am 7. Dezember 2002 trafen sich in Duisburg antiimperialistische Gruppen aus Hamburg, Berlin, Jena, Göttingen, dem Ruhrgebiet, Bonn, Frankfurt, Nürnberg sowie Wien. Des weiteren wohnten türkische und kurdische Vertreter dem Treffen bei. Gegenstand der Beratungen war die Formierung einer antiimperialistischen Plattform gegen die Aggression gegen den Irak.**

Unumstritten war, die Forderungen des konsequenten Flügels der bestehenden Anti-Kriegsbewegung "Stoppt Krieg und Embargo" vollinhaltlich zu unterstützen. Als besonderen Schwerpunkt betrachten wir den Kampf gegen die über deutsches Territorium laufenden Kriegsvorbereitungen, die im krassen Widerspruch zu den vollmundigen Behauptungen der rot-grünen Regierung stehen. Auch die deutsche Entlastung der Aggressoren durch massive Beteiligung bei den Militärinterventionen in Afghanistan, Makedonien und anderswo widerspricht der angeblichen Friedenswilligkeit nur allzu deutlich. Heftige Diskussionen löste hingegen die Forderung nach der Unterstützung des Irak als Kernstück einer antiimperialistischen Position aus. Es wurde eingewendet, dass es nicht um die Unterstützung des Baathismus und Saddam Husseins, sondern nur um jene für das irakische Volk gehen könne.

Seitens der AIK wurde diese Unterscheidung als abstrakt zurückgewiesen, denn sie würde den Kern des Problems umgehen. Die USA und ihre Verbündeten griffen den Irak an, weil sein Staatsapparat sich nicht vollständig den imperialistischen Interessen beugen wolle. In dem der Staat und seine Regierung zerschlagen werden soll, werde auch das Volk unterworfen. Das heißt nicht, dass es eine vollständige Interessenskongruenz geben würde. Diese bestehe jedoch in der Frage der Verteidigung des Landes gegen den Imperialismus. Wer meine, im kommenden Krieg, der zuerst einmal zwischen dem Imperialismus und dem irakischen Staat ausgefochten würde, nur auf der Seite "des Volkes" zu sein, stehe im besten Fall zwischen den Fronten, in Wirklichkeit aber auf der Seite des Stärkeren. Eine fortschrittliche Ablösung des Baathismus sei nur ausgehend von der Verteidigung des Landes möglich, die nur auf der Seite der irakischen Armee denkbar wäre. Eine Opposition - und möge sie sich noch so antiimperialistisch oder gar kommunistisch gebärden -, die auf den Bajonetten der Yankees an die Macht komme, würde in wesentlich größerem Ausmaß nach der Pfeife Washingtons tanzen müssen, als es Baath je tat. Auf der Seite des Iraks zu stehen, hieße aber keineswegs den Baathismus politisch zu unterstützen.



In diesem Zusammenhang wurde auch die kurdische Frage behandelt. Hier führte der Vertreter der AIK aus: "Selbst für das unterdrückte kurdische Volk muss die Verteidigung des Irak gegen den Imperialismus höchste Priorität haben. Denn ihre Rechte sind in weiterer Folge nur auf Basis der Schwächung des imperialistischen Weltsystems und nicht seiner Stärkung möglich. Daher ist die kurdische Selbstbestimmung im Irak heute nur im Rahmen der gegebenen Grenzen fortschrittlich. Ein geeinter demokratischer kurdischer Staat als historischen Ziel muss in eine antiimperialistische Föderation der Völker des Nahen Ostens eingebunden sein." Mit dem kurdischen Vertreter schien eine Einigung möglich.

Hingegen war die Forderung nach der Unterstützung des palästinensischen Widerstands sowie nach der Rücknahme der Schwarzen Liste der EU gegen die Befreiungsbewegungen unumstritten.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten wird vom Großteil der beteiligten Kräfte eine weitere Zusammenarbeit auf antiimperialistischer Basis angestrebt. Ein Aufruf für die Mobilisierung gegen den drohenden Krieg ist in Vorbereitung. Als nächste Aktion wurde ein Block auf der bundesweiten Anti-Kriegsdemonstration am 15. Februar in Berlin vereinbart.

**Köln, 26. Oktober 2002**

### Demonstration gegen Irakkrieg

Initiiert vom Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus fand am 26. Oktober in Köln, wie auch in zahlreichen anderen Städten, eine Demonstration gegen den drohenden Irakkrieg, gegen deutsche Kriegsunterstützung und gegen das Irakembargo statt. An der Demonstration, die am Kölner Dom begann, nahmen gut Tausend Menschen teil. Auf der Auftakt- und Endkundgebung und den zwei Zwischenkundgebungen in der Innenstadt sprachen das Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus, die Gruppe "Pax An! - Arbeitskreis Frieden Köln", die Irakische Friedensinitiative

Köln, der Bonner Arbeitskreis für internationale Solidarität, die Gruppe "Kein Blut für Öl, Köln", die Gewerkschaftsinitiative Köln, Attac Köln und DIDF Köln.

Es traten außerdem die Kölner Band Magic Street Voices und eine Gruppe Kölner Künstlerinnen und Künstler auf. Für den Fall eines Angriffes auf den Irak wurde angekündigt, sich am gleichen Abend um 18 Uhr zu einer Kundgebung und an dem dann folgenden Samstag um 13 Uhr zu einer Demonstration auf der Domplatte zu versammeln.

## 26. Oktober 2002: Aktionstag in Brüssel Nein zur Schwarzen Liste Nein zum Krieg gegen den Irak



Vertreter von Befreiungsorganisationen und Aktivisten der antiimperialistischen Bewegung trafen sich am 26. Oktober in Brüssel um gegen den drohenden Krieg gegen den Irak und die Schwarze Liste der EU zu protestieren.

Im Rahmen der weltweiten Proteste gegen die anglo-amerikanische Aggression gegen den Irak riefen fast hundert antiimperialistische Organisationen aus aller Welt zu einem Protesttag gegen die von den USA und der EU lancierten Liste der "terroristischen Organisationen" in Brüssel auf. Unter den so bezeichneten Organisationen finden sich die palästinensische PFLP, die türkische DHKC, die Kommunistische Partei der Philippinen und die baskische Batasuna. Vertreter der genannten Organisationen sprachen auf der Pressekonferenz, die zwei Stunden vor der Demonstration abgehalten wurde. Unterstützung für den Protesttag in Brüssel kam unter anderem von der Moro Islamic Liberation Front (MILF), CORREPI aus Argentinien, der Russi-

Verfolgung der Befreiungsbewegungen sind nur zwei Aspekte desselben imperialistischen Versuchs, jede Opposition gegen ihre globale Herrschaft zu zerstören", so der Sprecher der Antiimperialistischen Koordination auf der Pressekonferenz. "Der Krieg gegen den Terror ist nicht nur ein Krieg gegen die Völker, die gegen die neokoloniale Beherrschung Widerstand leisten, sondern ein direkter Angriff auf die elementaren demokratischen Rechte im Westen selbst. Damit wird versucht jede antiimperialistische Opposition im Keim zu ersticken."

Der Vertreter der PFLP stellte fest, dass die Aufführung der palästinensischen Widerstandsorganisationen ihren Kampf nur weiter bestärken wird. "Während das palästinensische Volk nichts weiter tut, als sein Recht auf Selbstbestimmung zu verteidigen, haben Europa und die USA immer den zionistischen Terror unterstützt. Es sind die USA, Israel und Großbritannien, die auf die schwarze Liste der Staatsterro-

rischen RKRP- RPK, vom International Action Center, USA, sowie von Abnaa el Balad, einer palästinensischen Organisation, die innerhalb der Grünen Linie aktiv ist. "Der Krieg gegen den Irak und die

ter Isolationshaft und Folter in den Gefängnissen der Türkei zu leiden haben. Während die Türkei sich auf einen Krieg gegen den Irak vorbereitet, heuchelt sie demokratische Reformen vor. Nichts ändert sich hingegen, wenn die Oligarchie die Todesstrafe abschafft, während außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen weitergehen. Koldo Gorostiaga, Abgeordneter zum Europaparlament für Batasuna, erklärte auf einer Veranstaltung am Vorabend der Protestaktion, dass die elementaren Rechte des ganzen baskische Volkes missachtet werden. Nicht nur wurde die baskische Massenpartei Batasuna verboten, sondern auch jedweder Protest dagegen kriminalisiert. Die diktatorischen Taten des spanischen Staates scheinen wie die Vorboten eines neuen Europa, wenn die eingeführten Restriktionen nicht bekämpft werden. Schließlich denunzierte der Vertreter der philippinischen Volksbewegung die Tatsache, dass die holländische Regierung versuche, José Maria Sison, den historischen Führer der Kommunistischen Partei der Philippinen, das politische Asyl abzuerkennen, was als Präzedenzfall für alle in Europa lebenden politischen Flüchtlinge gelten könnte.

Im Zentrum der Europäischen Gemeinschaft versammelten sich rund fünfhundert Demonstranten und marschierten zur Amerikanischen Botschaft unter den Parolen "Nein zur Schwarzen Liste", "Nein zum Krieg gegen den Irak". Die DHKC stellte das größte Kontingent an Demonstranten. Internationale Delegationen der Antiimperialistischen Koordination und der Batasuna, sowie palästinensische und kolumbianische Aktivisten nahmen daran teil. Die Demonstration endete am Justizpalast, wo die undemokratische neue Gesetzgebung den Mitgliedsstaaten der EU aufgezwungen wird.

Auf einer nachfolgenden Konferenz auf dem Campus der Freien Universität Brüssel erklärte einer der Sprecher des Organisationskomitees, dass dies nur der erste Schritt in einem langen Kampf gegen die Schwarze Liste gewesen sei.

*Antiimperialistische Koordination*



risen gesetzt gehören, einer Liste, die in Wirklichkeit zu lang ist, als dass man sie in voller Länge lesen könnte." Die DHKC erinnerte an das Schicksal tausender politischer Gefangener, die un-

## Das europäische Sozialforum Plattform des antiimperialistischen Kampfes oder europäische Selbstinszenierung?

Das europäische Sozialforum, das Ende November in Florenz abgehalten wurde, präsentierte sich mit vielen verschiedenen Themen und Organisationen. So konnten neben Veranstaltungen für Ungehorsam und passiven Widerstand, neben Auseinandersetzungen über die positiven Aufgaben des EU-Parlamentes auch solche zu Kolumbien, Palästina und Irak angehört werden.

Die Positionierung gegen den antiimperialistischen Krieg war eine der Hauptforderungen, sowohl beim Sozialforum, als auch bei der von ihm initiierten Demonstration, an der laut Schätzungen zwischen fünfhunderttausend und einer Million Leute teilnahmen.

Verglichen mit dem Weltsozialforum in Porto Alegre war das Europäische Sozialforum deutlich linker. Das Weltsozialforum hat sich von der Linken verabschiedet. Anstatt sich mit den unterdrückten Völkern zu solidarisieren, schüttelte eine seiner Hauptvertreterinnen, Susan George, einem ihrer Mörder, George W. Bush, die Hand. Die kolumbianische Befreiungsarmee FARC und die baskische Batasuna wurden aufgrund ihres bewaffneten Kampfes nicht zum Sozialforum zugelassen. Hier ist die bürgerliche Scheinmoral eine offensichtliche, ihre Positionierung gegen die Unterdrückten, gegen ihren legitimen Kampf und für die Aufrechterhaltung des Status-Quo schwer zu leugnen. Wie kann nun das europäische Sozialforum eingeordnet werden? Als antiimperialistisch oder, wie sein großer Vorläufer, als bürgerliche Spielart der Selbstgefälligkeit?

Die Antwort ist weder noch. Denn trotz der klaren Stellungnahme gegen den Imperialismus, zieht das Sozialforum nicht die logischen Schlüsse, die in einem wirklichen Kampf gegen diesen unabdingbar wären. Durch den Abschluss aller Befreiungskräfte, die sich des bewaffneten Kampfes bedienen, und seiner streng pazifistischen Haltung bleibt sein Antiimperialismus eine leere Worthülse.

Bei den Veranstaltungen zu Palästina sprachen als wichtigste Vertreter die Frauen in Schwarz, ein Vertreter des

Alternative Information Centers und ein Wehrdienstverweigerer. Sie alle sind linke, zum Teil auch antiimperialistische Kräfte. Zwei Punkte sind aber eindeutig und sagen viel über den Charakter des Sozialforums aus. Keine bewaffnet agierende, nicht einmal eine palästinensische Organisation war vertreten!

Die Politik dahinter ist klar. Es geht dem Sozialforum nicht um eine wirkliche, gerechte Lösung des Konfliktes. "Zivilcourage", nicht wirklicher Kampf ist gefragt. Ist in der realen Politik, in dem realen Konflikt kein friedliches Miteinander mit dem militärischen Apartheid-Staat Israel möglich, so muss eben im Kopf oder auf der Insel der Seligen - Europa - konstruiert werden, was dem bürgerlichen Links-Liberalen gefällt. Der Grundtenor der Stellungnahmen der Organisationen war zwar ein eindeutiger gegen den Völkermord und gegen die Siedler in Palästina. Aber sie treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, mit einem reformierten, antirassistischen Israel. Ihre Antwort auf das Massaker ist eine pazifistische. Mit diesen Punkten trennen sie sich von dem realen und antiimperialistischen Kampf. Sie verkennen die reale Situation und sie verkennen den Charakter des Staates Israel. Zwar sprechen sie sich für die Unterstützung der Intifada aus, trennen diese aber von den Selbstmordattentaten. Sie fordern friedlichen Widerstand, appellieren an die EU in den Siedlungen erzeugte israelische Produkte zu boykottieren und fordern israelische Soldaten auf, den Wehrdienst zu verweigern. Diese Schritte sind gut und wichtig. Doch diese Art



*aus dem Antiimperialistischen Block in Florenz*

von Politik impliziert eine Distanzierung von jenen Kräften, die in ihrem legitimen Widerstand gegen die Besetzung zur Waffe greifen. Der Glaube, dass es alleine ausreicht dem Morden und der Unterdrückung ein Ende zu setzen, in dem die andere Backe hingehalten wird, erscheint aber nicht nur naiv, sondern bringt in Wirklichkeit eine gefährliche Unterstützung des barbarischen Systems mit sich, in dem versucht wird, den potenziellen Widerstand in ungefährliche Bahnen zu lenken, die Befreiungsbewegung zu spalten. Diese Spaltung gelingt aber lediglich in Europa und zwischen der israelischen Linken und dem palästinensischen Befreiungskampf. Es wäre allerdings an der Zeit, dass auch die Linke wieder ihre Aufgabe als AntiimperialistInnen erkennt und sich hinter den Kampf der geknechteten Völker für Leben und Freiheit stellt.

*Sonja Tzurlovic*

## Gesicherter Aufenthalt für Herrn Sameer Khalil!

### Aktion im Hamburger Rathaus / Kundgebung auf dem Jungfernstieg

Am 14. November fand in der Nähe des Hamburger Rathausmarktes eine Kundgebung und Informationsstand für den gesicherten Aufenthalt von Herrn Khalil statt. Circa fünfzig Personen beteiligten sich an dem Protest. Der Völkerrechtler Norman Paech, der Schauspieler Rolf Becker und der Flüchtlingsbeauftragte der Diakonie Wolfgang Frähmke traten für die Rechte Herrn Khalils ein. Die bekannte israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer sandte einen offenen Protestbrief. Parallel verursachte ein Aktionskomitee im Rathaus selbst unmittelbar vor der Bürgerschaftssitzung eine relative Unruhe. Die Aktion wurde nach einigen Minuten durch mehrere Dutzend Polizisten gestoppt und die Protestierenden nach draußen gebracht. Nach Personalienfeststellung wurde ein Platzverweis für den Rathausmarkt erteilt. Trotz der kurzen Dauer konnte erneut Aufmerksamkeit auf das kriminelle Verhalten der Ausländerbehörde und das Unrecht gegen Herrn Khalil gelenkt werden. Unter Anwesenheit einiger Bürgerschaftsabgeordneter, Pressevertreter und Besucher der Olympiaausstellung im Rathaus wurden ein Transparent entrollt und nach einigen einleitenden Worten über die Notwendigkeit der Aktion folgende Erklärung verlesen. Mitten im Beitrag eines iranischen Dichters und Journalisten wurde von der Polizei das Transparent entrissen und die Gruppe zum Ausgang gedrängt.

#### **Erklärung des Aktionskomitees "Gesicherter Aufenthalt für Sameer Khalil"**

Wir haben beschlossen ab heute, den 14. November 2002, unseren Wohnort in das Hamburger Rathaus zu verlegen. Wir werden diesen Ort wieder verlassen, wenn das jahrelang andauernde Unrecht gegen Herrn Sameer Khalil beendet wird und ihm ein gesichertes Aufenthaltsrecht in Hamburg erteilt wird.

Herr Khalil stammt aus Nablus, Palästina. Vertrieben durch die israelische Besatzung, kam er vor 21 Jahren nach Deutschland. Sein Asylbegehren wurde nach acht Jahren Verfahrensdauer abgelehnt, eine Aufenthaltsbefugnis nach

Art. 28 des Staatenlosenabkommens wird ihm verweigert. Bereits sechsmal (zuletzt am 16. Mai diesen Jahres) hat die Ausländerbehörde versucht Herrn Khalil abzuschleppen. Im März wurde er unter Vortäuschung falscher Angaben für drei Wochen in Abschiebehaft genommen. Mittlerweile haben seine Rechtsanwälte eine Strafanzeige wegen Nötigung und Freiheitsberaubung gegen die verantwortlichen Behördenmitarbeiter gestellt. Der Ausländerbehörde liegen seit längerer Zeit Dokumente vor, die die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis zwingend machen. Diese Dokumente beinhalten

1. die Ausbürgerung Herr Khalils 1988 seitens der israelischen Behörden aus Nablus/Palästina,
2. die Erklärung der Vertretung der palästinensischen Autonomiebehörde in Bonn, dass nur die israelischen Behörden und nicht die palästinensische Autonomiebehörde befugt sind, Palästinensern die Einreise in die palästinensischen Autonomiegebiete zu erlauben,
3. dass die Situation in den palästinensischen Autonomiegebieten durch die israelische Besatzung keine Sicherheit für Leib und Leben bietet,
4. dass die jordanische Botschaft in Berlin mehrfach mündlich und schriftlich mitgeteilt hat, dass weder Herr Khalil noch andere Palästinenser aus den Autonomiegebieten von Jordanien aufgenommen werden.

All dies wird von der Ausländerbehörde ignoriert. Abgesehen davon ist weder Jordanien noch irgendein anderes Land die Heimat Herrn Khalils. Seine Heimat ist Palästina und seit 21 Jahren Deutschland. Während noch vor einem Jahr der Leiter der Ausländerbehörde, Ralf Bornhöft, mitteilte, dass Herr Khalils Fall die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis erfülle, will er heute trotz der eindeutigen Beweislage und ohne Existenz eines Aufnahmelandes eine Abschiebung durchsetzen. Dieses Vorgehen zeugt unserer Meinung nach von der Absicht einen Menschen zu zerstören. Die jahrelange Verfolgung durch die Ausländerbehörde, die ständigen Abschiebeandrohungen und -versuche, die Missachtung seiner Rechte, die permanenten Erniedrigungen, die Verhinderung eine Lebensperspektive aufzu-

bauen, haben Herrn Khalil sehr krank gemacht. Seit Jahren befindet er sich in ärztlicher Behandlung aufgrund starker psychosomatischer Störungen. Nach dem letzten Abschiebeversuch und der erneuten Weigerung der Behörde endlich die überfällige Aufenthaltsbefugnis zu erteilen, hat sich der Gesundheitszustand Herr Khalils extrem verschlechtert. Seit dem letzten Abschiebeversuch läuft eine massive Unterstützungskampagne. Weit über tausend Menschen allein in Hamburg haben mit Briefen und Unterschriften den gesicherten Aufenthalt für Herrn Khalil gefordert. Neben vielen anderen unterstützen die bekannte israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer, der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech sowie die Bischöfin Frau Jepsen, vertreten durch die Flüchtlingspastorin Fanny Dethloff, die Kampagne. Mehrfach berichteten Hamburger Zeitungen über das Unrecht, das Herrn Khalil angetan wird. Doch die Behörde setzt das Unrecht fort und die politisch Verantwortlichen rühren sich nicht. Ein von den Anwälten Herrn Khalils, dem Völkerrechtler Norman Paech und der Flüchtlingspastorin, Fanny Dethloff, vorgeschlagenes Treffen mit der Leitung der Ausländerbehörde und des Einwohnerzentramtes lehnt der oberste Dienstherr, Ralf Bornhöft ab; Begründung: kein Gesprächsbedarf.

Das bedeutet, die Behörde macht Unrecht zu Recht und setzt die Zerstörung eines Menschen fort. Die Hamburger Bürgerschaft, die heute hier tagt, war bisher auch nicht bereit, ihren Einfluss geltend zu machen. Unser Aktionskomitee sieht daher keine andere Möglichkeit, als diese vielleicht ungewöhnliche und überraschende Aktionsform zu wählen und das Hamburger Rathaus, das vom Senat immer wieder gerne als Haus der Bürger bezeichnet wird, zu unserem Wohnort zu wählen, bis endlich das Recht Herrn Khalis auf gesicherten Aufenthalt garantiert ist.

*Hamburger Rathaus, 14. Nov. 2002*

Informationen zu der  
 Unterstützungskampagne:  
 Koordinationskreis HH  
 c/o Brigittenstr. 5  
 20359 Hamburg  
 Tel/Fax: 0049 (0)40-43 18 90 37/8

## Zur Bedeutung des Positionswandels der KPÖ

**Nach fast zwei Jahren intensivster Palästina-Solidaritätsarbeit seit dem Beginn der zweiten Intifada kann eine traurige Bilanz gezogen werden. Nicht nur die, dass es nach der israelischen Offensive um den palästinensischen Widerstand schlecht bestellt ist, sondern auch die, dass sich in den zwei Jahren des Volksaufstandes und seiner weitgehenden Niederschlagung die westliche Linke immer mehr von den Aufständischen abgewendet hat und ihnen zunehmend ihre Solidarität verweigert. Vom linksliberalen Mainstream und seiner antinationalen Speerspitze war kaum etwas anderes zu erwarten. Bedeutungsvoller scheint hingegen der Positionswandel der KPÖ zu sein.**

Im Gegensatz zu ihrer traditionellen Linie, die dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zumindest in den 1967 besetzten Gebieten (der koloniale Apartheid-Staat Israel wurde entgegen der antikolonialen Tradition der kommunistischen Bewegung von Anfang an von Stalin höchst selbst akzeptiert) und seinem Kampf politische Legitimität zubilligte, drückte sich die KPÖ seit Beginn der zweiten Intifada um eine klare politische Stellungnahme herum. Statt dessen zog sie es vor, ihre Zeitung Volksstimme pro-israelischen und deklariert zionistischen Positionen, so zum Beispiel jene von Thomas Schmidinger oder Karl Pfeiffer, zu öffnen. Erst unter dem Eindruck der israelischen Militäroffensive gab die KPÖ eine einsame Resolution heraus, in der sie sich zur Unterstützung

der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes bekennt, ohne dass sich das in einer nur einigermaßen kohärenten Praxis in diese Richtung niederschlagen hätte. Das lange Zögern der KPÖ sowie die Halbherzigkeit, mit der sie die palästinensische Sache unterstützt, macht den politischen roten Faden der KPÖ-Linie deutlich. Es ist offensichtlich, dass sie unter dem Druck der linksliberalen Öffentlichkeit eine Abkehr von ihrer traditionellen pro-palästinensischen Position vollzogen hat und es nun vorzieht, statt von Befreiungskampf und antiimperialistischem Aufstand von "gerechter Lösung", "Ausgleich" oder "friedenspolitischem Mittelweg" zwischen Israel und Palästina zu sprechen. Der Weg hierzu soll die "Stärkung der friedliebenden Kräfte, insbesondere der israelischen Linken" sein, ohne in Rechnung zu stellen, dass ein Großteil jener Organisationen, denen die KPÖ huldigt (Gush Shalom etc.), "Lösungen" des Konflikts propagieren, die weder Israels Rolle als Speerspitze des US-Imperialismus im Nahen Osten, noch seinen Charakter als Apartheidstaat mit struktureller Diskriminierung der arabischen Minderheit in Frage stellen. Ganz abgesehen davon, dass Israel Tag für Tag auf das neue beweist, dass es keinen Frieden will, denn sonst hätte es die Arafat-Kapitulation von Oslo annehmen können.

Wer nun sagt, was Sache ist, nämlich dass es sich hier letztendlich um prozionistische Positionen handelt, der wird umgehend des Antisemitismus geziehen.

Spätestens seit die KPÖ in das Geheul von den angeblich antisemitischen Abgleitflächen der Palästina-Solidaritätsbewegung eingestimmt hat, besteht kein Zweifel mehr daran, dass Quantität in Qualität umgeschlagen ist.

Der Positionswandel ist abgeschlossen, die KPÖ hat nun auch dem Druck des linksliberalen Mainstream endgültig nachgegeben, die unbequeme Haltung mit einer in zivilgesellschaftlichen Kreisen salonfähigeren eingetauscht. Sie liefert damit eine weitere Bestätigung für ihren opportunistischen Kurs, mit dem sie hoffnungsfroh auf die als strategisch eingestuften linksliberalen Kräfte (sprich: Zivilgesellschaft) zusteuert, ihrer baldigen Akzeptanz in deren Mitte scheinbar gewiss.

Das scheint auch der Grund für die Eile zu sein, mit der sie sich von jenen Kräften politisch abgrenzt, die bedingungslos auf Seiten des palästinensischen Volkes stehen - sie könnten zu sehr an die ehemalige Linie der KPÖ erinnern und damit das angestrebte transformatorisch-linksliberale Image schädigen. Demgegenüber fühlt sich die KPÖ nicht dazu bemüht, sich mit der selben Deutlichkeit von jenen zu distanzieren, die im Zentrum Wiens Israel-Fahnen schwenkend lautstark Solidarität mit Sharon fordern oder Veranstaltungen mit VertreterInnen der israelischen Linken und Friedensbewegung - wie etwa Felicia Langer - gewaltsam sprengen. Die schreiben weiterhin unwidersprochen in ihrer Zeitung.

*Margarethe Berger*

### Ist Antizionismus Antisemitismus?

**Diskussion mit Michel Warschawski, Alternative Information Center, Israel**

In Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Gemeinde veranstaltet die Antiimperialistische Koordination eine Diskussionsveranstaltung zu der sowohl in der Linken als auch in der Öffentlichkeit - man denke an den Antisemitismus-Vorwurf gegen die Grünen während des Wahlkampfes - präsenten Frage, ob denn jede Kritik an israelischer Politik sowie eine Ablehnung der zionistischen Staatsideologie als antisemitisch, als versteckter Judenhaß, interpretiert werden könne.

mit:

**Michel Warschawski** (israelischer Staatsbürger, arbeitet für das Alternative Information Center in Jerusalem, <http://www.alternativenews.org>)

**Mustafa Hadi** (Palästinensische Gemeinde Österreich)

**Susanne Jerusalem** (Grüne Abgeordnete)

Angefragt: **Dr. Ariel Muzicant** (Israelitische Kultusgemeinde)

**Sonntag, 12. Jänner 2003, 18:30**

**Afro-Asiatisches Institut, Türkenstraße 3, 1090 Wien**

# Von dubiosen Antiimperialisten und grünen Antisemiten

## Kommentar zu einer Medienkampagne

Im Oktober des vergangenen Jahres zeichnete sich die österreichische Presse durch eine Schmutzkampagne besonderer Art aus: Um die Sensationslust im Wahlkampf zu befriedigen, wurde den Grünen Antisemitismus unterstellt. Eine Veranstaltung der Grünen mit Felicia Langer und die Teilnahme eines Mitgliedes der Grünen Bildungswerkstatt an einer Solidaritätsdelegation in den Irak waren die Grundlage der Vorwürfe. Politisch wurde mit der Schmutzkampagne ein Schritt weiter in Richtung Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus gemacht. Wir veröffentlichen in der Folge die Presseaussendung der Antiimperialistischen Koordination.

Die letzte Woche hat wilde Angriffe österreichischer Medien und der ÖVP auf angeblich antisemitische Grüne gesehen. Kernpunkte der Anschuldigungen: Kritik an der Politik der israelischen Regierung, Kontakte mit "radikalen Antizionisten", sowie zu "dubiosen Antiimperialisten" (Kotanko im Kurier).

Zellhofer/Staudinger im Format nennen die Antiimperialistische Koordination dann auch beim Namen. Andreas Kohl benützt diese Vorwürfe in Folge, um den Grünen Antisemitismus zu unterstellen - und Van der Bellen ist danach entrüstet und in Panik, möchte Lunacek maßregeln und Wilfried Bader (der an einer Solidaritätsdelegation in den Irak teilgenommen hat) rausschmeißen.

Zuerst müssen wir einmal Hannes Rauscher, Christoph Kotanko und vor allem dem Gespann Staudinger/Feldhofer danken. (Wahrscheinlich auch deren Kontakten im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, die wohl die Recherchen geliefert haben.) So viel Medienpräsenz war der linken, antagonistischen Opposition in letzter Zeit kaum gegeben. Immerhin weiß jetzt der Format-Leser, dass es eine Solidaritätsdelegation für das irakische Volk gegen Krieg und Embargo gegeben hat und Wilfried Bader hat einem größeren Publikum vor Augen führen können, dass es der USA beim Angriff auf den Irak "nicht um Befreiung, sondern um Ölquellen" geht.

### Wüste Verleumdungen

Auf der anderen Seite muss der Inhalt dieser Medienkampagne scharf zurückgewiesen werden: Es geht hier um die Gleichsetzung "Kritik an Israel ist Antisemitismus". Und diese Gleichsetzung wird mit mehr als unlauteren Mitteln betrieben: Beim Bericht über eine Veranstaltung der Grünen mit Ulrike Lunacek und Felicia Langer (eine Veranstaltung, die mit der Antiimperialistischen Koordination übrigens nicht das Geringste zu tun hatte), wird Felicia Langer ohne weiteren Kommentar als "militante Antizionistin" bezeichnet. Das unterstellt nicht nur Gewaltbereitschaft, unterschlagen wird auch, dass sie Jüdin ist, einen großen Teil ihrer Familie in deutschen Konzentrationslagern verloren hat und aus Israel ausgewandert ist um gegen die formal-rechtliche und reale Schlechterstellung von arabischen Staatsbürgern zu protestieren (in Südafrika wurde das Apartheid genannt). Wenn Lunacek überlegt, von Israel die Kennzeichnung von Produkten aus den besetzten Gebieten zu verlangen, um diese aus dem Handelsabkommen mit der EU auszunehmen (eine wirklich absolut harmlose Forderung), dann überlege sie keine völkerrrechtliche Selbstverständlichkeit (es handelt sich eben um besetzte Gebiete), sondern erinnere an den Nationalsozialismus: "Kauft nicht bei Juden." Wenn militante Zionisten die Veranstaltung im Laufe der Diskussion sprengen, dann kommt es laut Mainstream-Medien "zu Rempelen gegenüber jungen Juden".

Der Verleumdungen nicht genug. Am 28. September soll es auf der Demonstration anlässlich des zweiten Jahrestages der Intifada zur Strapazierung "antisemitische[r] Klischees" gekommen sein. Ein Redner hätte gar von "israelischen Mächten" gesprochen. Von "Mächten" war zwar nichts zu hören, tatsächlich hat sich ein Redner versprochen und von "israelischer Politik", statt israelischer gesprochen. Bei diesem vermeintlichen Antisemiten handelt es sich um Johann Anthofer, betagter Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur, Gründer des Antifaschistischen Personenkomitees Bur-

genland, der beispielsweise am 9. November des Vorjahres eine Kundgebung anlässlich der Deportation der Wiener Juden am ehemaligen Aspangbahnhof mitorganisiert hat und dort die Hauptrede hielt. Die Israelitische Kultusgemeinde befand sich unseres Wissens nach damals auch unter den Organisatoren. Etwas differenzierte Berichterstattung passt aber scheinbar nicht ins Kalkül.

### Isolation

Die Gleichsetzung "Antizionismus ist Antisemitismus" dient der gesellschaftlichen Isolierung der Kritik an der strukturell rassistischen und militaristischen israelischen Politik, der Isolierung des Antizionismus, der das genaue Gegenteil des Antisemitismus verkörpert. Denn während der Antisemitismus für Rassismus, Unterdrückung und imperiale Großmachtspolitik steht, bedeutet Antizionismus Antirassismus, den Kampf um Befreiung und den Widerstand gegen imperiale Politik. Der Antizionismus umschließt historisch nicht nur die besten Traditionen der Arbeiterbewegung, sondern auch der jüdischen Kultur.

Die Grünen, die sich wesentlich auf die urbanen, "weltoffenen", linksliberalen Mittelschichten stützen, können dieser Kampagne wohl am wenigsten Widerstand entgegensetzen. Dennoch, wir sind zuversichtlich: die offenkundige Primitivität der Argumentation eines Kohl, Kotanko oder Rauscher wird von einem relevanten Teil der Bevölkerung abgelehnt werden. Es gibt keinen Grund, warum man zu den Verbrechen der israelischen Armee schweigen sollte.

Im übrigen ist eine erneute internationale Solidaritätsdelegation in den Irak in Vorbereitung, durch die dramatische Kriegsgefahr ist sie wichtiger als je zuvor. Wer sich von Andreas Kohl als Antisemit beschimpfen lassen möchte, hat jetzt noch eine Gelegenheit.

*Antiimperialistische Koordination  
12. Oktober 2002*

## Antizionismus ist nicht Antisemitismus

**Der israelisch-palästinensische Konflikt verführt leicht zu religiösen oder zumindest ethnischen Interpretationen. Er spielt sich auf einem Gebiet ab, das die Wiege von Weltreligionen war und das viele "Heiliges Land" nennen; der Zionismus wird oft als "Rückkehr" des jüdischen Volkes ins Gelobte Land dargestellt, und seine Argumente schöpfen viel aus dem Bereich tradierter Rechte, wenn nicht gar göttlicher Verheißung; Jerusalem ist dreifach heilige Stadt und von Wallfahrtszielen übersät.**

Die Allgegenwart der islamistischen Kultur im arabischen Bewusstsein und in der arabischen nationalen Kultur geht gleichfalls schwanger mit der Konfessionalisierung eines Konflikts, der oft als Befreiung eines islamischen, von Ungläubigen besetzten Bodens dargestellt wird. Dem muss die zionistische Idee hinzugefügt werden, einen "jüdischen Staat" zu schaffen, und die entsprechende permanente Strategie jüdischer Kolonisierung, die nicht ohne den ethnischen Säuberungskrieg von 1948 auskam.

Es ist ein Verdienst Yasser Arafats, in einem solchen Kontext alles Menschenmögliche getan zu haben, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner politischen (und nicht religiösen oder ethnischen) Dimension zu halten: nämlich die eines Kampfes für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, eines antikononialen Kampfes um ein Territorium und um nationale Souveränität. Umgekehrt ist eines der größten Verbrechen des ehemaligen Premierministers Ehud Barak, das religiöse Element in die Verhandlungen eingeführt zu haben, indem er auf dem zweiten Gipfeltreffen von Camp David die jüdische Souveränität über die Moscheenallee von Jerusalem auf der Grundlage religionsgeschichtlicher Thesen gefordert hat. Diese irre Forderung war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses. Die Geschichte wird zeigen, ob sie

nicht auch zum Auslöser eines Religionskrieges im gesamten Mittleren Osten und eines weltweiten islamisch-jüdischen Konflikts wird.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein politischer Konflikt zwischen einer kolonialen Bewegung und einer nationalen Befreiungsbewegung. Der Zionismus ist eine politische und keine religiöse Ideologie, die darauf abzielt, die jüdische Frage in Europa durch die Einwanderung in Palästina, seine Kolonisierung und die Schaffung eines jüdischen Staates zu lösen. So haben seine Sprecher ihn immer definiert, von Herzl bis Ben Gurion, von Pinsker bis Jabotynski, die die Konzepte der Kolonisierung (Hityashvut) oder

Erfolg versucht, nicht zur Kontroverse über die politische Sinnhaftigkeit des Zionismus beizutragen, zur Analyse seiner Dynamik und seiner politischen und moralischen Implikationen, sondern den Antizionismus zu delegitimieren, indem er ihn mit Antisemitismus gleichsetzt.

### Semantische Verschiebungen

Wie jeder andere Rassismus negiert der Antisemitismus (oder die Judenfeindlichkeit) den Anderen in seiner Identität und in seiner Existenz. Der Jude ist, egal was er tut, egal was er denkt, Hassobjekt bis hin zur Ausrottung, nur weil er Jude ist. Der Antizionismus hingegen ist eine politische Kritik an einer politischen Ideologie und Bewegung; er greift nicht eine Menschengruppe an, sondern stellt eine bestimmte Politik in Frage.

Wie kommt man dann dazu, die politischen Ideen des Antizionismus mit der rassistischen Ideologie des Antisemitismus gleichzusetzen? Eine europäische Gruppe zionistischer Intellektueller hat die Lösung gefunden, indem sie das Unterbewusste ins Spiel bringt und ein Konzept einführt, mit dem man alles beweisen kann: nämlich das der "semantischen Verschiebung". Wenn man den Zionismus anklagt oder auch Israel kritisiert, dann geht es einem, manchmal unbewusst, nicht um die Politik einer Regierung (der Regierung Sharon) oder um den kolonialistischen Charakter einer politischen Bewegung (des Zionismus) oder, mehr noch, den institutionalisierten Rassismus eines Staates (Israel), sondern um die Juden. Wenn man sagt: "Die Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen", oder: "Die Kolonisierung ist eine flagrante Verletzung der Vierten Genfer Konvention", meint man in Wirklichkeit: "Das jüdische Volk ist verantwortlich für den Tod von Jesus Christus" und "Tod den Juden"!



der Kolonien (Yishuv, Moshav) nie in einem negativ wertenden Sinne benutzt haben.

Bis zum Aufstieg des Nazismus hat die überwältigende Mehrheit der Juden weltweit den Zionismus verworfen, sei es als Häresie (das war die Position der großen Mehrheit der Rabbiner und der religiösen Juden), sei es als reaktionär (das war die Position der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa), sei es als anachronistisch (so dachten die emanzipierten oder assimilierten Juden in Mittel- und Westeuropa). In diesem Sinne wurde der Antizionismus immer als eine politische Position unter anderen verstanden, die dazu noch ungefähr ein halbes Jahrhundert in der jüdischen Welt hegemonial war.

Erst seit etwa dreißig Jahren gibt es eine breite Kampagne, die mit unleugbarem

Natürlich kann man auf ein solches Argument nichts erwidern, denn jede Antwort wird, vielleicht unbewusst, zur Verteidigung des Antisemitismus. Das Argument der Bedeutungsverschiebung und der Rückgriff auf das Unterbewusste in der politischen Polemik beendet jede Möglichkeit der Debatte, egal zu welchem Thema im Übrigen. Die Verurteilung des Kolonialismus wird zu einer Verurteilung des Engländers (oder des Franzosen oder des Deutschen, je nachdem), seiner Kultur und seiner Existenz. Auch den Antikommunismus gibt es nicht, er ist eine Wortbedeutungsverschiebung für den Slawenhass. Wenn ich sage: "Ich mag keinen Camembert", denke ich in Wirklichkeit: "Tod den Franzosen!"; wenn ich erkläre, jiddische Musik zu mögen, sage ich mittels semantischer Verschiebung, dass ich die Araber hasse.

Der Antisemitismus existiert und scheint in Europa wieder sein Haupt zu erheben, nach einem halben Jahrhundert der Ächtung in Folge des Grauens des Völkermords an den Juden durch die Nazis und der Verbrechen der Kollaboration. Bei einem wachsenden Anteil der arabisch-moslemischen Gemeinden in Europa nehmen rassistische Verallgemeinerungen zu, werden unterschiedslos die Juden für die Verbrechen verantwortlich gemacht, die der jüdische Staat und seine Armee verüben. Im Übrigen findet sich der Antisemitismus oft im selben Lager wieder, das die israelische Politik bedingungslos unterstützt, so z.B. unter den fundamentalistischen protestantischen Sekten, die in den USA die wirkliche proisraelische Lobby darstellen.

Der antiarabische Rassismus existiert ebenfalls, nur räumen die Medien den drastischen Polemiken des Beitar und der Jüdischen Verteidigungsliga gegen die islamischen Institutionen oder gegen Organisationen, die sich der israelischen Kolonisierungspolitik widersetzen, wenig Platz ein; oder den Parolen, die die Häuserwände gewisser Viertel in Paris verunzieren ("Tod den Arabern", "Keine Araber, keine Anschläge") oder den organisierten Ausschreitungen zionistischer Kommandos.

Der antiarabische und der antijüdische Rassismus müssen beide ohne Zugeständnisse verurteilt und bekämpft werden, und das kann man wirksam nur machen, wenn man sie frontal bekämpft, sonst verstärkt man die verbreitete Idee, hinter

der Verurteilung des einen Rassismus stecke faktisch ein Angriff auf die andere Menschengruppe.

Diejenigen, die tatsächliche oder durch "Wortbedeutungsverschiebung" unterstellte antisemitische Handlungen verurteilen und zu antiarabischen Exzessen schweigen, machen sich mitverantwortlich für die Kommunitarisierung und Ethnisierung der Köpfe und für die Verstärkung des Antisemitismus, denn sie bekämpfen nicht den Rassismus überhaupt, egal von wem er ausgeht und gegen wen er sich richtet, sondern ausschließlich den Rassismus der anderen. Sicher sind nicht sie es, die Tarnero, Lanzmann und anderen Tagieffs, die das Recht hätten, der radikalen Linken und der Bewegung gegen die marktradikale Globalisierung, die immer an der Spitze antirassistischer Kämpfe standen und keinen dieser Kämpfe im Stich lassen, irgendwelche Lehren zu erteilen.

Doch gehen wir einen Schritt weiter. Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Übergleiten von der Kritik an der israelischen Politik zu antisemitischen Haltungen ruht auf den Schultern eines Teils der oft selbsternannten Vorstände der jüdischen Gemeinden in Europa und in den USA.

Tatsächlich sind sie es, die sehr oft die jüdische Gemeinde als solche mit einer bestimmten Politik gleichsetzen, nämlich der einer bedingungslosen Unterstützung der politischen Führung Israels. Wenn sie, wie in Straßburg, dazu aufrufen, ihre Unterstützung für Sharon auf dem Vorplatz einer Synagoge zu demonstrieren, wen wundert es dann, wenn die Synagoge zur Zielscheibe von Demonstrationen gegen die israelische Politik wird? Und was soll man von den kommunitaristischen Sprechern der jüdischen Gemeinde in Frankreich sagen, die den Wahlerfolg Le Pens "verstehen" und "hoffen, dass er die arabische Gemeinde in Frankreich zum Nachdenken bringt"? Kann man in dieser Haltung die Komplizenschaft mit dem Mann übersehen, der in Frankreich am meisten die rassistische und so auch die antisemitische Ideologie verkörpert? Eine Komplizenschaft, die die Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen wie des Beitar mit faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Occident aus den 70er Jahren fortsetzt. Hier handelt es sich nicht mehr um semantische Verschiebung, sondern um ein abgekartetes Spiel.

Die israelische Politik wird weltweit von vielen kritisiert, und je mehr der jüdische Staat außerhalb des Rechts handelt, desto mehr wird er als gesetzlos betrachtet werden und den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Es ist völlig unakzeptabel und unverantwortlich, dass solche jüdischen Intellektuellen, die wie die Vorstände jüdischer Gemeinden in aller Welt eine absolute Identifikation mit Israel zur Schau tragen, letztere mit in den Abgrund ziehen, auf den Ariel Sharon und seine Regierung zustreben.

Im Gegenteil, wenn sie wirklich von der Sorge um die Gemeinschaft bewegt wären, in deren Interesse sie zu sprechen vorgeben, würden sie ihr Möglichstes tun, um die barbarischen Akte des israelischen Staates zu demaskieren und die dramatischen Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Handlungen früher oder später für eine nationale hebräische Existenz überhaupt im Nahen Osten nach sich ziehen werden.

Dadurch würden sie Verantwortungsbeusstsein auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Israel an den Tag legen: Wäre es nicht besser, wenn sie, statt dem israelischen Draufgängertum zu schmeicheln und zur wachsenden selbstmörderischen Verblendung der israelischen Führung und Bevölkerung beizutragen, und statt mit Lanzmann zu schreien: "Immer bedingungslos mit Israel", als Schutzwall fungierten und Sharon und seine Regierung vor den dramatischen Konsequenzen seiner Politik warnten?

Sind sie so blind, nicht zu sehen, dass die Straffreiheit, derer sich Israel bei bestimmten politischen und weltanschaulichen Strömungen in Europa und Nordamerika erfreut, nur die andere Seite des Antisemitismus und seines Arsenal "jüdischer Besonderheiten" ist? Sind sie so stumpfsinnig nicht zu begreifen, dass für viele sog. Freunde Israels die Haltung des Gewährenlassens gegenüber dem jüdischen Staat Ausdruck eines Zynismus ist, der die Juden gern frontal gegen die Wand laufen sieht? Und dass im Gegenteil diejenigen, die Israel manchmal hart kritisieren, das Leben und Überleben seiner Bevölkerung wirklich am Herzen liegt? Ariel Sharon, seine Minister, seine Generäle, seine Richter und ein Teil seiner Soldaten werden sich eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen oder sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit

## Der Krieg gegen den Krebs Steht den Palästinensern eine neue Vertreibung bevor?

verantworten müssen. Damit dann nicht die gesamte israelische Bevölkerung auf der Anklagebank sitzt, gibt es in Israel tausende Männer und Frauen, Zivilisten und Soldaten, die "Nein" sagen, die Widerstand leisten und in Opposition gehen.

Um die Juden der Welt vor dem Vorwurf der Mitverantwortlichkeit zu schützen, um der antisemitischen Propaganda den Boden zu entziehen, die die Leiden der Palästinenser instrumentalisiert, um jeden Juden, nur weil er Jude ist, für schuldig zu erklären, um der Kommunitarisierung und Ethnisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts einen Riegel vorzuschieben, ist es unbedingt notwendig, dass sich eine mächtige und feste Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinden Gehör verschafft, die sagt, was der Name einer US-amerikanischen jüdischen Organisation ausdrückt, die sich diesem Ziel verschrieben hat: "Nicht in unserem Namen!"

Es ist natürlich auch die Pflicht der demokratischen und linken Organisationen auf der ganzen Welt, die Verbrechen Israels ohne jede Konzession zu verurteilen, nicht nur weil die Verteidigung der Unterdrückten und Kolonisierten, welcher auch immer, integraler Bestandteil ihres Programms und ihres Denkens ist, sondern auch weil nur eine klare und mit den anderen Kämpfen, die sie führen, kohärente Position es ihnen ermöglicht, den Kommunitarismus und Rassismus in ihrem eigenen Land zu bekämpfen.

Sich von der Erpressung mit dem Antisemitismusverdacht abschrecken zu lassen, zu schweigen, um sich nicht der Anklage auszusetzen, man leiste "dem Antisemitismus Vorschub" oder sei gar "unbewusst antisemitisch", kann letztlich nur den wirklichen Antisemiten zugute kommen oder zumindest die identitäre und kommunitaristische Verwirrung fördern.

Die wirkliche antirassistische und antikolonialistische Linke braucht nicht erst zu beweisen, dass sie im Kampf gegen die antisemitische Pest steht. Sie wird diesen Kampf desto wirksamer fortführen, je klarer und unzweideutiger sie zu den Kriegsverbrechen Israels und zu seiner Kolonisierungspolitik Stellung bezieht.

*Michel Warschawski (Jerusalem)  
Quelle: Sozialistische Zeitung*

**Die Anschläge in New York City und Washington am 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Seither steht die Bekämpfung des "internationalen Terrorismus" in all seinen Schattierungen an erster Stelle der internationalen Politik. Sollte aber nicht mit Blick auf das Verbrechen, die Ursachen des Terrorismus beseitigt werden? Aspekte sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Rechtes auf Selbstbestimmung sind nicht nur in Verruf geraten, sondern werden als Terrorismus gebrandmarkt, wie im Nahostkonflikt und in Tschechien zu beobachten ist.**

Die Terrorbekämpfung droht in eine Serie einseitig von Washington beschlossener Militäraktionen zu münden; die sogenannte Antiterrorallianz mutiert darin zum bloßen Feigenblatt, sie wird zum Instrument US-amerikanischen Hegemonialstrebens. Die Ziele dieser Allianz wurden verändert und erweitert. Die USA fordern von ihren Verbündeten blinde Gefolgschaft. Der Herausgeber von *Le Monde diplomatique*, Ignaci Ramonet, schrieb am 11. Oktober 2002 zur Souveränität der europäischen Staaten folgendes: "Ein Imperium hat keine Verbündeten, es hat Vasallen. Diese historische Wahrheit haben die meisten Mitgliedstaaten der EU offenbar vergessen. Obwohl sie im Prinzip souverän sind, lassen sie sich durch den Druck aus Washington in die Kriegsvorbereitungen gegen den Irak hineinziehen, mithin auf den traurigen Stand von Satelliten reduzieren. (...) Viele führende Politiker Europas legen gegenüber den USA geradezu pudelhafte Reflexe an den Tag, eine Art voraus-eilenden Gehorsam, wie er sich für treu ergebene Vasallen geziemt. Dass sie gleichzeitig von nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie faseln, mag daher rühren, dass sie sich des Strukturwandels, der gerade auf der internationalen Bühne abläuft, nicht unbedingt bewusst sind. Doch haben sie in ihrem Denken schon die Grenze überschritten, die den Verbündeten vom



Hörigen, den Partner von der Marionette unterscheidet. Als solche betteln sie darum, nach einem amerikanischen Sieg doch bitteschön ein paar Tropfen vom irakischen Öl abzukriegeln." Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen "Antiterrorallianz" geradezu begeistert anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als "Terrorismus" zu sehen. Yassir Arafat mutierte zu Sharons bin Laden. Der israelische Ministerpräsident stellte eine Analogie zwischen den besetzten Gebieten und Afghanistan her (sprich mit der Autonomiebehörde und al-Qaida) und schlug eine Lösung für das "palästinensische Terrorproblem" à la Afghanistan vor. Die Enttäuschung unter der herrschenden Klasse in Israel war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Antiterrorallianz nicht wünschten. Dies bedeutete jedoch nicht, dass George W. Bush Sharon nicht freie Hand in der fortgesetzten Unterdrückung der Palästinenser gewährt hätte. Bush war nicht bereit und hatte keinerlei Interesse, Sharon bei dessen eigener Variante der "Terrorbekämpfung" entgegenzutreten. Darüber hinaus schweigt die US-Führung über den Vandalismus und die Greuelthaten des israelischen Militärs, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die

an Kriegsverbrechen erinnern, und den permanenten Völkerrechtsverstößen Israels. Seit diesem Zeitpunkt verhält sich Israel wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und "Ansprüche" auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft. Israel ist es gelungen, der internationalen Staatengemeinschaft weis zu machen, dies sei "Terrorismus" und das der palästinensische Widerstand in eine Reihe mit den Feinden des Westens gehöre. Wie verzerrt Sharons Sicht der Dinge ist, zeigt seine Einschätzung in der israelischen Tageszeitung Haaretz vom 5. März 2002: "Die Palästinensische Autonomiebehörde steht hinter dem Terror. Das ist alles Terror. Arafat steht hinter dem Terror. Unser Druck hat zum Ziel, den Terror zu beenden. Erwarten Sie nicht von Arafat, dass er etwas gegen den Terror unternimmt. Wir müssen ihnen viel Schaden zufügen, dann werden sie wissen, dass sie nicht weiterhin Terror anwenden können um politische Ziele zu erreichen." (1) Konkret: Noch mehr Zerstörung und Tote wird zur Kapitulation Arafats und des palästinensischen Volkes führen. Wie man diese Kapitulation erreichen will, zeigt die Analyse des Generalstabschefs Moshe Yaalon in Haaretz vom 30. August 2002, in der er die Palästinenser als ein "Krebsgeschwür" bezeichnet hat, und Israel nur mit "Chemotherapie" dagegen vorgehe. "Es gibt alle möglichen Lösungen für krebsartige Erscheinungen. Einige werden sagen, es ist notwendig, Organe zu amputieren. Aber im Augenblick betreiben ich Chemotherapie, ja." Dieser Krieg gegen den Krebs wird insbesondere von Verteidigungsminister Shaul Mofaz und Yaalon geführt. Eine solche Terminologie liegt voll im Trend eines angeblich sauberen Krieges, in dem es auch nur noch chirurgische und präzise Eingriffe gibt. Tote tauchen da keine mehr auf. Wie sich die Stimmung in den internationalen Beziehungen geändert hat, zeigt die Tatsache, dass Israel seit 1967 sein kolonialistische Siedlungsabenteuer in den besetzten Gebieten mit brutaler Waffengewalt wider jedes Völkerrecht durchsetzen kann und die internationale Staatengemeinschaft dazu schweigt. Der sogenannte "Krieg gegen den Terrorismus" hat auch die berechtigten Anliegen des palästinensischen

Volkes völlig in den Hintergrund treten lassen. Im Angesicht der Brutalität des israelischen Besatzungsregimes und der systematischen Zerstörung der Existenzgrundlagen des palästinensischen Volkes stellt sich zwangsläufig die Frage des Widerstandes gegen militärische Besatzung. Gibt es ein legitimes Widerstandsrecht gegen eine langanhaltende brutale Militärbesatzung? Baruch Kimmerling, Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, begründete das palästinensische Widerstandsrecht am 27. März 2001 in der Haaretz wie folgt: "Seit 1967 leben Millionen von Palästinensern unter militärischer Besatzung, ohne jegliche Bürgerrechte und zumeist auch ohne die grundlegendsten Menschenrechte. Die andauernden Umstände der Besatzung und Unterdrückung geben ihnen das Recht dieser Besatzung unter Anwendung jedweder Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, Widerstand zu leisten und unter Gewaltanwendung gegen die Besatzung aufzustehen. Das ist ein moralisches Recht, das sowohl dem Naturrecht als auch dem Völkerrecht inhärent ist." (2) Dieses Widerstandsrecht werde noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, die einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt. Selbstmordattentate, die unschuldige Bürger treffen, müssen unmissverständlich verurteilt werden. Sie sind unmoralisch und die Täter gehören hinter Gitter. Aber es ist ebenfalls nicht hinreichend, nur über palästinensischen Terrorismus zu sprechen und die Besat-



zung zu ignorieren. Beide sind keine Zwillingsbrüder, sondern Terrorismus ist der illegitime Abkömmling der Besatzung. Das heißt, die Ursache des palästinensischen Terrorismus ist nicht die Gewalt und der Terror der Palästinenser, sondern die brutale israelische Okkupation. Über deren Beendigung muss primär verhandelt werden, weil dann die Grundlage für die palästinensische Gegenwehr entfallen würde. Es gibt nach Völkerrecht eine Grundlage

für Besatzung, aber für eine kurze, begrenzte Zeit und nicht für 35 Jahre; ebenfalls gibt es das Widerstandsrecht - und darum handelt es sich beim "palästinensischen Terrorismus", aber nicht gegen unschuldige Personen. Beide Sachverhalte sind mörderisch: Unschuldige Israelis werden Opfer des Terrors; unschuldige Palästinenser werden zu Opfern der Besatzung.

Eines der lächerlichsten Argumente, das von Teilen der israelischen politischen Klasse vorgetragen wird, lautet, dass die Okkupation den Israelis gegen ihren Willen aufgezwungen worden sei. Eigentlich seien die Israelis die Opfer der Besatzung. Diese Grotteske wurde von Ariel Sharon in seiner Rede an das israelische Volk vom 21. Februar 2002 wieder vorgetragen. Mit der gleichen "Logik" hatte der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak nach der Zurückweisung seines "großzügigsten Angebots" in Camp David an die Palästinenser argumentiert, man könne die Besatzung nicht beenden. Die einfache Tatsache lautet aber, dass Israel die palästinensischen Gebiete besetzt hält, weil es sie besetzt halten will. Israel will sich nicht zurückziehen, weil es das Land für sein kolonialistisches Siedlungsprojekt, für die Ausbeutung des Wassers, als billiges Arbeitskräftereservoir und Absatzmarkt für israelische Waren sowie aus strategischen Gründen benötigt. Israel will das Gebiet nicht annektieren, weil es den drei Millionen Palästinensern keine Staatsbürgerrechte geben will, d. h., Israel will das Land, aber möglichst ohne dessen Bewohner. Die Besatzung ist der einzige Weg, beide Ziele zu erreichen. Dabei kann Israel Yassir Arafat sowohl die direkte als auch die indirekte Besatzung anbieten: Entweder akzeptiert Arafat die Besatzung oder er wird durch einen anderen "Politiker" ersetzt, der diese Bedingungen als palästinensisches "Ziel" akzeptiert. Moshe Dayan und Abba Eban hatten noch von einer "wohlwollenden oder aufgeklärten Besatzung" gesprochen. Jahrhunderte kolonialer Herrschaft haben aber gezeigt, dass es keine "aufgeklärte Besatzung" geben kann. Man kann kein Volk zum Wohle eines anderen unterdrücken, ohne Greuelthaten zu begehen. Völlig zu Recht fragt Lev Grinberg, Direktor des Humphrey Instituts für Sozialarbeit an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva, wer Sharon verhaftet wird, wenn er auch als Terrorist

bezeichnet wird, der direkt für die Tötungsbefehle an Palästinensern verantwortlich ist? Zu Recht hat die internationale Presse gefragt, ob Arafat unfähig oder unwillig ist, den Terror zu stoppen. Seit 22 Monaten ist nun Sharon Ministerpräsident Israels. Er hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um palästinensischen Terror zu bekämpfen, ohne moralische oder rechtliche Skrupel. Trotzdem geht das Töten und der Terror weiter. Die Frage drängt sich geradezu auf, ob Sharon entweder unfähig oder unwillig ist, den Terror zu stoppen? Einige Beispiele mögen zeigen, dass Sharon kein wirkliches Interesse an einem Ausgleich oder an einem Ende der Gewalt hat. Die israelische Tageszeitung Yedioth Achronot veröffentlichte am 24. Juli 2002 eine Einigung zwischen den Führern der Tanzim, Hamas und islamischem Dschihad, nachdem Muhammad Dahlan mit Scheich Ahmad Yassin übereingekommen war, Selbstmordattentate in Israel zu stoppen. Eineinhalb Stunden nachdem die Einigung erzielt war, so der Bericht, liquidierte Israel Salah Shehadeh in Gaza-Stadt. Mitten in der Nacht wurde eine Bombe auf ein Wohnviertel abgeschossen, 14 Zivilisten wurden dabei getötet, darunter neun Kinder, über hundert Menschen wurden verletzt. Im November 2001 wurde der Hamas-Aktivist Mahmud Abu Hanoud ermordet, obwohl Hamas seit zwei Monaten keine Anschläge in Israel ausgeführt hatte. Bis heute hat die Sharon-Regierung über achtzig "palästinensische Terroristen" ermorden lassen. Sie wurden regelrecht liquidiert, aus Apache-Kampfhubschraubern heraus wurden Autos beschossen. Ali Mustafa, der Parteichef der PFLP wurde aus seinem Schreibtischstuhl geradezu herausgebombt. Diese staatlich angeordneten Morde gehören vor den Internationalen Strafgerichtshof, da die israelische Regierung unwillig ist, die Täter zu bestrafen.

Wie doppelbödig die US-amerikanische Regierung handelt, zeigt sich anhand der Kommentierung israelischer Anschläge und palästinensischer Terrorattaken. Wie die US-Regierung das Gaza-Bombardement kommentierte, zeigt die Doppelmoral der USA und ihre Einseitigkeit: Der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, erklärte: "Diese ungeschickte Aktion trägt nichts zum Frieden bei ..., obgleich man gewusst habe, dass Unschuldige als

Konsequenz ihr Leben lassen würden." Der folgende Terroranschlag an der Hebräischen Universität wurde dagegen von Fleischer wie folgt kommentiert: "Dies war ein entsetzlicher Akt der Gewalt, ein schrecklicher Terrorakt." Der Mangel an Wut oder an einer annähernden Ernsthaftigkeit oder Betroffenheit, wenn palästinensische Zivilisten ermordet werden, ist augenfällig. Die Frage drängt sich unweigerlich auf, wem dieser Terror nützt? Will man ein Klima der Angst solange aufrechterhalten, bis Bush den Irak angreift, um einen größeren Teil der Palästinenser zu transferieren? Der Journalist Gordon Thomas, ein Mann mit besten Beziehungen zum israelischen Geheimdienst, hat vor einigen Monaten im Sunday Express enthüllt, dass Sharon das Militär angewiesen habe, sich auf die Vertreibung Hunderttausender von Palästinensern nach Jordanien vorzubereiten. Sharon glaubt, dass ihm ein Krieg



gegen den Irak den Vorwand und die "Ausrede" für diese ethnische Säuberung geben werde, da er die Palästinenser für eine "total inakzeptable Gefahr für die Sicherheit Israels" hält.

Wie weit die strategischen Überlegungen in Israel bereits gehen, zeigen die Überlegungen von Mossad-Chef Ephraim Halevy, die er am 16. Dezember 2001 auf einer Konferenz des "Institute of Policy and Strategy" in Israel dargelegt hat. Er sagte, dass ein Weltkrieg am 11. September 2001 ausgebrochen sei, "in dem die alten Regeln des Krieges nicht mehr gelten ... Dies wird kein typischer Krieg mehr sein, in dem der geschlagene Feind zu Friedensgesprächen mehr eingeladen wird." Dieser Krieg gehe gegen den Terror. Wer die Ziele sind, dazu erklärte Halevy: "Länder werden gezwungen werden sich entweder für die Seite des Terrors oder für das 'powerhouse of the United States' zu entscheiden." Ein anderer wichtiger Berater Sharons ist sein Sprecher Ra'anan Gissin. Auf einer Vortragstour durch die USA erklärte er am 27. April

2002 gegenüber der Zeitung Arizona Star folgendes: "Wir haben in den letzten 18 Monaten einen Krieg geführt, welcher der Vorbote des Dritten Weltkrieges ist. Die Welt wird kämpfen müssen, ob es ihr gefällt oder nicht. Ich bin ganz sicher." Wie machtrunken die israelische Militärführung ist, zeigt die Rede des Generalstabschefs Yaalon vor der Konferenz der Rabbiner in Jerusalem: "Israel ist eine regionale Supermacht. Es ist eine militärische Supermacht, eine wirtschaftliche Supermacht, eine kulturell-geistige Supermacht." (Ynet vom 25. August 2002). Alle diese Äußerungen zeigen, dass die israelische politische Elite bereit ist, konventionelle und nicht-konventionelle Maßnahmen bis zum Einsatz von Atomwaffen zu ergreifen.

Die westeuropäisch-US-amerikanisch beeinflusste Klasse tut aus historischen Gründen nichts oder zu wenig gegen die Strangulierung eines kolonisierten Volkes. Dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk auf grausamste Weise seiner Rechte beraubt wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der wirkliche Skandal. Dabei bietet sich der Vergleich mit Südafrika geradezu an. Das weiße Rassenregime in Südafrika hätte es niemals gewagt, F-16-Kampfbomber, Apache-Kampfhubschrauber und Panzer sowie anderes schweres militärisches Gerät "Made in USA" und "payed by the US" gegen vermeintliche Terroristen und Zivilisten einzusetzen. Israel tut es mit Billigung der USA. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf gestellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche "Logik" hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Das palästinensische Volk hat seit der Besetzung seines Landes im Sechstage-Krieg schweres Leid ertragen müssen. Seine Existenz ist gefährdeter als jemals zuvor. Seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada am 28. September 2000 hat es einen hohen Blutzoll zahlen müssen. Auch die Israelis wurden erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Über 1.900 Tote auf palästinensischer und zirka 665 Tote auf israelischer Seite sind zu beklagen, von den fast 40.000 Verletzten auf palästinensischer und über 6.000 auf israelischer Seiten und den Verwüstungen in den besetzten Gebieten gar nicht zu reden. Die Infra-

struktur der Autonomiebehörde wurde völlig zerstört. Für diese Tragödie tragen die politischen Eliten in Israel und zum Teil die Autonomiebehörde die politische Verantwortung.

Seit Monaten wird in Israel und selbst im Parlament, der Knesset, offen über einen Transfer der Palästinenser, sprich Vertreibung oder ethnische Säuberung, im Rahmen eines Krieges gegen den Irak diskutiert. Der Transfer-Gedanke ist der zionistischen Bewegung von Beginn an inhärent gewesen. Alle wichtigen zionistischen Politiker haben sich darüber geäußert; einige radikaler als andere. Im Rahmen eines Krieges gegen den Irak bietet sich eine gute Gelegenheit, die zweite Hälfte von 1948 zu vollenden. Schon 1989 hat Benjamin Netanyahu Studenten der Bar-Ilan-Universität erklärt: "Israel hätte die Unterdrückung der Demonstrationen in China ausnützen sollen, als die Aufmerksamkeit der Welt auf dieses Land gerichtet war, um Massenausweisungen von Arabern aus den Gebieten durchzuführen." (3) Der ermordete ehemalige Tourismusminister Zeevi war der Vorsitzende der Mole-dat-Partei (Vaterland), die als einzigen Programmpunkt den Transfer der Palästinenser proklamierte. Wie weit der Transfer als Lösung des Konfliktes innerhalb der israelischen Bevölkerung verbreitet ist, zeigen Umfragen, in denen sich über 45 Prozent dafür aussprechen. Besorgte Stimmen wie die des Soziologie-Professors Baruch Kimmerling oder des Militärgeschichtlers Martin van Creveld prognostizieren eine bevorstehende Vertreibung im

Rahmen eines Krieges gegen den Irak. 125 israelische Intellektuelle haben erst kürzlich in einem Aufruf ihrer Sorge über eine erneute Vertreibung zum Ausdruck gebracht, dass Israel im "Nebel" eines Krieges "weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bis zur vollständigen ethnischen Säuberung" begehen könnte. Meron Benvenisti, der frühere stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem, hat ebenfalls am 15. August 2002 in Haáretz vor einem möglichen Transfer-Szenario gewarnt: "Ein amerikanischer Angriff auf den Irak gegen arabische und weltweite Opposition und eine israelische Einbeziehung, selbst nur symbolisch, führt zum Zusammenbruch des Haschemitischen Regimes in Jordanien. Dann verwirklicht Israel die alte 'Jordanien-Option', indem es Hunderttausende von Palästinensern über den Jordan vertreibt ... Jeder, der eine solche ethnische Säuberung als ein schreckliches Verbrechen betrachtet, muss seine Stimme jetzt erheben, ohne irgendein 'Wenn und Aber', das so typisch ist für die Reaktionen auf die Bestrafungsaktionen, die bereits jetzt in schrittweise immer einschneidender Form durchgeführt werden." Die Sicherheitsberaterin von Präsident Bush, Condoleeza Rice, hat sogenannte Think tanks damit beauftragt, Vorschläge über eine Um- und Neuansiedlung der Palästinenser zu machen. Dabei ist auch an den Irak gedacht. Sharon hat in einem äußerst aufschlussreichen Interview, das am 13. April 2001 gleichzeitig in den Tageszeitungen Haáretz und Maariv veröffentlicht worden ist, folgendes erklärt: "Der

Unabhängigkeitskrieg ist noch nicht beendet. Wenn Sie mich fragen, ob der israelische Staat in der Lage ist sich heute selbst zu verteidigen, dann sage ich ja, auf jeden Fall. Und wenn Sie mich fragen, ob der israelische Staat einer Kriegsgefahr entgegen siegt, dann sage ich nein." (4) In der internationalen Öffentlichkeit wird immer wieder behauptet, es gebe einen neuen Sharon. Was sagt der betroffene selbst dazu: "Nein, da ist nichts neues, ich war immer schon so, wie ich bin. Ich habe mich nicht um ein Jota geändert. Es gibt keinen neuen Sharon. Es gibt nur eine Verteufelung. ... Ich habe meinen Standpunkt nicht geändert. Das einzige, was sich geändert hat, ist meine Meinung über 'Jordanien ist Palästina'. Und auch das nur, weil einfach eine Tatsache geschaffen wurde. Sie wissen, ich war nie für zwei palästinensische Staaten. Das ist die einzige Veränderung in meiner Position." (5) Sharon, so in diesen Interviews, will den Palästinenser 42 Prozent für ihren "Staat" geben. Nicht eine Siedlung werde aufgelöst. "Sie wissen, es ist kein Zufall, dass die Siedlungen dort sind, wo sie eben sind. Die Siedlungen wurden entsprechen des Konzeptes aufgebaut, dass wir die westliche Sicherheitszone nahe der grünen Linie halten müssen und die östliche Sicherheitszone, entlang des Jordan und die Straßen, die die beiden verbinden. Und Jerusalem, natürlich. Und den Berg Abu Ghneim. (6) Es könne keinerlei Zugeständnisse in Jerusalem geben. Sharon kann sich ein Zusammenleben mit den Palästinensern nur dann vorstellen, wenn sie an den "zionistischen Traum" glauben! Diesen "Friedensplan", der sich eng an die "Vision" des US-Präsidenten anlehnt, hat Sharon am 5. Dezember 2002 in einer Rede an das israelische Volk vorgestellt. Die Palästinenser müssen demzufolge bereit sein, in von Israel bewachten Bantustans oder Reservaten zu leben. Dass die internationale Staatengemeinschaft Israel nicht in die Schranken weist, ist der eigentliche Skandal.

*Ludwig Watzal*



## Buch-Tipp

**Von Ludwig Watzal ist im Aufbau Taschenbuchverlag das Buch "Feinde des Friedens - Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern" erschienen.**

**zu bestellen unter:  
[www.watzal.com](http://www.watzal.com)**

*(1) "The PA (Palestinian Authority L. W.) is behind the terror, it's all terror. Arafat is behind the terror. Our pressure is aimed at ending the terror. Don't expect Arafat to act against the terror. We have to cause them heavy casualties and then they will know they can't keep*

## Die versäumte Wiedergeburt Eine Analyse der irakischen Baath-Partei

### Warum wir für die Niederlage der USA sind

Die seit 1990 andauernde von den USA geführte Intervention gegen den Irak, vom Krieg 1991 über das Jahrzehnt des Embargos, unzählige Luftangriffe und den nun in Vorbereitung befindlichen neuen Krieg, haben einen ganz eindeutigen Zweck. Es geht den USA um die Kontrolle und Beherrschung des Nahen Ostens und um den Erhalt der globalen Vorherrschaft. Die angloamerikanische Intervention hat damit einen klassisch imperialistischen Charakter. Im Gegensatz zu vergangenen Interventionen versuchen dies die Herren im Weißen Haus kaum mehr zu verstecken und selbst die westliche Presse muss dies allenthalben zugeben.

Die katastrophale Misere der Massen der arabischen Welt hängt ursächlich mit der amerikanischen Vorherrschaft in der Region zusammen. Während sie sich die Ölreserven aneignen, fördern sie kooperationsbereite Ölscheichtümer in willkürlich gezogenen Grenzen, die die übergroße Mehrheit der Araber in extremer Armut belassen. Allerorts und allen voran in Ägypten haben sie dikta-

torische Marionettenregime eingesetzt, die die Bevölkerung ausplündern. Und zu guter Letzt stehen sie hinter Israel, das die Palästinenser massakriert und vertreibt und als größte Militärmacht der Region im Dienste der USA die arabischen Nachbarn in Schach hält.

Wer sich dieser imperialistischen Architektur nicht unterzuordnen bereit ist - und das hat der Irak mit der Invasion Kuwaits getan - wird mit allen Mitteln, eben auch militärischen, bekämpft. Ganz egal wie diktatorisch das Regime Saddam Husseins sein mag (alle pro-amerikanischen Regime der Region sind es ebenso und Israel ist gar ein Apartheid-Staat), Hoffnung für die arabischen Massen kann es nur geben, wenn das amerikanische Joch gelockert und schließlich abgeschüttelt wird. Darum müssen alle demokratisch und antiimperialistisch gesinnten Menschen auf der Seite der arabischen Massen und damit auf Seiten des Irak gegen die USA sein. Eine Niederlage der USA würde der Bewegung der Volksmassen einen gewaltigen Auftrieb geben und alle proamerikanischen Diktaturen in Frage stellen. Es mag sein, dass der Baathismus dadurch kurzzeitig gestärkt würde, aber auch das irakische Volk

würde über kurz oder lang den Wind der Freiheit aus der Region spüren. Umgekehrt würde ein Erfolg der USA das Joch der Massen noch drückender machen und die Diktaturen der Region, einschließlich des rassistischen Israel und der Türkei, machen.

Diese Position der Verteidigung eines unterdrückten, halbkolonialen Landes gegen den Imperialismus ist ein grundlegendes Prinzip revolutionärer antiimperialistischer Politik. Kommt es zu einem Konflikt zwischen solchen Ländern, dann sind die jeweiligen Formen der Regime zweitrangig. Denn im Hintergrund steht der Konflikt der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen mit der imperialistischen Bourgeoisie. Der Sieg der "westlichen Demokratie" stärkt den Imperialismus, während der Sieg der "halbkolonialen Diktatur" letztlich den Volksmassen mehr Bewegungsspielraum gibt, denn sie sind es tendenziell, die diesen Kampf ausfechten und ihr Blut geben müssen.

### Baath: nicht "Wieder-" sondern Totgeburt

Diese prinzipielle Bemerkung vorangestellt scheint es dennoch angezeigt, sich den historischen Charakter der irakischen Baath-Partei zu vergegenwärtigen.

Die führende Partei des sozialen und nationalen Befreiungskampfs der irakischen Volksmassen war im Gegensatz zu den meisten anderen arabischen Ländern die Kommunistische Partei. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass weder die Schiiten, die die Mehrheit der arabischen Bevölkerung bilden, noch die Kurden einen besonderen Hang zum Panarabismus zeigen. Dieser war nur unter den Sunniten, die traditionell die Elite stellten, stark. Ein anderer Aspekt ist die historische Tradition des Jahrtausende alten sozialen Konflikts, den es beispielsweise in Ägypten nie gab.

Als am 14. Juli 1958 die Freien Offiziere gegen das pro-imperialistische Regime des Königs erfolgreich putschten, quollen die Straßen Bagdads und der anderen großen Städte des Landes vor

*using terror and win political achievements."*

(2) *"Since 1967, millions of Palestinians have been under a military occupation, without any civil rights with, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law."*

(3) *"Israel should have exploited the repression of the demonstrations in China, when World attention focused on that country, to carry out mass expulsions among Arabs of the territories."*

(4) *"The war of independence has not ended. If you ask me whether the State of Israel is capable of defending itself today, I say yes, absolutely. And if you*

*ask me whether the State of Israel is facing the danger of war, I say no."*

(5) *"No, there is nothing new, I have always been the way I am. I have not changed one jota. There is no new Sharon. There was just demonization. ... I have not changed my viewpoint. The only thing that has changed is my opinion about 'Jordan is Palestine'. And even that, simply because a fact was created. You know, I never intended for there to be two Palestinian States. That is the only change in my position."*

(6) *"You know, it's not by accident that settlements are located where they are. The settlements were established according to the conception that we have to hold the western security area, which is adjacent to the Green Line, and the eastern security area along the Jordan River, and the roads linking the two. And Jerusalem, of course. And the hill aquifer."*

Menschen über. Die Volksmassen, vielfach kommunistisch beeinflusst, feierten die Machtübernahme der fortschrittlichen Offiziere als Beginn der Revolution.

Doch sehr schnell bildeten sich zwei Pole, jener um Quasem, der keine andere Wahl hatte als sich auf die Volksmassen und sehr unwillig auf die KP zu stützen, und jener um Arif, der die arabischen Nationalisten einschließlich der noch unbedeutenden Baath, sowie Moslembrüder und Großgrundbesitzer, die eigentliche Stütze der britischen Herrschaft und des Königs, um sich versammelte. Der Streit um die arabische Einheit, die Arif zu befürworten und Quasem abzulehnen schien, war mehr vorgeschoben als real. Denn wie sich später herausstellen sollte, wollten auch die Nationalisten verschiedenster Couleur nicht die zweite Geige hinter Nasser spielen. Vielmehr ging es um die Unterdrückung der Kommunisten, so wie es Nasser in Ägypten vorexerziert hatte.

(Hier sei nebenbei und retrospektiv bemerkt, dass die Stellung, die die KP gegen den Panarabismus einnahm, ungünstig war. Es konnte nicht darum gehen, die Millionen und Abermillionen mobilisierende Idee der arabischen Vereinigung gegen den Imperialismus abzulehnen, sondern ihr einen demokratischen Charakter zu geben, sie mit den sozialen Interessen der Volksmassen zu füllen und sie so zu realisieren. Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) konnte nicht die Unterordnung unter den Rais am Nil bedeuten, sondern musste auf Basis einer Konstituante passieren.)

Als im März 1959 in Mosul die Arif nahestehende Front einen Aufstand der Garnison anzettelte, wurde dieser umgehend unter Führung der KP erfolgreich niedergeschlagen. In den nächsten Monaten befand sich die KP auf dem Höhepunkt ihrer Macht, wahrscheinlich dem höchsten Punkt den eine kommunistische Partei jemals in der arabischen Welt erreicht hat. Ihren Führern war klar, dass Quasem sie nicht nur nicht an der Macht beteiligen, sondern sie auch zurückzudrängen versuchen würde. Sie stellten sich die Frage der bewaffneten Machtübernahme, der Revolution, die damals selbst der KP aber vor allem den nationalistischen Militärs möglich schien, und beantwortete sie in der schlechtesten sowjetischen Tradition mit einem klaren Nein. Das von Stalin

für die Kolonialrevolutionen wieder aufgewärmte Argument Kautskys gegen den Oktober, nach dem es sich um eine bürgerliche Revolution handeln würde und daher der Bourgeoisie die Führung zukäme, gab den Ausschlag für die selbstmörderische Entscheidung. Eine kommunistische Machtübernahme hätte der sich gerade stürmisch entfaltenden arabischen Befreiungsbewegung und der internationalen anticolonialen Bewegung (im gleichen Jahr wurde Batista in Kuba gestürzt) ihren Stempel aufgedrückt und den Gang der Geschichte grundlegend verändert.

Ab nun war die Reaktion in der Offensive. Quasem ging schrittweise gegen die Kommunisten vor. Doch der Hauptschlag wurde 1963 von der Koalition um Arif geführt, in der die baathistische paramilitärische Nationalgarde die Hauptrolle spielte. Quasem selbst wurde ermordet genauso wie zahllose Kommunisten, deren Partei in den Untergrund gedrängt wurde. Nur in den Armenvierteln der Hauptstadt leistete man bewaffneten Widerstand, der jedoch schnell ausgelöscht war. Tausende wurden verhaftet und es kam zu einem richtiggehenden Massaker an der mächtigsten linken Bewegung des Nahen Ostens, die sich von diesem Schlag nicht mehr erholen sollte.

Doch erst 1968 konnte Baath mittels eines weiteren Putsches die alleinige Macht erobern. In einem wesentlich veränderten internationalen Umfeld - 1967 vernichtete Israel im 6-Tage-Krieg den Nasserismus, während global die Befreiungsbewegungen und die Sowjetunion wesentlich an Terrain gewonnen hatten - schwenkte die Partei nach links, lehnte sich an die UdSSR an, verstaatlichte die Ölproduktion und vervollständigte die Landreform, die unter Quasem nur zaghaft angegangen worden war. Insbesondere die Erlangung der nationalen Souveränität über die Erdölreserven war ein schwerer Schlag gegen den britischen Imperialismus und wurde nicht nur vom irakischen Volk, sondern von den arabischen Massen der ganzen Region begeistert aufgenommen. Das war auch die Voraussetzung der nun folgenden Unterstützung der KP für das Baath-Regime, das sie zwischen 1973 und 1975 bis in die Regierung führen sollte. Der zuvor versuchte Ausgleich mit der kurdischen Führung um Barzani war gescheitert.

Das nun sprudelnde schwarze Gold

machten den Irak innerhalb nur weniger Jahre zu einem reichen Land und erhöhte auch den Lebensstandard der Massen erheblich. Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialsystem erreichten für arabische Verhältnisse ein bis her nicht bekanntes Ausmaß und waren in der Region allseits anerkannt.

Das Regime stand nun auf festen Füßen und entledigte sich zusehends der KP. Auch die Beziehungen zum Westen wurden wieder aufgenommen und 1975 kam es im Abkommen von Algier zum Ausgleich mit dem amerikanischen Kettenhund, dem Schah-Regime, das in der Folge zur Unterdrückung des vom Iran unterstützten kurdischen Aufstand führte.

Als der Schah 1979 gestürzt wurde, griff Saddam Hussein in einem Anfall von byzantinischem Größenwahn den Iran mit der Unterstützung der USA und wohl auch mit der stillschweigenden Duldung der UdSSR, die erst kurz zuvor in Afghanistan gegen die islamische Konterrevolution einmarschiert war, an. Der achtjährige Krieg sollte zum größten Verbrechen der Baath an den Interessen des sozialen und nationalen Befreiungskampfes der Völker der Region werden. Nach gewissen Anfangserfolgen machte sich die Überlegenheit Persiens bemerkbar. Nur die austarierende Intervention der Vereinigten Staaten auf Seiten des Irak, deren Interesse die Schwächung beider Kriegsparteien war und die damals die bis heute gültige Doktrin des "dual containment" entwarfen, ließ den Krieg nach Ausblutung beider Parteien in einem Patt enden, dessen einziger Sieger der Imperialismus war.

Der Irak konnte diesen höchst kostspieligen Krieg nur aufgrund gewaltiger Kredite der Golfstaaten, allen voran Kuwait und Saudi-Arabien, führen. Nach dem Krieg stießen die Interessen des Irak mit jenen der Golfstaaten massiv zusammen. Einerseits war das Zweistromland durch den Krieg zur stärksten arabischen Militärmacht aufgestiegen und rüstete nach Kriegsende noch weiter. Andererseits war es aufgrund von Förderengpässen an hohen Ölpreisen interessiert, während die Golfstaaten im amerikanischen Interesse die Preise niedrig hielten.

So illegitim der Staat Kuwait aus der Sicht der Interessen der arabischen Massen auch sein mag, so legitim sein Anschluss an den Irak bzw. in eine größere arabische Einheit auch sein mag,

so lag dem Angriff abermals eine großenwahnsinnige politische Fehleinschätzung zugrunde - vielleicht noch kolossaler als jene von 1980. Wenn der Irak den isolierten Iran nicht zu besiegen vermochte, wie konnte er dann annehmen, den hinter Kuwait stehenden USA Paroli bieten zu können, zumal die UdSSR nicht mehr existierte. Anzunehmen, dass die USA indifferent zusehen würde, wie es Aussagen von US-Regimevertretern suggerieren (1), können nur als Aspekt der einfältigen Fehleinschätzung betrachtet werden.

Mit dem Krieg der Heiligen Allianz gegen den Irak leiteten die USA ihre globale Alleinherrschaft, genannt "Neue Weltordnung" ein.

Die Gründe, warum sie 1991 den Krieg nicht bis zur Vernichtung des Baathismus fortsetzten, sind vielfältig. Erstens waren sie zu einem richtigen Kolonialkrieg, den der Marsch auf Bagdad eingeschlossen hätte, nicht bereit. Die eben erst verkündete Neue Weltordnung verhieß Entspannung und Dämpfung von Konflikten (natürlich unter der Hegemonie Washingtons). Da konnte man einen langwierigen Kolonialkonflikt nicht brauchen. Zweitens war nicht abzusehen, wie sich ein geschwächtes Baath-Regime verhalten würde. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass es zur Kooperation, wie es sie schon mehrfach gegeben hatte, zurückkehren würde. Drittens gab es keine politische Alternative. Den kurdischen Kräften konnten nicht zu viele Machtbefugnisse eingeräumt werden, denn das hätte einem Kurdenstaat Vorschub geleistet, den der US-Verbündete Türkei auf keinen Fall dulden konnte. Gleichzeitig hätte es auch die territoriale Integrität des Irak gefährdet, was seinerseits alle Grenzen insbesondere auf der arabischen Halbinsel in Frage gestellt hätte - eine Horrorvorstellung für die saudische Königsfamilie, ebenfalls ein strategischer US-Verbündeter. Viertens hätte die arabisch-schiitische Opposition zwar nicht im gleichen Maß die Einheit des Irak gefährdet, jedoch vermutlich den iranischen Erzfeind gestärkt. Überhaupt hätte ein zu schwaches Regime in Bagdad Teheran begünstigt. Übrigens alles Widersprüche, die bis heute existieren und den USA Probleme machen.

Kooperation in der bipolaren Welt der 70er und 80er Jahre sah aber anders aus als die von den USA unter ihrer Allein-

herrschaft geforderte. Hätte Saddam Hussein die Bedingungen der USA akzeptiert, dann wäre er zu einem Hampelemann wie Hosni Mubarak verkommen. Das käme einer Selbstvernichtung gleich, zu der weder der irakische, noch der syrische Baathismus bereit ist.

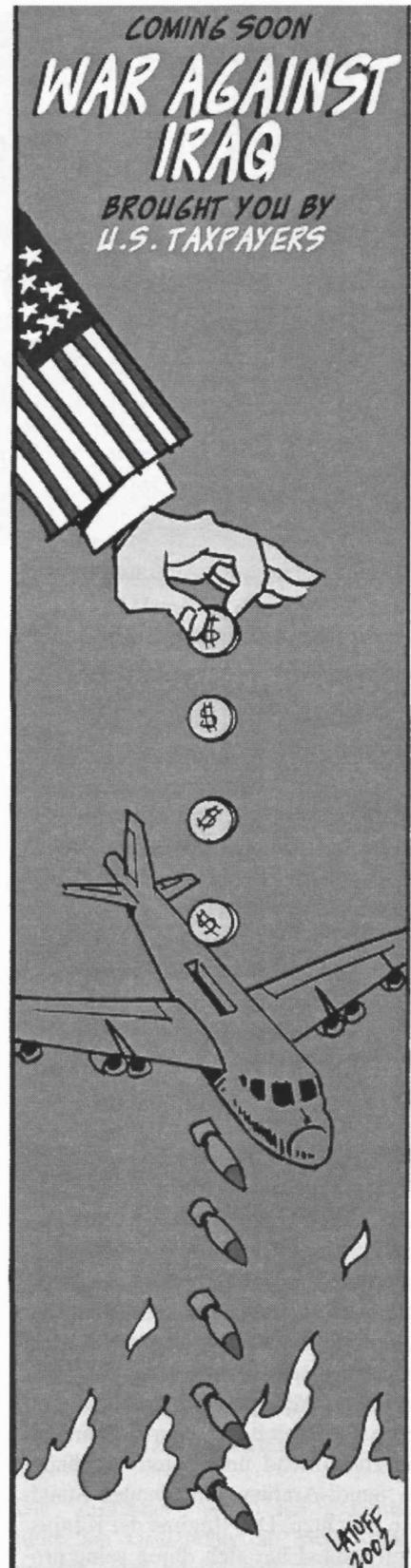
In der Folge wurde das Land dem zehnjährigen völkermörderischen Embargo unterworfen, begleitet von Luftangriffen variiertes Intensität - eine Aggression, die auch nach Angaben von UN-Beamten rund 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet und das irakische Volk ins Elend gestürzt hat.

Zusammenfassend betrachtet kann die Baath-Partei als Versuch einer vor allem militärischen bürgerlichen Intelligenz verstanden werden, die nationale Selbständigkeit auf Basis des Kapitalismus zu erlangen. Unter besonderen internationalen Bedingungen konnte dies streckenweise durch die Verstaatlichung der gewaltigen Ölreserven gelingen, deren Verwendung auch für die subalternen Klassen einen spürbaren sozialen Fortschritt brachte.

Der von einer militaristisch-nationalistischen Selbstüberschätzung inspirierte Angriff auf den Iran hat das Land jedoch schlagartig wieder in die Abhängigkeit vom Westen und seinen lokalen Vasallen getrieben. Um diese Unabhängigkeit abzuschütteln griff Saddam Hussein in der gleichen Logik Kuwait an - mit noch schlimmeren Folgen.

Der Baathismus hat damit letztlich bewiesen, seine eigenen Ziele der nationalen Souveränität nicht dauerhaft erreichen zu können, geschweige denn den Interessen der Unterklassen zu dienen, deren Meinungsäußerung vollständig unterdrückt wurde. Allerdings muss man ihm auf der anderen Seite zugute halten, nicht vollständig kapituliert zu haben.

Der neue angekündigte Krieg wird die letzte Probe auf das Exempel sein. Doch es ist unwahrscheinlich, dass das baathistische Regime diesen Angriff überstehen wird können. Konventionell-militärisch ist der Aggressor unverhältnismäßig überlegen. Die einzige mögliche Verteidigung ist der Volkskrieg in den großen Städten gegen die Okkupanten. Doch mit seiner militaristisch-dikatorischen Herrschaftsform ist das Regime unfähig einen solchen zu führen, denn es verfügt in keiner Weise über die politische Hegemonie. Es ist undenkbar, dass das Regime eine Volks-



miliz bildet, denn es weiß sich durch die Verteilung von Waffen an die Unterklassen in seiner Existenz gefährdet. Sobald der staatliche Repressionsapparat durch die zu erwartenden verheerenden Luftangriffe zerrüttet oder gänzlich zerfallen ist, wird der Baathismus jede Unterstützung von unten (aber auch von oben, denn die Baath ist längst auch für



die Bourgeoisie zum Alptraum geworden) verlieren.

Die vorhandenen alternativen politischen Führungen, die kurdischen Parteien und der schiitische Widerstand (alle anderen sind im Irak kaum existent), haben kein unmittelbares Interesse an einem Volkskrieg, ganz abgesehen davon, dass die kurdischen Parteien diesen in den vorwiegend arabischen Städten gar nicht führen könnten. Beide wollen auf den angelsächsischen Bajonetten zur Macht - was nicht heißt, dass sie nicht in der Folge mit diesen in Konflikt geraten können.

### Perspektiven des Krieges

Das Kriegsziel der USA ist klar: die Beseitigung des baathistischen und die Einsetzung eines Marionettenregimes. Letztendlich geht es ebenso darum, eine mögliche Achse Damaskus-Bagdad-Teheran zu verhindern und den Iran, den wichtigsten Opponenten in der Region, zu bedrohen, dem der Angriff als mächtiger Schuss vor den Bug gelten soll. Fürderhin will man am Golf neben dem durch die inneren Spannungen zunehmend unsicheren Verbündeten Saudi-Arabien ein zweites Standbein errichten. Das Regime der Königsfamilie Saud hat sich durch seine pro-amerikanische Haltung sowie durch die nepotistische Verteilung der Ölrente zu sehr exponiert und könnte in den zu erwarteten Konflikten und Kriegen zerfallen.

Zwar scheint ein angloamerikanischer militärischer Sieg über den Baathismus angesichts des exorbitanten Kräfteverhältnisses möglich oder gar wahrscheinlich. Eine ganz andere Frage ist

allerdings die Einsetzung einer lebensfähigen Satrapenherrschaft. Da stehen die USA vor mehr als erheblichen Schwierigkeiten.

Die aus ihrer Sicht beste Lösung wäre eine die massiven Luftangriffe begleitende Kommandoaktion gegen Saddam Hussein und seine engste Umgebung und in der Folge ein von den USA orchestrierter Militärputsch, der dem baathistischen Staatsapparat einfach eine andere Spitze gibt. Doch diese Variante ist mit sehr vielen Unwägbarkeiten behaftet und wenig wahrscheinlich. Sobald der Staatsapparat unter dem Druck der Bombardements sich aufzulösen beginnt, kein zentrales Kommando mehr vorhanden sein wird, ist sie nicht mehr gangbar.

Es scheint um vieles wahrscheinlicher, dass die USA sich mit den lokalen bewaffneten Kräften der Opposition werden arrangieren müssen. Diese werden versuchen, das politische Vakuum zu benutzen, um sich Machtpositionen zu sichern. Das gilt vor allem für die schiitische Führung, die auch 1991 zum Aufstand rief, denn die kurdischen Parteien haben ihre Einflusszonen bereits abgesteckt und erheben keinen Anspruch auf den gesamten Irak. In gewissem Sinn kann von einer Analogie mit Afghanistan gesprochen werden, wo die USA praktisch die Nordallianz an die Macht bombten. So wie sie in Afghanistan letztlich pro-russische Kräfte stärkten, so werden sie im Irak die Verhältnisse zugunsten pro-iranischer Kräfte verschieben - was letztendlich nicht in ihrem Sinn sein kann.

Eine dritte Möglichkeit ist die offene militärische Besetzung des Landes, die schließlich zur Installierung eines Königs oder einer ähnlichen Marionett-

te, die sich sehr stark auf die amerikanische Militärmacht stützen muss, führen könnte. Doch dies bedeutete einen gewaltigen militärischen Aufwand, zu dem selbst den USA die Ressourcen fehlen. Bereits heute bezeichnen amerikanische Strategen die globale Entfaltung der US-Militärmacht als "overstretched", das heißt als zu ausgedehnt und gleichzeitig zu dünn. Ganz zu schweigen von den politisch-militärischen Gefahren, denn es könnte sehr schnell zu einem bewaffneten Volkswiderstand kommen.

Wie bereits in Jugoslawien und Afghanistan werden die USA ihre militärisch-politische Vorherrschaft mit dem Krieg verlängern können. Doch gleichzeitig werden sie die Widersprüche im globalen imperialistischen System, dessen Zentrum sie sind, nicht nur im Nahen Osten, sondern in der ganzen Welt vertiefen. Der Iran, der bereits in Afghanistan vom amerikanischen Eingreifen profitierte, wird lachender Dritter sein. Die arabische Straße wird die eigenen Regimes in einer Weise unter Druck setzen, dass ihr Überleben am Spiel steht. Der beispiellose Unilateralismus gegenüber den eigenen Verbündeten wird die Spannungen in der Heiligen Allianz selbst enorm erhöhen. Die Partner haben verstanden, dass sie sich in einer furchtbaren Zwickmühle befinden. Sie bedürfen des großen Bruder in Washington zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen, doch jeder Krieg macht sie noch abhängiger, ordnet sie noch weiter unter - eine Tendenz, die sie hintanzuhalten versuchen werden.

Die Möglichkeiten einer antiimperialistischen Bewegung insbesondere in der arabischen Welt und in Europa stehen jedenfalls besser als während des ganzen vergangenen Jahrzehnts.

Willi Langthaler  
20. Oktober 2002

(1) "Wir wollen zu den innerarabischen Problemen keine Stellung nehmen, beispielsweise zu ihrem Konflikt mit Kuwait. Wir hoffen, dass sie ihr Problem durch alle notwendigen Maßnahmen lösen. Das einzige, was wir wünschen, ist, dass sie zu einer schnellen Lösung kommen." April Glaspie, US-Botschafterin in Bagdad, im persönlichen Gespräch mit Saddam Hussein am 25. Juli 1990. aus: W. Wolf, "Bombengeschäfte", S. 71

# Die Rechtsordnung Israels (I)

## 1. Einleitung

Seit Ausbruch der zweiten Intifada in Palästina am 29. September 2000 vergeht fast kein Tag, an dem nicht in den Medien über die Ereignisse in Israel/Palästina berichtet wird. Dabei konzentriert sich die Berichterstattung meist auf die punktuelle Darstellung der vorhandenen Ereignisse. Selten beleuchtet werden die bis heute ungelösten Ursachen des israelisch-palästinensischen Konflikts sowie die ideologischen Zielsetzungen sämtlicher israelischer Regierungen und deren Manifestationen im israelischen Rechtssystem. Eine Analyse des Konzepts der zionistischen Bewegung, deren bis heute unveränderte politische Zielsetzung in der ausschließlichen Förderung der nationalen jüdischen Interessen besteht, ist im Hinblick auf das Verständnis der konfliktbeladenen Beziehung zwischen der jüdisch/zionistischen und palästinensisch/arabischen Bevölkerung jedoch sehr wichtig. Diese Beziehung ist das Ergebnis der direkten Implementierung der Ziele des politischen Zionismus in die rechtliche und soziale Ordnung des in Palästina errichteten Staates Israel, resultierend in einer permanenten rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen - und auf Kosten des indigenen palästinensisch-arabischen Volkes stattfindenden - Privilegierung der gegenwärtigen und zukünftigen jüdisch/zionistischen Bevölkerung.

Die Wurzeln des Konflikts zwischen der israelisch-jüdisch-zionistischen und palästinensisch-arabischen Bevölkerung liegen in der seit mehr als 54 Jahren stattfindenden systematischen Verletzung fundamentalster Rechte der palästinensischen Araber. Im Einklang mit der bis heute niemals revidierten politischen Zielsetzungen des Zionismus - der Etablierung einer jüdischen Mehrheit in Palästina - wurden in den Jahren 1948/1949 mehr als 750.000 indigene arabische Palästinenser von den zionistischen Machthabern vertrieben. Das Recht auf Rückkehr wurde dabei den palästinensischen Flüchtlingen in systematischer und völkerrechtswidriger Weise von allen israelischen Regierungen verweigert, wodurch die ethnische Säuberung Palästinas von diesen indigenen arabischen Einwohnern

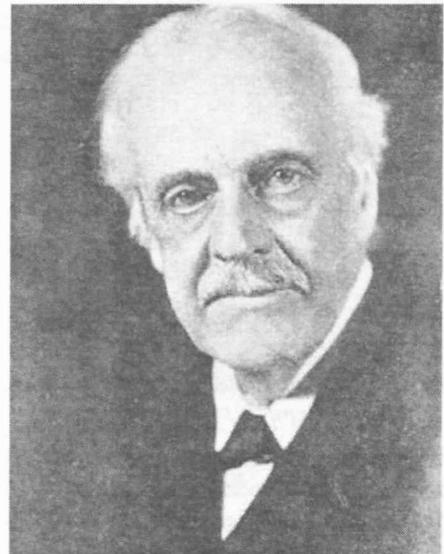
über Jahrzehnte hinweg bis heute aufrechterhalten wurde und wird. Darüber hinaus werden seit 1967 die Golanhöhen, der Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem von Israel militärisch besetzt. Es handelt sich dabei um die längste militärische Okkupation in moderner Zeit (mehr als 35 Jahre!) einhergehend mit massivster Verletzung der Menschenrechte der arabischen Bevölkerung. Die internationale Gemeinschaft hat im Gegensatz zu der im August 1990 erfolgten militärischen Besetzung Kuwaits durch den Irak einen beispiellosen Doppelstandard bis heute angewendet und akzeptiert, wenn es um die israelische Besetzung ging.

Zur Erreichung der politischen Ziele beging der Staat Israel seit seiner Gründung schwere Menschenrechtsverletzungen an der palästinensisch-arabischen Bevölkerung (Liquidierungen von Palästinensern durch israelische Todesschwadronen; Massenverhaftungen; Entführungen; Folter; Demolierung und Versiegelung von Häusern; Diskriminierungen bei Entwicklungsplanungen und Hausbau; Beschlagnahme von Land und Siedlungspolitik; Kollektivstrafen: tagelange Ausgangssperren und Abriegelung ganzer arabischer Städte und Dörfer; Behinderungen des israelischen Militärs an der Leistung medizinischer Versorgung von Zivilisten und Verwundeten etc.). Eine dauerhafte, auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden abzielende Lösung dieses Konflikts wird nur dann möglich sein, wenn eine internationale und kritische Debatte über den politischen Zionismus, dessen Ideologie und Lehren, dessen Narrative, dessen unveränderte politisch-militärische Strategien und Institutionen und insbesondere dessen Implementierung in die israelische Rechtsordnung stattfindet.

Der folgende aus drei Teilen bestehende Artikel soll diesem Anliegen gewidmet sein und stützt sich im wesentlichen auf meine an der juristischen Fakultät der Universität Wien geschriebene Dissertation, (1) welche demnächst zur Gänze veröffentlicht wird. Der hier veröffentlichte erste Teil soll die historischen, politischen und ideologischen Grundlagen der israelischen Rechtsordnung darstellen. Teil 2 wird sich sodann mit der Gründung Zionistischer Institutio-



*T. Herzl auf der Reise nach Palästina 1898*



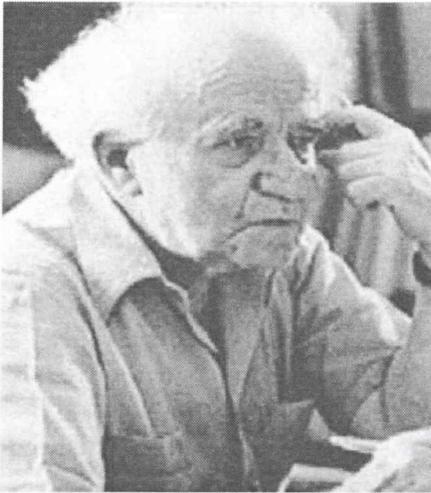
*Lord James Athur Balfour*

nen befassen und Teil 3 wird auf die Implementierung des Konzepts des politischen Zionismus in die israelische Rechtsordnung eingehen.

## 2. Ideologie des politischen Zionismus

Die "Zionsidee" ist in der gesamten jüdischen Geschichte an sich immer präsent. Der Segensspruch "Nächstes Jahr in Jerusalem" ist Teil des jüdischen Rituals und viele Generationen gläubiger Juden haben sich dem Osten zugewandt, wenn sie das Hauptgebet der jüdischen Liturgie sprachen. Die Zionsidee manifestierte sich auch im Auftreten der vielen Messiasse, in jüdischen Gedichten und in den Meditationen von Mystikern.

Das moderne Konzept des Zionismus als eine weltumspannende politische



*David Ben-Gurion*



*Menachem Begin*

Bewegung ist allerdings erst am Ende des 19. Jahrhunderts in Erscheinung getreten. In Reaktion auf den wachsenden Antisemitismus (im Sinn von anti-jüdischem Rassismus) in Europa und Russland, wo im Jahre 1881 eine Serie von Pogromen gegen Juden stattfanden, kam es direkt zur Formierung von Plänen, einen eigenen Staat in Palästina zu errichten. Der Zionismus als politische Bewegung beabsichtigte durch jüdische Einwanderung und Kolonisierung Palästinas, in Begleitung mit einer Änderung des öffentlich-rechtlichen Status der jüdischen Bevölkerung Palästinas, eine Lösung für das Problem des Antisemitismus zu liefern. Das moderne politische Konzept des Zionismus ist eine spezielle Form der Idee des Nationalismus und toleriert beträchtliche ideologische Unterschiedlichkeiten. Die Existenz verschiedener Theorien - Linkszionismus, Arbeiterzionismus, sozialistischer, synthetischer, religiöser, kultureller, praktischer und säkularer Zionismus bis hin zum rechtsgerichteten, kapitalistischen Zio-

nismus und Revisionismus - weist auf diese Tatsache hin. Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass die jüdische Arbeiterbewegung Palästinas den zukünftigen Staat Israel in all seinen Aspekten geformt hat. Sie hat die grundlegenden Ziele begründet und die zukünftige israelische Gesellschaft mit einem starken Modell von politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen ausgestattet. Diese Institutionen wurden seit der Gründung des Staates Israel bis heute niemals wirklich geändert. Die Gründe dafür liegen in der Tatsache, dass zwischen den scheinbar unterschiedlichen Strömungen des politischen Zionismus - nämlich dem sozialistischen Zionismus der Arbeiterbewegung und dem revisionistischen Zionismus - keine gravierenden Unterschiede hinsichtlich der fundamentalen Ideologie, sondern fast ausschließlich in den Methoden der Implementierung dieser Ideologie lagen und liegen.

Der ideologischen Rahmenordnung aller Positionen des politischen Zionismus liegt das fundamentale Ziel zugrunde, in erster Linie jüdische Nationalinteressen zu fördern. Die Schriften der verschiedenen Zionistenführer lassen klar erkennen, dass an der Spitze der Liste immer die Eroberung des Landes und die Etablierung eines jüdischen Nationalstaates stand und bis heute steht. Bereits am 1. Zionistenkongress im Jahre 1897 hatte der damalige Delegierte Zvi Herman Schapira von Heidelberg die Etablierung eines Fonds zum Zwecke der Erwerbung von Land in Palästina - das für immer im gemeinsamen und unveräußerlichen Eigentum des jüdischen Volkes verbleiben sollte - vorgeschlagen.

Mit der Ausnahme einiger weniger und zahlenmäßig unwichtiger Gruppen haben alle Strömungen des Zionismus von Anfang an den universellen Aspekt und Geist des Liberalismus - der sich in einer Verpflichtung, die Rechte eines anderen Volkes (nämlich der indigenen palästinensischen Araber) zu verteidigen oder zumindest nicht zu verletzen, und Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zwischen dem arabischen und jüdischen Volk zu etablieren - zurückgewiesen. Entgegen oft höchst politisierter Lehrmeinungen und ideologischer Information war und ist das Konzept des Arbeiterzionismus nicht weniger dem Prinzip verpflichtet, einen homogenen jüdischen Nationalstaat zu kreieren als es die Ideologie des rechtsge-

richteten Zionismus war und ist.

Mit der Etablierung des Staates Israel in Palästina am 14. Mai 1948 - oder in anderen Worten ausgedrückt - mit der Transformation des ursprünglich arabischen Palästinas in die nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und als al-Nakba (die palästinensische Katastrophe) stattgefunden hat - wurde die Idee des politischen Zionismus in ihrer ersten Zielsetzung verwirklicht.

Die nationalistische Ideologie der zionistischen Bewegung zielte bis heute auf die komplette Ausgrenzung des indigenen arabischen Volkes von der Zuteilung wichtiger und lebensnotwendiger Ressourcen (Land, Wasser, Budget) von Beschäftigung und ökonomischer, kultureller und sozialer Rechte und Vergünstigungen ab.

Die arabische Bevölkerung Palästinas hatte zwar von der jüdischen Immigration und den jüdischen Unternehmungen in einzelnen Bereichen profitiert, die Erlangung der Vorteile seitens der Araber war aber - im Hinblick auf die hauptsächlich zionistischen Zielsetzungen - eher nur zufällig und nie Teil der fundamentalen Ziele und Grundsätze des politischen Zionismus. Diese Zufälligkeit ist treffend ausgedrückt in einem Interview, das der damalige Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek (Arbeiter-Partei), der hebräischen Zeitung Ma'ariv im Oktober 1990 gab. Kollek sagte explizit, dass der Wohlstand der indigenen arabischen Bevölkerung niemals Teil jener Überlegungen war, die die Stadtverwaltung bei der Entwicklung palästinensischer Wohnviertel leiteten:

"[Kollek:] Wir haben Dinge gesagt, ohne sie zu meinen... Wir haben immer wieder gesagt, dass wir die Rechte der Araber den Rechten der Juden in der Stadt [Jerusalem] gleichstellen werden - leeres Gerede. Beide, Levi Eshkol und Menachem Begin, versprachen ihnen das Recht auf Gleichheit - beide haben ihre Versprechen gebrochen. Wir haben ihnen niemals ein Gefühl der Gleichheit vor dem Gesetz gegeben. Sie waren und bleiben Zweit- und Drittklasse-Bürger... Für Ost-Jerusalem? Was habe ich gemacht? Nichts... Ja, wir haben eine Kanalisation für sie [die Araber] installiert und haben deren Wasserzufuhr verbessert. Wissen Sie auch warum? Glauben Sie, das war für deren Glück und Wohlergehen gedacht? Vergessen Sie's! Es gab vielmehr einige Fälle von Cholera dort und die Juden waren eben

besorgt, dass sie sich diese Krankheit dann auch zuziehen werden und so haben wir eben eine Kanalisation und ein Wassersystem gegen die Cholera gebaut ..." (2)

### 3. Quellen des politischen Zionismus

Die folgenden Dokumente definieren das ideologische und politische Programm der zionistischen Bewegung.

#### 3.1. Das Baseler Programm (1897)

Das Baseler Programm war von Theodor Herzl am 1. Zionistischen Weltkongress 1897 in Basel aufgestellt worden und bestimmt, dass "... das Ziel des Zionismus [ist] die Schaffung einer öffentlich-rechtlich geschützten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" sei. Zur Erreichung dieses Ziels sah der Kongress folgende Maßnahmen vor:

1. Die zweckdienliche Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.
2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewusstseins.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen. Das Baseler Programm selbst hatte keine rechtlichen Auswirkungen, die darin enthaltene Formel einer "Heimstätte" für das jüdische Volk wurde aber auch in der Balfour Deklaration (1917) und im britischen Mandat über Palästina (1922) verwendet.

#### 3.2. Die Balfour-Deklaration (1917)

Am 2. November 1917 wurde der damalige britische Außenminister, Lord Arthur James Balfour, im Namen der britischen Regierung ermächtigt, an den britischen Zionistenführer Lord Rothschild, in Form eines Briefes die als "Balfour-Deklaration" bekannt gewordene Erklärung zu schreiben. Die Balfour-Deklaration ist das zweite Dokument, das das politische Programm des Zionismus ausdrücklich erwähnt und diente lange Zeit als juristische Basis der zionistischen Ansprüche an Palästi-



*eine Million Palästinenser wurden 1948 bei der Gründung des Staates Israel aus ihrer Heimat vertrieben*

na. Erstens stellt sie fest, dass "... die Regierung seiner Majestät [i.e. Großbritannien] die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen betrachtet und die größten Anstrengungen machen wird, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern ..." Zweitens enthält sie das Versprechen, die "zionistische Sache" zu unterstützen, gebunden allerdings an die Bedingung, dass "... nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina ... beeinträchtigen könnte." Drittens stellt sie fest, dass "... nichts getan werden soll, was die ... Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte." Die Balfour-Deklaration reflektiert den Mangel an Moral hinsichtlich der Art, wie der damalige britische Außenminister Arthur Balfour mit den Rechten und Interessen der indigenen palästinensisch-arabischen Bevölkerung umging. In dieser Erklärung hat eine europäische Nation (Großbritannien) ein nicht unter deren Verfügungsgewalt stehendes Territorium (Palästina), den Vertretern eines Volkes (dem jüdischen Volk) ein Versprechen hinsichtlich dieses Territoriums abgegeben, obwohl es seit mehr als 2000 Jahren von der Mehrheit dieses Volkes nicht bewohnt war, und seit Jahrhunderten zum Heimatland eines anderen Volkes (des palästinensisch-arabischen Volkes) wurde.

Liest man die Balfour-Deklaration, so kann man leicht feststellen, dass die Verpflichtung dem jüdischen Volk gegenüber substantiell mehr Gewicht hat als andere Verpflichtungen gegenüber der sogenannten "existierenden nichtjüdischen Gemeinschaften" Palästinas. Die Balfour-Deklaration behandelt das jüdische und palästinensisch-arabische Volk nicht gleich, denn es wird nur Großbritanniens Verantwortlichkeit hinsichtlich der Gründung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina definiert, ohne jedoch irgendeinen Hinweis zu geben, welche Art von nationaler Heimstätte das sein sollte und ohne Garantien für die politischen Rechte der indigenen arabischen Einwohner Palästinas zu geben. Der Ausdruck "nationale Heimstätte" war in der Balfour-Deklaration nicht definiert und dessen exakte Bedeutung für mehr als eine Interpretation offen, was unter den indigenen Arabern Ängste auslöste. Schon im Jahre 1921 haben die Araber Palästinas gefürchtet, dass es zur Errichtung eines jüdischen Staates kommen würde und in weiterer Folge zum Verschwinden oder zu einer untergeordneten Position der arabischen Bevölkerung, Sprache und Kultur in Palästina kommen könnte. Diese Ängste der indigenen Araber Palästinas wurden durch eine große Zahl von zionistischen Publikationen, die sogar den Transfer der Araber von Palästina propagierten, genährt.

### 3.3. Das Britische Mandat über Palästina ( 1922)

Die zionistischen Führer hatten zunächst viele Schwierigkeiten zu überwinden, da die amerikanische Politik zwischen aktiver Mitwirkung an der Weltpolitik und Isolationismus schwankte. Die amerikanische King-Crane-Kommission berichtete 1919, dass die große Mehrheit der arabischen Moslems für die Unabhängigkeit Syriens sei, und dass ein Mandat über ein vereinigtes Syrien, unter Einschluss Palästinas, den Amerikanern oder, in zweiter Wahl, den Engländern zugesprochen werden sollte. Dieser Empfehlung wurde nicht entsprochen.

Auf der im Januar 1919 eröffneten Pariser Friedenskonferenz wurde schließlich die Schaffung eines Völkerbundes, in dessen Rahmen ein Mandatssystem errichtet werden sollte, beschlossen, und am 28. Juni 1919 war der Vertrag von Versailles - der auch die Satzung des Völkerbundes enthielt - unterzeichnet worden.

Die Balfour-Deklaration wurde ausdrücklich in den Text des Mandats aufgenommen.

Das Mandat über Palästina enthält zwei hauptsächliche Zielsetzungen: 1. Dem Artikel 22 der Satzung des Völkerbundes Kraft zu verleihen. 2. Die Verantwortlichkeit der britischen Mandatsmacht für die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte zu definieren und so die Balfour-Deklaration von 1917 in Kraft zu setzen.

Wichtig zu erwähnen ist die Tatsache, dass weder festgehalten wurde, welche Art von nationaler Heimstätte angestrebt wurde, noch eigene Schutzbestimmungen für die politischen Rechte der Araber enthalten waren, sowie das Wort "Araber" in dem Dokument nicht einmal vorkam. Dieses Dokument wurde daher von den Repräsentanten der Araber abgelehnt, welche, allerdings ohne Erfolg, einwendeten, dass - während die anderen Mandatsgebiete Syrien und Irak nur zeitweilig unter die Aufsicht der Großmächte gestellt würden und mit der Zeit die volle Unabhängigkeit erhalten sollten - die Palästina-Verwaltung, in der die Araber keinerlei Mitsprache hatten, verpflichtet werde, eine Politik durchzuführen, die von der Mehrheit der Bevölkerung, die aus Arabern bestand, verabscheut würde. Das britische Mandat über Palästina ist die zweite hauptsächliche

international-rechtliche Quelle, auf die sich die zionistische Bewegung (insbesondere auch in der Erklärung über die Errichtung des Staates Israel von 1948) stützte, um ihre territorialen Forderungen hinsichtlich aller Teile von Palästina zu begründen und das Recht auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes auf diesem Territorium auszuüben. Wichtig zu erwähnen ist, dass das Recht auf Selbstbestimmung in Präsident Woodrow Wilsons aufgestelltem "Vierzehn Punkte" Programm international anerkannt und nach dem 1. Weltkrieg auf die Länder der zerfallenen Österreichisch-Ungarischen Monarchie und auch des Osmanischen Reiches angewendet worden war. Das britische Mandat über Palästina anerkannte zwar klar das Recht auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, missachtete aber komplett dasselbe dem palästinensisch-arabischen Volk zustehende Recht.

### 3.4. Das Biltmore-Programm (1942)

Eine weitere Ausdrucksquelle des politischen Programms der zionistischen Bewegung ist das Biltmore-Programm, das von dem im Mai 1942 im Biltmore Hotel in New York abgehaltenen Zionistischen Weltkongress bestätigt wurde. Auf diesem Kongress versammelten sich rund sechshundert Delegierte, die die hauptsächlichen zionistischen Gruppen in New York vertraten, um die Ziele der Bewegung zu diskutieren und neu zu formulieren. Zum ersten Mal hatte damals die zionistische Bewegung klar erklärt, dass eine volle und unabhängige Staatsgründung deren eigentliches Ziel war und "... ein jüdischer Commonwealth in die Strukturen einer neuen demokratischen Weltordnung integriert werden soll." Das Biltmore-Programm reflektiert ein militantes Denken des amerikanischen Zionismus, dessen Forderungen ident waren mit jenen der Revisionisten.

### 3.5. Das Jerusalem-Programm (1951)

Am 23. Zionistischen Weltkongress (1951), wurde die Aufgabe des Zionismus im sogenannten Jerusalem-Programm neu formuliert und in die novellierte Verfassung der Zionistischen Weltorganisation inkorporiert. Es enthält die folgende Klausel: "Die Auf-

gabe des Zionismus ist die Stärkung des Staates Israel, die Aufnahme der im Exil lebenden Juden und die Förderung der Einheit des jüdischen Volkes."

An dieser Stelle soll betont werden, dass das Jerusalem-Programm ausdrücklich die Worte "das Land Israel" (Eretz Israel) verwendet und nicht das Wort "Palästina" - wie noch vor der Errichtung des Staates Israel.

### 3.6. Die Revision des Jerusalemer Programms im Jahre 1968

Am 27. Zionistischer Weltkongress (1968), kurze Zeit nachdem die israelische Armee im Zuge des im Juni 1967 stattgefundenen Krieges die Sinai Halbinsel, den Gazastreifen, die Golanhöhen und das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems besetzt hatte, wurden die Ziele der zionistischen Bewegung nochmals betont. Darüber hinaus wurde auch die spezifische Formulierung eines "historischen Heimatlandes Eretz Israel" verwendet, mit der Absicht die vorhin genannten besetzten Gebiete in das politische Programm des Zionismus zu inkludieren. Das Jerusalemer Programm hat die zionistischen Zielsetzungen wie folgt festgelegt:

"Die Einheit des jüdischen Volkes und die Betonung der Wichtigkeit der Existenz Israels für das jüdische Leben; die Einwanderung aus allen Ländern und Ansammlung des jüdischen Volkes in seiner historischen Heimat Eretz Israel, die Stärkung des Staates Israel..."

Dr. Yvonne Alexandra Schmid

(1) *Foundations of Civil and Political Rights in Israel and the Occupied Territories*, Wien, Jänner 2001

(2) *Ma'ariv*, 10. Oktober 1990 (Hebrew), zitiert in englischer Sprache in *B'Tselem, The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories, A Policy of Discrimination, Land Expropriation, Planning and Building in East Jerusalem (Jerusalem, Jänner 1997) S. 54*

**Demnächst in Intifada 12  
(Frühling 2003):  
Die Rechtsordnung  
Israels (Teil 2):  
Die Gründung zionistischer  
Institutionen**

## Israelische Kriegsverbrechen in den Sinai-Kriegen 1967 und 1973 Massenmord an Kriegsgefangenen

Am dritten Tag des "Sechs-Tage-Krieges" 1967, in dem die israelischen Truppen das Westjordanland, die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen besetzten, verübte die israelische Armee auf dem Sinai ein Massaker an zahlreichen ägyptischen Kriegsgefangenen. Dieses Massaker musste ein Geheimnis bleiben und alle Anfragen Ägyptens nach den Verschollenen blieben unbeantwortet, bis die Tagebücher und Zeugenberichte israelischer Soldaten und arabischer Überlebender in der Öffentlichkeit auftauchten.

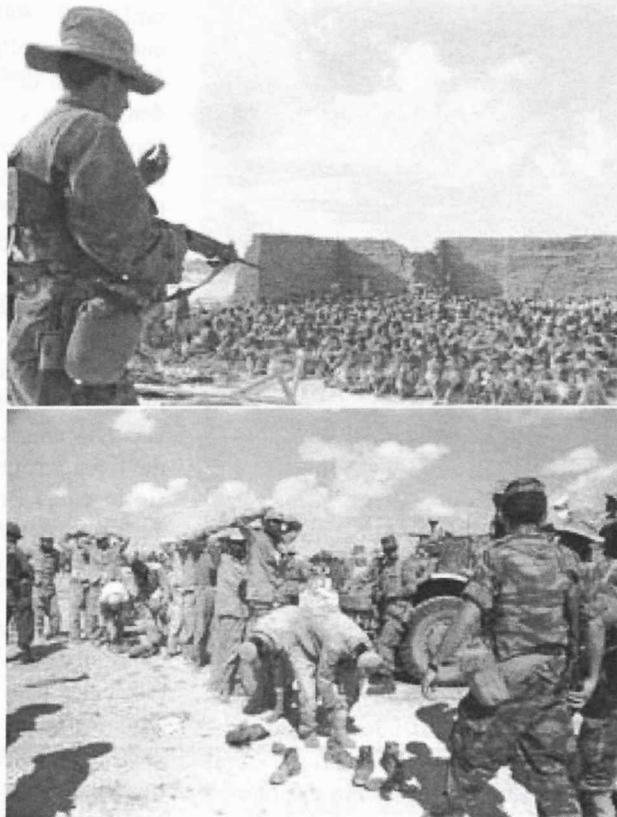
So erzählte ein Augenzeuge, wie am 6. Juni 1967 im Zentrum der besetzten Stadt Arisch (einer ägyptischen Stadt im Norden des Sinai) sechzig ägyptische Kriegsgefangene bei der Moschee versammelt und mit Maschinengewehren niedergemäht wurden. Es gab zahlreiche weitere Berichte über Erschießungen, Niederwürgungen mit Panzern oder lebendig Begrabene usw.

In seinem neuen Buch "Secret Body" verbindet der amerikanische Autor James Pamford die Versenkung des amerikanischen Kriegsschiffes "Liberty", das von der israelischen Marine und Luftwaffe bombardiert wurde, mit den Massakern an ägyptischen Kriegsgefangenen. Das Kriegsschiff, das zur Spionage diente, soll Informationen über diese Massaker registriert haben. Das amerikanische Schiff näherte sich am 8. Juni dem Hafen des schon besetzten Arisch, während die israelischen Truppen die Vernichtung der Kriegsgefangenen fortsetzten. Drei Boote der israelischen Marine und Kampfflugzeuge beschossen das Schiff mit Napalm-

Bomben und 34 amerikanische Militärs wurden getötet. Israel definierte den Angriff als "einen Fehler". Um Israel zu decken unternahm der amerikanische Kongress keine Untersuchungen und die Affäre wurde von den amerikanischen Medien kaum erwähnt. Laut Dokumenten der amerikanischen National Sicherheitsagentur und deren damaligen Sprecher Tordella war das primäre Anliegen der USA, Israel zu schützen und dies vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

### "Israelische Soldaten schlugen toten Ägyptern die Goldzähne heraus"

In einem im Jahr 2000 erschienen Buch über die Kriege Israels berichtet der israelische Autor Azhar Smitenski ebenfalls über die Diebstähle, die während des Kriegs im Oktober 1973 von israelischen Soldaten an toten ägyptischen Soldaten verübt wurden. Die Berichte von Smitenski beruhen auf eigenen Erlebnissen, die er an der Sinai-Front durchgemacht hat. Er wurde damals gemeinsam mit anderen Schrift-



Ägyptische Kriegsgefangene nach dem Sinai-Krieg 1967

stellern zur Front eingeladen, um die Soldaten zu begleiten, sie zu motivieren und über die Front zu berichten.

Er beschreibt in seinem neuen Buch, wie die israelischen Soldaten die Leichen nach wertvollen Sachen und schließlich in den Mündern nach Goldzähnen durchsuchten. Sie Soldaten hätten "die Münder der Toten geöffnet, nach goldenen Zähnen gesucht und schließlich die Schädel mit Gewehrkolben heftig geschlagen, sodass sie die Zähne ausreißen konnten".

# bruchlinien

Zeitschrift für eine neue revolutionäre Orientierung



## Das bruchlinien Abo...

Österreich: 5 Ausgaben um 10 Euro  
Europa: 5 Ausgaben um 15 Euro  
Probeabo: 2 Ausgaben um 3 Euro  
(nur Österreich)

Infos:  
info@bruchlinien.at  
www.brucllinien.at

## Noah Ibrahim und das palästinensische Volkslied



*Noah Ibrahim*

Am 24. Oktober gedenken die Palästinenser des 64. Todestages des palästinensischen Dichters und Sängers Noah Ibrahim, der zu Recht als Vater des palästinensischen sozialen und nationalen Liedes im 20. Jahrhundert gilt. Ibrahim ist neben Abdulrahim Mahmoud eine der wichtigsten historischen Figuren der arabisch-palästinensischen Bewegung vor 1948, da die beiden Dichter das Wort mit der Tat kombinierten und selbst am Kampf gegen die englische Besatzung und die zionistische Invasion teilnahmen und sich nicht mit Agitation begnügten. Noah Ibrahim fiel am 24. Oktober 1938 einem englischen Luftangriff zum Opfer, während Abdulrahim Mahmoud im April 1948 bei der Verteidigung des Dorfes Schajara in Galiläa getötet wurde.

Ibrahim wurde im Jahr 1913 in Haifa geboren, wo er die Hauptschule besuchte. Er arbeitete danach in einer Druckerei, wo er seine ersten Lieder bei Festen, Arbeiterversammlungen und Pfadfinderklubs vorsang. Er schloss sich dem Club moslemischer Jugend in Haifa, der von Izzidin al-Qassam gegründet und geführt wurde, an. Al-Qassam selbst sollte einige Jahre danach die erste bewaffnete Widerstandsorganisation gründen und 1935 bei einem Gefecht mit der englischen Armee fallen. Al-Qassams Tod war der wichtigste Auslöser des ersten palästinensischen Aufstands (1936 - 1939). Der Kontakt mit al-Qassam führte zu einer raschen Politisierung des jungen Ibrahim. Er wurde zum Hauptmedium der Bewegung und zog von Dorf zu

Dorf, sang bei Hochzeiten und Dorfversammlungen, die Massen zum Aufstand einladend. Seine Lieder erschienen auch als Schallplatten, die in den Kaffeehäusern der Städte vorgespielt wurden, bevor sie verboten wurden und Ibrahim auf der Liste der von den Engländern gesuchten Personen stand. Im Oktober 1938 wurde seine Gruppe beim Abzug von englischen Flugzeugen bombardiert. Er starb gemeinsam mit Izziddin Khalayleh und Mohammad Qabalawi (die ebenfalls als Hauptfiguren der Bewegung von 36 - 39 gelten) in der Nähe des Dorfes Tamra in Galiläa. Die englischen Soldaten brachten die Körper nachts zum Dorf und warfen sie in einen Brunnen. Sie wurden erst Tage danach durch einen Zufall von den Dorfbewohnern entdeckt und begraben.

Noah Ibrahim gilt als der Erneuerer des palästinensischen Volkslieds und als der erste, der dem Volkslied einen neuen, dem Zeitgeist entsprechenden Inhalt gab. Die Volksmusik in Palästina wird im Allgemeinen trotz ihrer spezifischen regionalen Elemente der Kategorie des syrischen Volkslieds zugerechnet, wobei das historische Syrien (al-Scham) das heutige Syrien, den Libanon, Jordanien und Palästina umfasste. Es gibt keine genauen Angaben über die Entstehung dieser Musik, jedoch gilt sie als Produkt eines historischen Prozesses, der seinen Beginn bereits in den ersten Zivilisationen in der Region hat, sich über die arabisch-islamischen Zivilisation, die türkischen Herrschaft hinaus bis hin zur heutigen Zeit erstreckt. Es wird in den regionalen Dialekten gesungen, jedoch gilt eine fast einheitliche Einteilung der Lieder in den jeweiligen Anlässen entsprechende Kategorien. Die Melodien blieben musikalisch einfach, da es mehr auf den Text ankommt. Die benutzten Instrumente sind die Tabla (Trommel), Schabbaba (Hirtenflöte), Yargol (Doppelflöte), Rababa (eine altertümliche Form der Geige) und Oud (die arabische Laute). Nach der englischen Besatzung wurde auch der schottische Dudelsack in die Volksmusik der Region integriert. Die Themen der Texte beschrieben das Alltagsleben der Bauern und Beduinen. So hatte jedes Dorf und jeder Beduinenstamm seinen Sänger/Dichter, der zu den verschiedenen Anlässen auftrat und die Gemeinschaft in Konkurrenz mit

der Nachbarschaft vertrat. Das Volkslied und das Volksgedicht (Sadschal) galten als das Hauptmedium am Land und spielten eine wichtige Rolle in der Dokumentation und Übertragung des Alltagsleben und der Geschichte. In der Zeit der Widerstandsbewegung war das Volkslied das Hauptagitationsinstrument und hatte durch seine einfachen - jedoch inhaltsstarken - Worte uneingeschränkten Einfluss.

Das älteste bekannte Lied von Ibrahim beschreibt die Hinrichtung und den heldenhafte Tod von drei Arabern, die nach den Zusammenstößen des Jahres 1929 von den Engländern zu Tode verurteilt wurden. Die im Gefängnis von Akko stattgefundene Hinrichtung war die erste seit Beginn der englischen Besatzung und hinterließ einen großen Schock in der Bevölkerung. Die Namen von Mohammad Jamjoum, Fuad Hidschazi und Atta el-Sier wurden in der palästinensischen Geschichte verewigt. Das Lied über die drei wird bis heute gesungen. Ihr heldenhafter Tod blieb für Generationen eine Inspiration und erhielt Vorbildfunktion. Ibrahim schrieb anlässlich der Gründung der Gewerkschaft der Arbeiter Palästinas auch das erste bekannte palästinensische Arbeiterlied. Es lautet:

*Der arabisch-palästinensische Arbeiter in Dorf und Stadt reißt die Dornen der Ausbeutung aus, pflanzt seine Herzen und schützt uns.*

*Der Arbeiter gründete eine Gewerkschaft, eine arabisch-palästinensische, die die Interessen der Arbeiter schützt und das Joch der Sklaverei brechen wird.*

Später dokumentierte Ibrahim die Qassam-Bewegung und ihren Einfluss auf die arabische Öffentlichkeit in Palästina. Da die Qassam-Bewegung hauptsächlich eine Untergrundbewegung war und alle Studien auf Erzählungen seiner Mitgefährten und Augenzeugen beruhen, gelten Ibrahims Gedichte und Lieder als eine sehr wichtige Quelle der Dokumentation über die Bewegung. Ferner berichten die Lieder über den historischen Generalstreik (Mai bis November 1936) und den Aufstand (1936 - 1938). Sie zeichnen ein Bild von der Teilnahme der einfachen Bauern, die ihr Hab und Gut verkauften, um

ein Gewehr kaufen zu können; von der englischen Repression, Folter und Hinrichtungen; dem Verrat der arabischen Könige. Der Tod Ibrahims im Kampf verlieh seinen Texte noch mehr Schärfe und Authentizität.

Seine Lieder wurden in den Flüchtlingslagern von der Generation der Vertriebenen zur nächsten Generation übertragen. Sie haben ihre Funktion bis heute erhalten.

Am bekanntesten sind das Trauerlied über Izziddin el-Qassam (am 20. November 1935 gesungen):

*Izziddin, was für ein Verlust  
Du starbst für deine Nation  
Du opferst dein Geld und Leben  
für die Unabhängigkeit deines Landes  
Zum Paradies, oh Izziddin  
Dein Tod ist eine Lehre für uns alle*

Über den Aufstand von 1936:

*Brenn weiter oh Feuer der Revolution  
und beleuchte das Haus  
Eine Glut zündet die nächste und das*

*Feuer wird höher  
Wir kommen aus den Massen der  
Armen und dem Pflug des Bauers  
Hoben das Banner der Freiheit und  
wurden zu Revolutionären*

Über den Streik der Hafendarbeiter von Jaffa (19. April 1936):

*Es leben die Männer der Marine  
ob Moslems oder Christen  
Die tapferen Arbeiter von Jaffa  
mit dem starken Willen  
Tapferkeit ist ihr einziges Kapital  
Würde ist ihr Prinzip*

Und ein modifiziertes Hochzeitslied:

*Unsere Bräutigame sind die schönsten  
Männer  
Die schönsten Männer sind unsere  
Bräutigame  
Die erste Hochzeit ist für unsere Lieben  
Und die zweite ist der Sieg unserer  
Heimat*

Ali Nasser



Izziddin Qassam

## "Wenn du aufhörst zu träumen, hörst du auf zu leben."

### Ein Gespräch mit dem arabischen Künstler Marcel Khalife

Marcel Khalife wurde 1950 in Amchit im Libanon geboren. Er studierte nahöstliche Laute - auf Arabisch bekannt als "Oud" - an der Nationalen Musikakademie in Beirut. Obwohl zu jener Zeit das Spielen der Oud durch sehr strenge technische Regeln bestimmt wurde, haben Marcel Khalife und andere Musiker diese Regeln erweitert und damit die musikalischen Möglichkeiten der Oud entwickelt. Khalife unterrichtete von 1970 bis 1975 am nationalen Musikkonservatorium und an anderen Instituten. Während dieser Zeit gab er überall im Mittleren Osten, Nordafrika, Europa und Nordamerika Solo-Konzerte. 1972 gründete Khalife in Amchit, der Stadt in der er geboren wurde, eine Musikgruppe. Die Gruppe, die dann in ganz Libanon auftrat, wollte die arabische Musik und ihr choriales Erbe wiederbeleben. Zur Zeit des libanesischen Bürgerkrieges war Marcel allseits beliebt. Die Tatsache, dass er der kommunistischen Partei angehörte, änderte nichts daran, dass er ein Repräsentant der Gefühle, Träume und Hoffnungen vieler Freiheitskämpfer verschiedener Richtungen war. Anfang der 80er Jahre hat Marcel an Popularität gewonnen, so dass seine

Lieder und Musikstücke in der ganzen arabischen Welt zu hören waren. Am 26. Oktober 2002 gab Khalife zusammen mit dem österreichischen Musiker Peter Herbert in Schwarzenberg in Vorarlberg im Rahmen eines internationalen Kongresses ("Kindheit und Trauma") ein Konzert. Das gemeinsame Auftreten der beiden Musiker hat gezeigt, wie sehr sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen verstehen und aufeinander eingehen können. Im Anschluss an das Konzert gab uns Marcel Gelegenheit zu einem Gespräch. Das ist, was er uns mit auf den Weg gab:

"Ihr kommt aus Palästina! Eines möchte ich euch sagen - lasst niemals das Sektenwesen zwischen euch herrschen. In erster Linie seid ihr Palästinenser! Auch wenn ihr Christen, Muslime oder sonst was seid! Vergesst all diese Gruppierungen und besinnt euch auf die Nationalität! Gerade die religiösen Unterschiede machen sich die Feinde zunutze und versuchen auch auf dieser Basis, das palästinensische Volk zu zersplittern. Der zionistische Feind ist stark - vielleicht stärker als wir glauben! Er hat es im Libanon geschafft, das



Volk gegeneinander aufzuhetzen - leider mit Erfolg. Was wir im Libanon erlebt haben, ist ja bekannt. Dasselbe wird nun in Palästina versucht. Einer von euch hat die palästinensische Flagge zu dem Konzert mitgenommen. Diese Flagge hat nach der Veranstaltung eine Diskussion ausgelöst. Ein paar der Organisatoren haben es als unpassend kritisiert, eine National-



flagge zu einem Konzert mitzubringen. Denn wenn man etwas aus Überzeugung tut und man glaubt an das, was man tut, so muss man versuchen, dies den anderen verständlich zu machen, auch wenn sie gerade diese Idee nicht von vornherein akzeptieren.

Das Vertrauen und den Glauben, dass wir keine dritte Welt sind, muss man haben. Wir sind entwickelte Länder. Genau so wie sie entwickelt sind, sind wir es auch. Und wir können die Botschaft nur vermitteln, wenn wir selbst daran glauben! Ich nehme die Laute zur Hand und niemand hat mir zu sagen, warum die Laute so aussieht oder warum die Saiten so klingen. Ich habe auch keinen Minderwertigkeitskomplex oder Schuldgefühle. Die Laute ist genau wie das Klavier oder wie andere Musikinstrumente.

Ich habe starke Ideen und wenn ich dauerhaft daran arbeite, kann ich diese

Ideen vermitteln. Ich werde diesen Weg durchziehen, bis ich das arabische Lied dort sehe, wo es sich verdient zu sein. Die Nationalflagge der Organisatoren ist überall zu finden, im Gegensatz zu eurer.

Wenn man hungrig ist, also wenn wir einen Afrikaner aus einem Hungersnotgebiet nehmen würden, ihn hierher bringen und ihm einen vollen Tisch anbieten, so würde er essen und nichts am Tisch lassen. Aber für einen Österreicher ist es die Normalität, einen voll gedeckten Tisch zu sehen. Dementsprechend wird sein Verhalten anders sein. Ihr habt das Gefühl, euch fehlt etwas und genau das wollt ihr zum Ausdruck bringen. Ich kam hierher und hatte ein Programm. Die Idee zum Ausdruck zu bringen, geschieht nicht nur in einer Sprache. Meine Sprache ist die Musik, in der viel Energie und Potential steckt. Ich komponiere, weil ich großen Glauben in meine Arbeit habe. Ihr fragt, ob ich Hoffnungslosigkeit spüre. Ja, ich spüre sie, aber das hindert mich nicht weiter zu träumen. Ich träume weiter. Wenn ich eine Note auf ein Stück Papier setze, so spüre ich, dass ich etwas bewegen kann.

Wir haben bedeutungslose erschlaffende Regierungen, die ganze Welt schaut schweigend zu und es kommt dazu, was Bush tut. Trotz alledem solltest du deinen Traum nicht aufgeben. Denn wenn du aufhörst zu träumen, hörst du auf zu leben. Lebt danach, egal ob euer Umfeld dies gutheißt oder nicht."



### Impressum:

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Redaktion und Hersteller des periodischen Druckwerks "Intifada" ist die Partei RKL, Gusshausstraße 14/3, 1040 Wien. Verlags- und Herstellungsort Wien. Impressum: RKL, Gusshausstraße 14/3, 1040 Wien

## Arabischer Filmabend im Afro-Asiatischen Instiut

Der "Arabische Palästina-Club" (APC) präsentiert:



### The Message "Die Geschichte des Islams"

(Reg.: *Mustapha Akkad* Dar.: *Anthony Quinn, Irene Papas, Michael Ansara* Länge: 170 min, DF)

Der Film "Die Geschichte des Islams" des arabischen Regisseurs Mustapha Akkad ist ein Werk, hinter dem sorgfältige Arbeit steckt, um die Entstehungsgeschichte über den Islam ans Licht zu bringen. Er bietet eine eindrucksvolle Schilderung der Ereignisse von der Prophezeiung bis zum Tod des Propheten dar, die sowohl im arabischen als auch im internationalen Kino als einzigartig gilt.

Da der islamische Glaube die Darstellung des Propheten und die engsten Personen seiner Umgebung nicht erlaubt, fand Akkad auf einer beeindruckend kreativen Weise Wege, um die Geschichte des Propheten Mohammed zu erzählen ohne ihn oder andere Hauptfiguren des Glaubens zu zeigen.

Nicht nur wegen der phantasiereichen Anwendung der Kamera um den Propheten, sondern auch wegen der Tatsache, dass es der einzige umfangreiche Film über den Propheten und den Islam ist, lohnt es sich den Film von Akkad zu sehen.

Der Film wird von dem Arabischen Palästina-Club "APC" und dem Afro-Asiatischen Institut "AAI" präsentiert.

**Samstag, 8. Februar 2003, 18:00 Uhr,  
Afro-Asiatisches Institut, Türkenstraße 3, 1090 Wien; Grosser Saal**

*"Ich bin 29 Jahre alt und würde dieses Jahr 30 werden. Aber ob ich meinen Geburtstag noch erlebe, weiß ich nicht. Denn ich habe den Entschluss gefasst zu sterben - für mich, für meine Familie, für die Freiheit, für Palästina."*

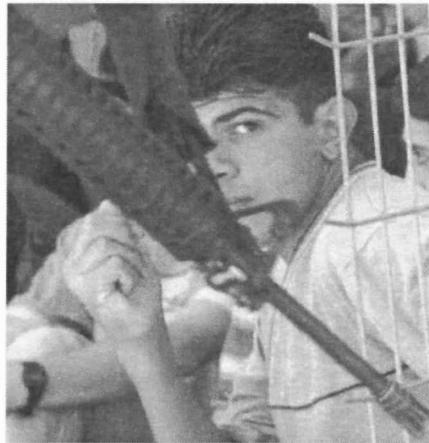
## Raid Sabbah: "DER TOD IST EIN GESCHENK"

Die Geschichte eines Selbstmordattentäters  
Droemersch Verlag, München 2002

Wann immer sich ein palästinensischer Selbstmordattentäter irgendwo in Israel in die Luft sprengt und dabei Zivilisten tötet, schütteln bei uns viele Leute verständnislos den Kopf, weil es tatsächlich schwer zu verstehen ist, warum jemand Zivilisten tötet und dabei den eigenen Tod in Kauf nimmt. Noch viel mehr Leute schütteln gar nicht mehr den Kopf, sondern sehen nur die "Terroristen", gegen die hart vorgegangen werden muss. Wenn jedoch bei israelischen Militäroperationen gegen vermutliche Selbstmordattentäter palästinensische Zivilisten erschossen werden, nimmt man es in Kauf, geht es doch um den "Kampf gegen den Terror".

Saids Geschichte ist ein Aufschrei gegen diese Doppelmoral. Es ist die Geschichte eines jungen Menschen, der zuviel Schreckliches erlebt hat und mit dem Rücken zur Wand steht. In wenigen Nächten im März 2002 erzählt er dem Autor Raid Sabbah seine Lebensgeschichte. Raid Sabbah gibt sie als Ich-Erzählung wieder. Diese Erzählung wird immer wieder durch Texte über die jeweilige politische Situation, in der Said lebte, ergänzt. So wird die persönliche Leidensgeschichte Saids, die wie jede Lebensgeschichte manches ausblendet, anderes in den Vordergrund rückt und den Leser emotional fordert, in den Rahmen von Tatsachen und Fakten in Palästina gestellt. Als Gesamtes vermittelt das Buch Einblicke, die zum Verständnis im Sinne von Begreifen und Verstehen von "Selbstmordattentaten" oder "Märtyreroperationen", wie viele Palästinenser sie nennen, beitragen. Vertreibung, menschliche Verluste, Erniedrigung durch die israelische Besatzungsmacht und Hoffnungslosigkeit treiben junge Menschen zum Tod durch Selbstmord, der im schiitischen Islam eine lange Tradition hat und nun auch im (sunnitischen) Palästina als Waffe gesehen wird, um einem aussichtslosen Leben in Erniedrigung und Würdelosigkeit Würde zu geben. Said war kein besonders religiöser Mensch. Trotzdem hat er sich Anfang dieses Jahres dem Islamischen Dschihad als Kandidat für ein Selbstmordatt-

tentat zur Verfügung gestellt. Seine Tat konnte Said nicht mehr ausführen. Er starb im April 2002 in Dschenin in den Kämpfen mit israelischen Truppen. 1972 wurde er in einem kleinen Dorf bei Ramallah geboren. Er war noch ein Kleinkind, als plötzlich israelische Landvermesser das Areal der neu zu bauenden Siedlung Hadasha absteck-



ten. Der gesamte Grund und Boden der Familie wurde enteignet. Der Grund dafür wurde ihnen von einem israelischen Beamten folgendermaßen erklärt: "Dieses Land ist jüdisches Gebiet. Es gehört uns. Das ist das biblische Judäa und Samaria. Gott hat uns hierher geführt. Wir sind immer hier gewesen. ... Jetzt kehren wir zurück und machen das fruchtbar, was ihr verkommen habt lassen." (S. 71)

Said, Eltern und Geschwister wurden Flüchtlinge im eigenen Land. Sie kamen bei einem Onkel im Flüchtlingslager Dschenin unter. Dort fand Saids Vater Beschäftigung im Restaurant des Bruders. Eines Tages wurde er von einer Militärpatrouille aufgegriffen und bewusstlos geschlagen zurückgebracht. Said musste wieder einmal die Willkür und Brutalität der israelischen Staatsmacht erfahren und hilflos zusehen. "Ich verfluchte das Leben, das mir einen solchen Anblick bot ..." (S. 99) Der ältere Said erinnert sich an Dschenin: "Es waren Bilder von Armut und Elend. Bilder, die ich bis dahin nicht gekannt hatte. Sie weckten ein Bewusstsein für die Trost- und Hoffnungslosigkeit unseres in Flüchtlingslagern wie diesem zusammengepferchten Volks." (S. 92)

In der ersten Intifada stellte sich Said der israelischen Militärmaschinerie mit Steinen entgegen. Eines Tages nahm nicht nur Said sondern auch sein jüngerer Bruder Farid an einem Straßenkampf teil. Die Israelis schossen mit scharfer Munition. Die Mutter Saids wurde erschossen. Said erzählt: "Man hatte sie kaltblütig erschossen. Eine Kugel mitten in die Stirn. Und das nur, weil sie aus Sorge um ihren Jüngsten ihm hinterhergerannt war, um ihn nach Hause zu holen. Sie hatte doch mit allem, was sich hier abspielte, nichts zu tun." (S. 121)

Später wurde Said ins Gefängnis gesteckt, gefoltert und zu vier Jahren Haft verurteilt. Der ältere Said schildert die Details und es scheint wie ein Wunder, dass er damals überlebte und nicht gebrochen wurde. Sein Freund Muhammad wurde im Gefängnis zu Tode gefoltert.

1993 kam es zum Friedensvertrag von Oslo. Die Freude in der Familie Saids, so wie bei vielen Palästinensern, war groß. Endlich bestand Hoffnung auf ein normales Leben. Said suchte Arbeit und fand sie in Israel - als ehemaliger Gefängnisinsasse ohne entsprechende Erlaubnis. Eines Tages wurde Said von einer Militärpatrouille angehalten und bewusstlos geschlagen. Im Krankenhaus von Dschenin wachte er wieder auf. So sah der Friede von Oslo aus.

Dann folgte im Herbst 2000 die zweite Intifada. Saids Vater sagte zu seinem Sohn: "Sterben ist besser, als so weiterzumachen wie bisher." (S. 220) Aus Said dem Jugendlichen, der Steine warf, war ein Mann geworden, der seine Entscheidung traf. "Wir haben nichts. Weder Fahrzeuge noch Panzer, geschweige denn Flugzeuge, mit denen wir einen Krieg gegen die israelische Armee und für einen souveränen Staat führen könnten. Wir haben nur unsere Körper. Sie sind unsere einzigen Waffen." (S. 241) Er ging zum Islamischen Dschihad und sagte: "Ich bin bereit." Said starb nicht als der Märtyrer, der er sein wollte. Er starb am 2. April 2002 im Kugelhagel der israelischen Armee.

*Elisabeth Lindner-Riegler*

## Unsere Richtlinien

### Plattform der Antiimperialistischen Koordination

1. Anders als es die Erwartungen nach der Oktoberrevolution verlauten ließen, ist der Kapitalismus nicht nur nicht unter der Last seiner Widersprüche zusammengebrochen, sondern es ist ihm auch gelungen, die bewegteste Periode seiner Geschichte hinter sich zu lassen, wenn auch mit sichtbaren Wunden. Das war aus drei Gründen möglich: a) weil die dominanten Klassen die verschiedenen Emanzipations- und Befreiungsversuche gnadenlos unterdrückt haben; b) weil der Großteil der westlichen Arbeiterbewegung sowie der Eliten, welche die nationalen Befreiungsprozesse in den halbkolonialen Ländern geführt hatten, die revolutionären Traditionen aufgegeben und ihnen eine Politik der Kollaboration mit dem Imperialismus vorgezogen haben; c) letztlich hat der Kapitalismus eine mächtigen Entwicklung seiner Produktivkräfte erlebt, während die Länder, die den Weg des Sozialismus gewählt hatten, nach einer ersten Periode des Aufschwungs in die Stagnation verfallen sind, die sie zum Zusammenbruch geführt hat. Die ökonomistische und mechanische These, derzufolge die imperialistische Phase die Phase der Verfaulung und Todesagonie des Kapitalismus sei, hat sich als trügerisch und falsch herausgestellt.

2. Die sogenannte "Globalisierung" (von der der Neoliberalismus nur eines ihrer vielen Gesichter ist) bezeichnet zweifellos eine neue Etappe der weltweiten Hegemonie des Kapitalismus, auch wenn sie nicht als neue historische Phase der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden kann. Doch es ist nicht wahr, dass der Kapitalismus mit der "Globalisierung" zu den Zeiten der "freien" Konkurrenz und der "freien" Marktgesetze zurückgekehrt ist, dass er eine neue historische Entwicklungsphase erleben würde. In den letzten zehn Jahren haben sich die gegenteiligen Tendenzen verstärkt: sehr starke und unausgewogene weltweite Kapitalkonzentration zu Gunsten des spekulativen Finanzkapitals und der parasitären Renditen-Wirtschaft; Verschärfung des Gefälles zwischen hoch- und unterentwickelten Ländern mit gleichzeitiger Verschärfung des neokolonialistischen Charakters des imperialistischen Systems; Stärkung der nordamerikanischen

Dominanz, wachsende weltweite Militarisierung. Die verwüstenden Zusammenbrüche einiger kapitalistischer Länder (Mexiko 1995, Thailand 1997, Russland und Indonesien 1999, Argentinien 2001) zeigen auf, dass der Kapitalismus trotz aller Bemühungen ein antagonistisches und instabiles System ist, das es dem Großteil der Völker nicht erlaubt, ihre chronische Unterentwicklung zu überwinden. Der Kapitalismus ist unempfindlich gegen jedwede Politik der strategischen Programmierung, verweigert von Natur aus die



Unterordnung der Wirtschaft unter gesellschaftliche Ziele. Dem entspricht auf der Ebene der internationalen Politik eine Verschärfung der Widersprüche und der Konflikte, auf die der Westen mit der Intensivierung seiner Kommandoherrschaft und der Anwendung von Gewalt als permanentem Faktor antwortet, mit der Strategie des "Kriegs niedriger Intensität" in den zerrütteten Peripherien, mit dem präventiven Angriff auf jedes als Feind betrachtete Land oder Kraft und schließlich mit der autoritären Degeneration der "opulenten Demokratien" mit dem Ziel jeder inneren antagonistischen Bewegung zuvorzukommen. Den Nationalstaaten steht in diesem widersprüchlichen Prozess ein asymmetrisches Schicksal bevor: diejenigen, deren kapitalistisches System schwach und abhängig ist, werden geschwächt und instabil werden, die imperialistischen (siehe die USA) werden sich stärken. Die Europäische Union (vorausgesetzt, der Verein-

heitlichungsprozess wird nicht unterbrochen) drückt die Krise der alten bürgerlichen Nationalstaaten aus, doch nicht in Richtung einer unbestimmten und nicht-staatlichen Realität, sondern bestenfalls in Richtung eines imperialistischen, den USA untergeordneten Meta-Nationalstaates.

3. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten in Zentral- und Osteuropa, die kapitalistische Orientierung Chinas und die Aufsplitterung Jugoslawiens stellen in verschiedener Hinsicht eine entscheidende Wende in der modernen Geschichte dar. Diese Ereignisse haben zerstörerische Auswirkungen auf den weltweiten Klassenkampf gehabt. Sie haben die antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegungen, die sich bereits in der Krise befanden, tödlich verwundet und eine radikale Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten der imperialen Front bewirkt, deren Entscheidungs- und Machtzentrum mehr denn je die USA darstellen. Die nordamerikanische Supermacht, auch dank der strategischen Allianz mit den anderen Mächten (Kanada, Europa, Australien und Japan) und der Unterstützung zahlreicher Satrapen (unter denen die Länder einer entscheidenden Region wie Israel, Türkei und viele arabische Länder hervorstechen) versucht mit allen Mitteln die Herausbildung einer "multipolaren" Weltordnung zu verhindern und scheint bereit zu sein, jedwedes Mittel einzusetzen um die globale Vorherrschaft zu erhalten. Enduring Freedom, das Theorem der Achse des Bösen, der Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus weisen darauf hin, dass das Weiße Haus einen ununterbrochenen Präventivkrieg begonnen hat, mit dem Ziel, jede feindliche Kraft in Bereichen, die es als strategisch betrachtet - also fast alle Regionen der Erde - zu zerbrechen. Die imperiale Supermacht bemüht sich, mit allen Mitteln die Möglichkeit zu verhindern, dass in irgendeinem Land von mittlerer Bedeutung aufs Neue eine revolutionäre Macht entstehen könnte, dass sich eine befreiende Welle antiimperialistischer Bewegungen entfesseln könnte. Diese Politik kann nur zu einer weiteren internationalen Destabilisierung führen, dazu dass sich die latenten Widersprü-

che vergrößern, die Konflikte verschärfen. Neue Kriege und neue Revolutionen werden unvermeidlich sein und diese könnten auch die Frage der Machteroberung von Seiten der Unterdrückten wieder auf die Tagesordnung setzen, wenn auch in bisher ungekannter und unvorhersehbarer Form. Diese Siege werden dem imperialistischen Gegenangriff nicht standhalten können, wenn sie sich nicht auf internationaler Ebene ausdehnen und wenn sie zögern werden, die Reaktion zu zerschlagen. Der Konflikt ist zunehmend von weltweiter Dimension.

4. Die revolutionären und antiimperialistischen Kräfte leben in einer verlängerten Phase des strategischen Rückzugs. Der Imperialismus greift an allen Fronten an, sowohl im Zentrum als auch in der Peripherie. Doch es ist in der Peripherie, wo das imperialistische System den breiten Massen weder wirtschaftliches Wachstum noch die elementarsten Rechte garantieren kann, wo es sich in seiner rohen Barbarei manifestiert, wo sich die unmittelbaren und explosiven Widersprüche konzentrieren. Dort kann die sogenannte Neue Weltordnung, d.h. die monopolare Ordnung am leichtesten ins Wanken gebracht werden. Tatsächlich ist in den halbkolonialen Ländern der antiimperialistische Widerstandskampf, wenn auch in unterschiedlichster Form, nicht für einen Augenblick stillgestanden. Dort drängt die Politik der Ausbeutung nicht nur die Ärmsten zum Widerstand, sondern auch wichtige Sektoren der Intelligenz, der Armee und der nationalen Bourgeoisie, die um nicht unterzugehen, sich manchmal auf die Seite der Masse der Verdammten stellen müssen, fast immer unter patriotischen, nationalistischen oder panislamischen Fahnen. Dieser Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen kann die Funktion eines Wegbereiters für echte revolutionäre Prozesse der nationalen und sozialen Befreiung annehmen. Neben Widerstandsnestern, die nach wie vor von genuin antiimperialistischen Kräften geführt werden (Palästina und Kolumbien etwa) mobilisieren sich die verarmten Massen auch unter populistischen, caudillistischen, panislamischen, "ethnischen" und häufig offen reaktionären und halbfeudalen Vorzeichen. Es ist unsere Pflicht, unter Beibehaltung einer kritischen Einstellung und ohne



unserer internationalistischen und revolutionären Grundlagen verlustig zu gehen, nicht nur die von antiimperialistischen Kräften geführten nationalen Befreiungskämpfe zu unterstützen, sondern alle Aufstände jener Völker, Nationen und Bewegungen, die ungeachtet ihrer reaktionären Führungen dem imperialen kapitalistischen System Risse zufügen.

5. Unser Antiimperialismus gründet sich auf antikapitalistische Prinzipien, unsere Perspektive ist letztendlich der internationale Sozialismus. Unser Antiimperialismus unterscheidet sich daher von jenen, die sich auf rein nationalistisch-bürgerliche, religiöse, ethnisch-kulturelle oder populistische Kriterien stützen. In diesen Fällen ist unsere Unterstützung immer kritisch und

bedingt. Anders ist jedoch der Fall all jener Widerstandsbewegungen der unterdrückten Völker mit revolutionärdemokratischem Charakter, die nicht zufällig fast immer von Kräften kommunistischen Ursprungs geführt werden. In diesem Fall muss unsere aktive Unterstützung weitergehen, bis hin zu einem stabilen Bündnis, und nach Möglichkeit bis hin zu einer Koordinierung der Initiativen mit der Perspektive einer internationalen Einheitsfront. Das bedeutet nicht, mit dieser oder jener Partei und ihrer jeweiligen Politik akritisch Verbindungen einzugehen. Wenn wir auch mit den Befreiungsbewegungen vollkommen solidarisch waren, so haben wir unserer Missbilligung Ausdruck gegeben, als diese den Kampf den Verhandlungen mit dem Feind untergeordnet und "Friedensabkomm-

men" geschlossen haben, die sich als fatale Misserfolge herausgestellt haben. Was die Länder betrifft, die das imperialistische Joch abgeschüttelt haben, so ist unsere Verteidigung bedingungslos. Das hindert uns allerdings nicht daran, unsere Bedenken auszusprechen, wenn ihre Politik schädlich für den internationalen oder lokalen antiimperialistischen Kampf ist.

6. Besondere Bedeutung und eine neue Physiognomie nehmen die Fragen der Selbstbestimmung der Nationen, sowie von Frieden und Krieg ein.

Nicht alle Kämpfe für nationale Selbstbestimmung sind progressiv und unterstützenswert. Der Imperialismus hat die Lektion gelernt und unterstützt und bewaffnet oft secessionistische Kämpfe, um seine eigenen geostrategischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen zu verteidigen (siehe die NATO-Politik auf dem Balkan). Im Allgemeinen können wir sagen, dass wir nur jene nationalen Befreiungskämpfe unterstützen, die tatsächlich antiimperialistisch sind.

Die Tatsache, dass es keinen dritten Weltkrieg gegeben hat, bedeutet keineswegs, dass die Welt befriedet wurde. Wenn früher zwischen einem Krieg und dem nächsten viel Zeit verstreichen konnte, so befinden wir uns heute in einem permanenten und globalen Kriegszustand, den der Imperialismus noch, doch mit rückläufiger Tendenz, von seinem Territorium fernzuhalten im Stande ist. Es reicht aus, Europa und den Mittelmeerraum zu betrachten. Seit 1991 befindet sich der Balkan im Krieg. Krieg ist in Algerien und auf dem Gebiet des saharaischen Volkes. Krieg ist in Palästina, im Irak und im Mittleren Osten. Krieg ist in der Türkei. Etwas weiter im Osten, sehen wir Krieg in Afghanistan und einen latenten Krieg zwischen Pakistan und Indien. Wenig weiter südlich, in Afrika, befindet sich alles in einem Kriegszustand zwischen "Nationen", Staaten und sogenannten Ethnien. In Lateinamerika erlebt Kolumbien den längsten Bürgerkrieg seit Vietnam, während die Reaktion mit allen Mitteln versucht die Regierung Chavez zu stürzen und die aufständischen argentinischen Massen bedroht. Diese Fragmentierung erlaubt es nicht, eine einheitliche Position einzunehmen. Für gewöhnlich müssen wir in interbourgeoisien Kriegen und Konflikten eine defätistische Position einnehmen,

jedoch immer bereit sein, Seite zu beziehen, falls eine konkrete Analyse einer konkreten Situation uns darauf verweist, auf welcher Seite der Imperialismus, unser Hauptfeind, steht, und wie seine Handlanger sich verhalten. Was die Konflikte zwischen imperialistischen Mächten um die Aufteilung der Welt betrifft (interimperialistische Kriege), so sind wir für den revolutionären Defätismus! Das kleinere Übel ist die Niederlage des eigenen Imperialismus. Keine Unterstützung dem patriotischen Imperialismus, welcher Rasse er auch immer sei! Transformation des imperialistischen Kriegs in sozialen Befreiungskrieg!

7. Im Warten darauf, dass der Klassenkampf im Westen einen Neuaufschwung und neue Kontinuität erfährt, dass eine neue proletarische Bewegung im Herzen des bürgerlichen Europas wieder ersteht und zur treibenden Kraft eines neuen antikapitalistischen Blocks wird, bleiben die antiimperialistische Solidarität und die internationalistische Mobilisierung (wie es zwanzig Jahre des Kampfes für Nicaragua, Irak, Mexiko, Kurdistan, Jugoslawien, Afghanistan und Palästina beweisen), von entscheidender Relevanz.

Die in Seattle entstandene Bewegung gegen die Globalisierung, auch wenn sie in pazifistischen und philanthropischen Ideen gefangen sein mag, ist ein unzweideutiger Hinweis auf ein Wiederaufflammen des Konfliktes in Europa. Wir beteiligen uns nicht nur aktiv an dieser Bewegung, wir können und müssen eine positive Rolle in ihr spielen, damit sie ihren zivilistischen Minimalismus überwindet und zu einer tatsächlichen antiimperialistischen Bewegung wird. Das setzt eine geeignete Politik voraus, die sich einerseits auf die Kritik und andererseits auf die Einheit stützt. Kritik ihrer humanitaristischen Ideen, ihrer klassenübergreifenden und auf die (neuen) Medien ausgerichteten Politik, ihrer Führungsgruppen, die sich immer mehr der Sozialdemokratie annähern. Wir kritisieren auch jene, die aus der Guerilla einen Fetisch machen, die die bewaffneten Kämpfe in vielen unterdrückten Ländern nachahmen wollen und so den Weg wieder aufnehmen wollen, der sich schon in den 60er und 70er Jahren als falsch erwiesen hat. Konflikt und Konsens müssen hand in hand gehen. Wenn die kämpferischsten Sektoren sich isoliert auf

eine Offensive einlassen würden, würde das nur ihre Vernichtung begünstigen. Die strategischen Zentren der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und finanziellen Macht des imperialistischen Systems befinden sich im Westen. Die Aufgabe der Antiimperialisten und der Internationalisten ist es nicht nur, die Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfen der Peripherie des Imperiums herzustellen, sondern diese aktiv durch die Rolle einer verbindenden Brücke zu unterstützen, damit diese Kämpfe einen Weg ins Herz des imperialen Systems finden. Dies kann nicht losgelöst von der Notwendigkeit, dem gegen die Proletarier wütenden Liberalismus und der autoritären Panzerung des Westens entgegenzutreten, geschehen, wo unter dem Vorwand des "Kampfes gegen den Terrorismus" die errungenen demokratischen Grundrechte mit Füßen getreten werden, chauvinistische, rassistische und militaristische Tendenzen erstarben. Dieser reaktionäre Kurs wäre schließlich nicht möglich, wenn das, was Lenin Sozialimperialismus nannte, nicht existieren würde, nämlich die Tendenz der westlichen Arbeiterbewegung als komplementäre Kraft der imperialistischen Politik ins System integriert zu werden. Die epochalen Migrationsströme von Süden und Osten in die imperialistischen Länder könnten mittel- bzw. langfristig ein höchst positives Element für die antikapitalistischen Kräfte darstellen. Ein neues multinationales Proletariat ist langsam im Entstehen und dieses könnte, freilich nicht automatisch, nicht nur zu einem der Hauptwerkzeuge für die Gegenoffensive der Klasse werden, sondern auch zu einem Kohäsionselement für einen neuen antagonistischen sozialen Block und schließlich zur sauerstoffspendenden Flamme, die es erlaubt, die Klassenkämpfe der Peripherie mit jenen der imperialistischen Zentren zusammenzuschweißen.

Wie sich Israel einen palästinensischen Staat vorstellt

Seine Hauptstadt



Präsident



Seine

~~Nationalsender-~~  
Kette



OPPOSITION

Sein Groß-  
Stadion



Seine Natur-  
ressourcen

Exportieren  
wir nach  
Israel!

Behalte die  
Münzen!



Seine Wasser-Reserven

Wann  
betätigen die  
Siedler endlich  
die Spülung?



Wassermangel-  
angepasste  
Feuerwehr



Seine  
Luftwaffe

Wage es über  
die Linie und ich  
schieße dich ab!

